Nr. 3/96 11. Jahrgang Einzelpreis 7 DM VKZ P4356 F



Zeitschrift für Behindertenpolitik

SCHWERPUNKT

ALTER UND BEHINDERUNG

Inhalt



Titelfoto:
Ursula Aurien, Berlin

WICHTIG

Verlagsanschrift:
die randschau / 'krüppeltopia' e.V.
Jordanstraße 5, 34117 Kassel
Tel.: 0561 / 7 28 85 - 51
Fax: 0561 / 7 28 85 - 29

Das neue Büro ist von montags bis donnerstags, in der Zeit von 17.00 bis 19.00 Uhr telefonisch erreichbar - ansonsten läuft der Anrufbeantworter! Bis denn!

Da sind wir aber immer noch! Zumindest zum Zeitpunkt, da diese Zeilen geschrieben werden, sind wir davon noch halbwegs überzeugt. Wenn Ihr gerade die neue *randschau* in Händen oder Füßen haltet, hat auch die Produktion und der Versand geklappt, und wieder wissen wir nicht, warum.



Redaktionswochenende in Kassel. Hartgesottene *randschau*-RedakteurInnen werden auf einmal hemmungslos sentimental, wenn sie auf dem Weg von der Trambahn zum Büro an der schönen Wohnung in der Wilhelmshöher Allee vorbeikommen, die uns bis vor kurzem als 7-Sterne-Unterkunft gedient hat und die wir allvierteljährlich aufs neue so herrlich verwüstet haben. Aus und vorbei - die Redaktion Kassel hat sich (wenn auch aus anderen Gründen) nach Marburg an der Lahn verdrückt; das liegt irgendwo hinter Treysa und Wabern und ist auf alle Fälle ziemlich weit weg. Unsere Alternativen sind deshalb alles andere als bequem: Entweder wir machen unsere Redaktionstreffen zukünftig in Marburg (wer von München oder Berlin mit dem Zug dorthinfährt, kann in etwa der gleichen Zeit auch nach Moskau fliegen - nur haben wir dort noch keine Redaktion), oder.... naja.

Das letzte Wort ist sicher noch nicht gesprochen, doch vorläufig haben wir uns für's „naja" entschieden: Leben und Arbeiten im Büro. Wie das aussieht, ist im letzten Heft an gleicher Stelle nachzulesen. Immerhin haben wir dort zwar kein Bad (wozu auch?), aber zwei Klos, weshalb sich der Kampf um die morgendliche Erleichterung neuerdings im Rahmen bürgerlicher Umgangsformen abspielt. Die neue *randschau*: Dreckig, aber zivilisiert.



Unser nächstes Konzeptionswochenende wird Ende Oktober dann doch in Marburg stattfinden. Neben der Themenplanung für 97 wird eine Ladung Selbstkritik auf dem Programm stehen.

Wenn wir in unserem Faltblatt frech behaupten, die*randschau* „ist aus Prinzip pleite und wird trotzdem immer besser", so ist der zweite Teil der Aussage im Moment mehr als gewagt. Besonders mit der Gestaltung der Schwerpunktthemen sind einige von uns in letzter Zeit unzufrieden. Die gewohnte Tatsache, daß wir mit unseren Anfragen grundsätzlich zu spät dran sind, verbunden mit dem selbstauferlegten Zwang, jedesmal einen umfangreichen Schwerpunkt zu liefern, bringt die Gefahr der Beliebigkeit mit sich. Auch in diesem Heft finden sich Beiträge, bei denen uns nicht ganz klar ist, ob sie nicht in einer behindertenpädagogischen Fachzeitschrift besser aufgehoben wären. Auch wenn wir kein Linienblatt sein wollen, müssen wir das inhaltliche Profil der*randschau* als Zeitschrift für emanzipatorische Behindertenpolitik wieder deutlicher machen.

Zwar ist diese Zeitschrift momentan mehr denn je ein Feierabendprojekt, trotzdem wollen wir es uns mit dieser Ausrede nicht gar so einfach machen; das sind wir uns schon selbst schuldig, denn wir wollen am Zeitungmachen auch wieder mehr Sßaß haben.

In Marburg wollen wir darüber diskutieren, wozu die *randschau* eigentlich gebraucht wird, und welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Was uns dazu eingefallen ist, könnt Ihr hoffentlich im nächsten Heft nachlesen.



Wie schon der letzten Ausgabe, so ist auch diesem Heft wieder eine Nummer von „Selbstbestimmt Leben konkret" beigeheftet. Diese Form der Kooperation hat in erster Linie pragmatische Gründe: es kommt beide schlicht und einfach billiger. Wenn die KollegInnen in ihrer letzten Ausgabe die Gemeinsamkeiten beider Publikationen hervorheben, so müssen wir diesen Eindruck doch ein wenig zurechtrücken. „Selbstbestimmt Leben konkret" ist das Organ von ISL e.V. und wird von einer eigenen Redaktion verantwortet (siehe Impressum). Die *randschau* dagegen ist ein autonomes Projekt und legt Wert darauf, von keiner Organisation abhängig zu sein. Bei aller grundsätzlichen Solidarität liegt es im beiderseitigen Interesse, diese Unterschiede nicht zu verwischen. Trotzdem bitten wir um freundliche Beachtung.


Starschnitt Ralf Datzer



Wenn Ihr mal versucht, im*randschau*-Büro anzurufen und stundenlang das Belegtzeichen ertönt, hat das wahrscheinlich folgenden Grund: Irgendjemand wollte was von der Abo-Abteilung (z. B. sich beschweren, daß er/sie seit fünf Jahren keine *randschau*, aber dafür 'ne Mahnung gekriegt hat), hat Ralf Datzer an die Strippe gekriegt und ist sofort seinem Charme erlegen. Unser Experte für ungewöhnliche Maßnahmen - er hat schon beim KrüppelInnenRATschlag am Zapfhahn eine gute Figur gemacht - hat binnen weniger Monate einen wachsenden Kreis von VerehrerInnen (vorzugsweise mit kleinem i...) um sich geschart. Es soll bereits vorgekommen sein, daß Leute diese Zeitschrift nur abonnieren, um mit unserem Büro zu flirten - ein Vorwand findet sich allemal. Wenn das so weitergeht, müssen wir bald ein eigenes Postfach für Ralfs Fanpost einrichten.

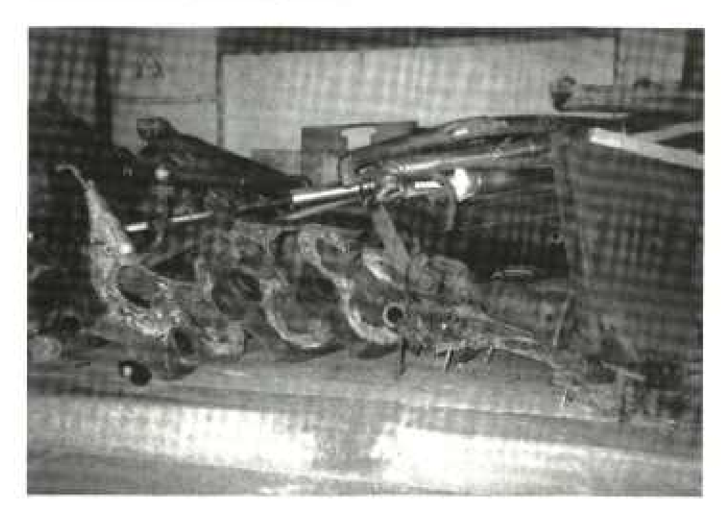


Wir erzeugen Skandale, also sind wir. Dieser stark abgewandelte Philosophenspruch gibt derzeit das Lebensgefühl der Redaktion wieder. Diese, bisweilen aufgrund ausbleibender LeserInnenreaktionen arg gefrustet, bekommt zur Zeit böse Briefe wie noch nie - wenn auch aus den unterschiedlichsten Ecken und Gründen. Während wir von „Herbalife" in Zukunft gerne verschont bleiben möchten (siehe die redaktionelle Erklärung in diesem Heft), hoffen wir, daß die scharfe Reaktion von Autonom Leben Hamburg auf unsere Stellungnahme betreffs „Aktion Sorgenkind" (Heft 2/96) der Anfang einer breiteren Diskussion ist. Wir drucken den Brief aus dem hohen Norden in unserem Mini-Schwerpunkt zur „Aktion Sorgenkind" ab.



Wir wären so gerne reich und radikal und sind doch nur bettelarm und politisch korrekt. Wer anderes befürchtet, dem/der sei es nochmal gesagt: An uns beißt sich die „Aktion Sorgenkind" die Zähne aus, solange es die Zeitschrift gibt. Darauf verwetten wir unsere letzte Milchschnitte!

DIE REDAKTION





Australien

Freie Bahn für „Euthanasie"

Seit Juli ist in der australischen Nordprovinz ein Gesetz in Kraft, das es ÄrztInnen erlaubt, unheilbar Kranke auf deren Wunsch zu töten. Damit übernimmt Australien weltweit eine Vorreiterrolle bei der Durchsetzung der „Euthanasie". Nicht einmal in den Niederlanden ist das Tötungsverbot (bisher) derart ausgehöhlt; immerhin ist die „Euthanasie" dort - zumindest formal - nur in Ausnahmefällen straffrei. Anders nun in der australischen Provinz: Wenn drei unabhängige GutachterInnen ihre Zustimmung gegeben haben und zwei Bedenkfristen abgelaufen sind, darf die Todesspritze herausgeholt werden. Daß die ÄrztInnen dabei im letzten Moment von Skrupeln gepackt werden, ist nicht mehr zu befürchten: Den „Gnadenakt" übernimmt ein extra dafür installierter Computer.

NETZWERK ARTIKEL 3

„Netzwerk Artikel 3" gegründet

Ein bundesweites Netzwerk der Gleichstellungsinitiativen und Initiativen behinderter Frauen hat sich zum Ziel gesetzt, die Umsetzung des Diskriminierungsverbots nach Art. 3 GG zu fördern. Unter anderem soll eine Beschwerdestelle eingerichtet werden, gemeinsam mit JuristInnen konkrete Klagen unterstützt und Initiativen für Antidiskriminierungsgesetze erarbeitet werden.

Kontakt:

Netzwerk Artikel 3
c/o Liebstöckelweg 14
13503 Berlin
Tel. 030/ 431 77 16 bzw. 436 44 41; Fax / 436 44 42

Arbeiterwohlfahrt: Zurück in die 50er Jahre

Der sozialdemokratische Wohlfahrtsverband, der sich so gerne als Vorreiter des sozialpolitischen Fortschritts präsentiert, hat in München (1996, nicht etwa 1956) eine neue *„Langzeitpflegegruppe für pflegebedürftige Erwachsene unter 60 Jahre"* eröffnet (früher hieß sowas Anstalt). Weil's gar so gruselig ist, wollen wir kurz aus dem Konzept der Einrichtung zitieren. Als Zielgruppe schweben der AWO *„Erwachsene zwischen 20 und 60 Jahren mit Langzeitbehinderungen durch Krankheitsbilder verschiedener Diagnose"* vor, u.a. schwere Körperbehinderung, Hirnorganisches Psychosyndrom, Parkinson oder Schädel-Hirn-Trauma. Für die bunte Mischung derjenigen, mit denen man sonst nichts mehr anzufangen weiß, soll eine *„an den individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten ausgerichtete Wohn-Pflege- und Betreuungssituation"* geschaffen werden, mit *„Respektierung der Privatsphäre durch:*

- Einzel und Zweibettzimmer mit Rückzugsmöglichkeit bei geschlossenen Türen,

- Eintreten nur nach Anklopfen/ Klingeln,

- Individuelle Möblierungsmöglichkeit, (.....)

- nach Wunsch Einbeziehung der Angehörigen in Grundpflege und Tagesgestaltung" und vielen *derartiger Annehmlichkeiten mehr. Soweit das Konzept der Münchner AWO, die in ihren Häusern das Prinzip verfolgt, daß „ein Bett nicht kalt werden darf"* (Kreisverbandschef Salzhuber). Kommentar? Zu manchen Dingen fällt sogar uns nix mehr ein.

Asylbegehren in schwedischen Vertretungen

Anläßlich der Beratungen des Vermittlungsausschusses zu der - damals noch drohenden - Änderung von 3a BSHG, baten am 19. Juni ca. 30 Behinderte in den schwedischen Vertretungen in Berlin, Bonn und Hamburg um Asyl in diesem Land, da dort - trotz mittlerweile ebenfalls einschneidender Sozialkürzungen - das Recht auf persönliche Assistenz seit 1994 gesetzlich verankert ist.

Der Protest richtete sich gegen die Bestimmung, wonach der Vorrang der ambulanten Hilfe unter einen Kostenvorbehalt gestellt wird; damit droht vielen Behinderten auf längere Sicht eine Heimeinweisung.

Initiiert wurde diese Protestaktion, die erfreulicherweise zu Pressemeldungen in mehreren Zeitungen führte, von der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland.

Nachtrag zum letzten Schwerpunkt

Im letzten Heft haben wir eine Selbstdarstellung des **„Türkischen Vereins zur Förderung Behinderter"** abgedruckt, aber die Adresse des Vereins vergessen. Hier ist sie: **Adam-Klein-Straße 6, 90429 Nürnberg; Tel. 0911/ 26 04 20**

Das neue BSHG macht's möglich:

Sozialhilfe um die Hälfte gekürzt

Es war zu befürchten: Die Änderung des BSHG war gerade erst einige Tage alt, da nutzte das Sozialamt des Landkreises Sigmaringen bereits die neue Rechtslage, um einer Frau mit MS den Geldhahn zuzudrehen. Unter Verweis auf die „unverhältnismäßigen Mehrkosten" kündigte die Behörde an, statt der bislang gezahlten ca. 7.800 DM nur noch 3.500 DM im Monat zu zahlen - den Betrag, den die Sozialhilfe bei Unterbringung in einer Anstalt zahlen müßte. Besonders die höhere Leistung der Pflegeversicherung bei stationärer Pflege wurde beim Kostenvergleich für die Frau zum Verhängnis - ein erstes fatales Beispiel für das Zusammenwirken von Pflegeversicherung und neuem BSHG. Nun müssen die Gerichte entscheiden, ob die Sozialämter zukünftig auf diese Weise die Pflegeheime füllen dürfen.

Singer: Beifall von ganz weit rechts

Es ist zugegebenermaßen eine etwas absurde Situation, den australischen Bioethiker Peter Singer gegen seine Freunde von rechtsaußen in Schutz nehmen zu sollen. Doch manchmal muß es sein: Denn ganz so platt faschistoid, wie es etwa die „Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ) gerne hätte, argumentiert Singer nun wirklich nicht. Die BBZ ist Sprachrohr der neofaschistischen Szene um die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" und die Gruppe „Die Nationalen". In seiner Juni-Ausgabe beschäftigt sich das Blatt mit den Protesten gegen den Heidelberger „Science/ Fiction"-Kongreß. Singer, so die BBZ beifällig, unterscheide Menschen nach ihrer Wertigkeit und wende sich gegen das *„Lebensrecht von Erbkranken und Schwachsinnigen"*. Garniert ist der Beitrag mit einem Photo im „Stürmer"-Stil und der Bildunterschrift: *„(...) Für Geisteskranke und Schwachsinnige wendet der Staat mehr Zeit und Geld auf als für gesunde, kinderreiche Familien"*.
Einige liberale DenkerInnen dürften nun ins Grübeln geraten, was die Bioethik für den braunen Sumpf wohl so attraktiv macht. Hoffen wir, daß sie eine Idee haben.

Klage gegen Pflegepolizei

Ein querschnittsgelähmter Mann hat beim Sozialgericht Klage gegen die Kontrolleinsätze bei Bezug von Pflegegeld nach Par. 37 der Pflegeversicherung erhoben. Die Klage stützt sich v. a. darauf, daß die Regelung nicht zwischen einer Körperbehinderung und altersbedingter Pflegebedürftigkeit unterscheide. Die Klage wurde angenommen; der Kläger muß bis zu einer Entscheidung keine Kontrolleinsätze bezahlen.

,Europaparlament:

Kein Kommentar zu Bioethik-Konvention

Mit knapper Mehrheit hat das EU-Parlament eine kritische Stellungnahme zum Entwurf des Europarates für eine Bioethik-Konvention abgelehnt. Dem Straßburger Parlament lag ein Bericht des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte vor, in dem die Konvention als Verletzung der Menschenwürde kritisiert wurde. Dieser Bericht wurde jetzt von Liberalen, Nationalisten und einer Mehrheit der sozialistischen Fraktion zu Fall gebracht. Letztere stimmten wegen einer Detailfrage gegen die Stellungnahme und dürfen ihrer Basis nun erklären, warum sie eine der letzten Chancen, die Konvention noch aufzuhalten, aus der Hand gegeben haben. Die Grünen im Europaparlament sprachen von einem „schwarzen Tag für die Menschenrechte".

FDP-Politiker:

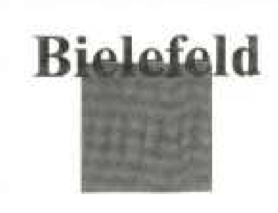
Behinderte sollen gegen Flüchtlinge mobil machen

Hainer E. Kappel, seines Zeichens „liberaler" Abgeordneter des hessischen Landtags, hat ein Herz für KrüppelInnen. Es tue ihm leid, wenn bei Behinderten ein paar Millionen gespart werden müßten, beteuerte Kappel auf einer Veranstaltung des hessischen VdK. Um dies zu vermeiden, sollen wir nach Ansicht des MdL, der zum nationalreaktionären Flügel dieser Partei zählt, zur Selbsthilfe schreiten. Jedoch nicht etwa gegen Subventionen für die Rüstungsindustrie oder Steuergeschenke für Spitzenverdiener, nein: für die Abschiebung unberechtigter AsylbewerberInnen sollten sich Behinderte nach Kappels Vorstellungen einsetzen. Auf diese Weise könne man Milliarden sparen und den Behinderten geben, was sie wollten. Erfreulicherweise war in der Presse von heftigen Protesten des Publikums gegen die rassistische Hetze zu lesen.

Quelle: FR, 1. Juli 96

Schwerkrankes Kind darf nicht abgeschoben werden

Als „unhaltbar und subjektiv willkürlich" hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ein Urteil des Düsseldorfer Verwaltungsgerichtes kassiert, nach dem ein dreijähriger Kurde, der aufgrund einer Erbkrankheit dauernd über eine Magensonde ernährt werden muß, in den Libanon abgeschoben werden dürfe. Dort würde für den Jungen wegen der mangelhaften medizinischen Versorgung Lebensgefahr bestehen.
Nachdem der Asylantrag der Familie abgelehnt worden war, hatte das Verwaltungsgericht entschieden, die Lebensgefahr für das Kind sei kein „rechtlich relevantes Abschiebungshindernis". Dagegen stellte das BVerfG klar, daß nach Par. 63 des Ausländergesetzes in einem solchen Fall von der Abschiebung abgesehen werden könne.



Stadtführer Bielefeld

Auf 330 Seiten gibt die Broschüre Auskunft über die Zugänglichkeit von Behörden, Arztpraxen, Kneipen u.v.m. Erstellt wurde sie vom Aktionskreis behinderter Menschen e. V. gemeinsam mit StudentInnen der FH für Sozialwesen.

Arbeitskreis behinderter Menschen e. V.
c/o Wolfgang Baum
Im Brocke 14
33649 Bielefeld
Tel. & Fax: 0521/ 44 50 44

Aufruf des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus

Zum Verfahren gegen Safwan Eid im Zusammenhang mit dem Lübecker Brandanschlag

Wir bleiben dabei:
Safwan ist unschuldig!
Schluß mit den rassistischen Ermittlungen!
Diese Feststellung reizte die Staatsanwaltschaft zu Ermittlungen, Razzia und Beschlagnahme (u.a. unserer Computer!)...
Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir werden gerade zum Prozeß mit unseren Positionen weiter für Solidarität mit Safwan streiten!
Dafür brauchen wir Geld, und zwar viel und dringend!
Die bisherige Arbeit zum Brandanschlag hat uns (ohne die beschlagnahmten Computer...) ca. DM 10.000 gekostet.
Deswegen:
Spendenkonto Nr. 566406-201, Postbank HH, BLZ 200 100 20, Kontoinhaber
(bitte unbedingt angeben!): Christoph Kleine.
Danke!

MAGAZIN
Infos&Beiträge an:
die randschau
Thomas Schmidt
Planegger Str. 10
81241 München
Tel. 089/8888598


Foto: Petra Jakob, Mainz

Ausgleich für Sonderurlaub

Schwerbehinderte ArbeitnehmerInnen, die ihren Sonderurlaub nicht wahrnehmen konnten, haben nach einem Urteil des Kasseler Bundesarbeitsgerichtes Anspruch auf eine finanzielle Abgeltung. Dies gilt auch dann, wenn der Arbeitgeber von der Behinderung noch überhaupt nichts weiß. (Az. Bundesarbeitsgericht IX AZR 182/95)

Kasse muß „Rollstuhl-Rikscha" zahlen

Nach einem Urteil des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofes muß die Krankenkasse unter bestimmten Voraussetzungen die Kosten für ein „Rollfiets" übernehmen; das ist eine Kombination aus Fahrrad und Rollstuhl, die Rolli- und FahrradfahrerInnen gemeinsame Ausflüge ermöglichen. Die Kasse muß zahlen, wenn das Gefährt zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben notwendig ist. (Az. 4 S 3208/94)

Ex-Bürgermeister wollte Behinderte vergasen

Franz Kipper, ehemaliger Bürgermeister im thüringischen Hildburghausen, muß sich für seine Äußerungen vor dem Amtsgericht Sonneberg verantworten. Kipper soll in einer internen Besprechung den Bau eines Busses mit nach innen geleiteten Auspuffrohren vorgeschlagen haben, mit dem Alte und Behinderte durch die Stadt gefahren werden sollten, „bis sie umfielen". „Entsorgt" werden könnten sie dann auf dem Stadtberg. Aus unerfindlichen Gründen wird gegen den Politiker allerdings nur wegen relativ geringfügiger Straftatbestände verhandelt. Der von der Meininger Staatsanwaltschaft erhobene Anklagepunkt der Volksverhetzung wurde fallengelassen.

Quelle: junge Welt, 2. Juli 96

Marburger Bund bittet um Entschuldigung für NS-Verbrechen

Der Marburger Bund, die Organisation der KrankenhausärztInnen, hat auf seiner Hauptversammlung Anfang Juni die Hinterbliebenen der Opfer von NS-Ärzteverbrechen um Vergebung gebeten. Auch der deutsche Ärztetag bekundete seine „Betroffenheit" über die Verbrechen, konnte sich aber 50 Jahre nach Beginn der Nürnberger Ärzteprozesse nur zu einem Kompromiß durchringen: In einer Erklärung heißt es, der Ärztetag akzeptiere seine Gesamtverantwortung, lehne aber eine Kollektivschuld ab.

Immerhin bekräftigte der Ärztetag seine „entschiedene Ablehnung ärztlicher Euthanasiemaßnahmen" und kritisierte die Praxis in den Niederlanden, die sich nicht ausbreiten dürfe.

Behindertenbeauftragte fordern Anerkennung der Gebärdensprache

Bei ihrem 12. Treffen haben die Behindertenbeauftragten des Bundes und der Länder die Anerkennung der deutschen Gebärdensprache und die daraus erwachsenden Rechte Gehörloser als sprachliche Minderheit im Sinne einer eigenständigen Sprachgemeinschaft gefordert. Eine gesetzliche Regelung sei hierfür dringend notwendig.



DGSP gegen Psychiatrisierung auffälliger Kinder

Gegen den Ausbau von Psychiatriebetten für Kinder und Jugendliche hat sich die „Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie" (DGSP) gewandt. Genau dies war in einer Studie der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität Göttingen gefordert worden. Bemerkenswert ist, welche „Krankheitsbilder" nach Ansicht der ForscherInnen eine stationäre Behandlung erforderlich machen. So sollen u.a. für Kinder mit „Störungen im Sozialverhalten", „Verstimmungen", „Schulschwierigkeiten" oder mit „Ängsten und erhöhter Aggressivität" neue klinische Behandlungsplätze geschaffen werden - allein in Niedersachsen 150 an der Zahl. Dagegen fordert die DGSP eine Verbesserung des ambulanten Betreuungs- und Therapieangebotes und die Schaffung alternativer Unterbringungsmöglichkeiten. Die Studie stelle einen Rückschritt dar, weil sie eine Psychiatrisierung von Kindern fordere, deren Probleme ihre Ursache in sozialer Benachteiligung hätten.

Wir werden immer mehr!

Die Zahl der Schwerbehinderten in der BRD ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von 1993 bis 1995 um 200 000 auf 6,5 Millionen angewachsen.
Vorschlag zur Güte: Jedem/jeder tausendsten Krüppelln ein *randschau*-Abo, und wir sind übern Berg!

Organentnahme bei anencephalen Kindern:

US-Vereinigung revidiert Empfehlungen

Die „American Medical Association" (AMA) ist eine einflußreiche medizinwissenschaftliche Vereinigung in den USA. Im Jahr 1994 hatte sie eine Empfehlung verabschiedet, in der die Organentnahme bei anencephalen (ohne Gehirn geborenen) Kindern für ethisch vertretbar erklärt wurde. Nach massiven Protesten sah sich die AMA nun veranlaßt, diese Empfehlung zurückzunehmen. Vor allem die Elternvereinigung von geistig Behinderten „The Arc" hatte gegen die Freigabe der Ausschlachtung von Neugeborenen mobilisiert. Anencephale Kinder können in manchen Fällen ein Alter von mehreren Jahren erreichen.

Zwangssterilisation ohne wirksame Genehmigung rechtswidrig

Eine damals 31-jährige Frau mit Down-Syndrom wurde 1994 zwangssterilisiert, einen Tag bevor, ihr und ihrer Ergänzungsbetreuerin die entsprechende richterliche Genehmigung zugestellt wurde. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat jetzt klargestellt, daß diese Praxis unzulässig ist. Der Frau, die sich immer gegen den Eingriff gewehrt hatte, sei dadurch jede Möglichkeit genommen worden, die Genehmigung anzufechten. Dadurch würden ihre verfassungsmäßigen Rechte verletzt.

Für die betroffene Frau kommt das Urteil zu spät; vielleicht aber setzt sich jetzt wenigstens in manchen Juristenköpfen die Erkenntnis durch, daß das Grundgesetz auch für Menschen mit geistiger Behinderung gilt.

VORSCHAU

Heft 4/96

Behinderte in Europa

Über die Situation von Krüppeln/-frauen in der BRD berichtet die *randschau* kontinuierlich. Wie lebt es sich aber in anderen europäischen Ländern, wenn mensch eine Behinderung hat? Gibt es mehr Möglichkeiten ein selbstbestimmtes Leben zu führen als hierzulande oder sind wir in Deutschland trotz allem noch vergleichsweise privilegiert?

Das finanziell relativ reicher ausgestattete Sozialsystem der skandinavischen Länder wie insgesamt der westlichen Demokratien gibt Anlaß zu der Vermutung, daß es dort zumindest in Teilbereichen besser für Behinderte aussieht. Werden demgegenüber Behinderten in Südeuropa und besonders in den neuen osteuropäischen Staaten mit dem Fehlen finanzieller Mittel auch die materiellen Möglichkeiten zur eigenständigen Lebensführung geraubt, oder bietet das geringere Maß an Reglementierung zugleich einen größeren Freiraum, um Eigeninitiative zu entwickeln?

Neben einer Bestandsaufnahme interessiert uns von der Redaktion, welche Entwicklungsperspektiven sich für Krüppel/-frauen bieten. Wie sieht es aus mit Sozialkürzungen in Europa vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Globalisierung? Die Diskussion um eine Bioethik-Konvention des Europarates hat gezeigt, daß nicht allein wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen die Existenzgrundlage behinderter Menschen angreifen. Vielmehr werden Krüppel/-frauen nicht nur zum „Forschungsgegenstand" der Medizin und Gentechnologie degradiert, sondern zunehmend wird auch „Euthanasie" an behinderten und alten Menschen in der Gesetzgebung einzelner europäischer Staaten zur straflosen Handlung. Kann es künftig da noch Sonderwege einzelner Länder geben, oder bilden derartige Regelungen den Zielpunkt rechtlicher Harmonisierung in der EU? Dies läßt fragen, wie europäisches Recht formuliert und für die Staaten verbindlich gemacht wird. Welche europäischen Institutionen sind mit welchen Kompetenzen daran beteiligt und wie wirken sich ihre Entscheidungen auf Krüppel/-frauen aus?

Viele Fragen, auf die die *randschau*-Redaktion noch keine Antworten weiß. Wie immer rufen wir daher unsere LeserInnen auf, selbst Artikel zu schreiben oder Bekannte in anderen Ländern zum Schreiben zu animieren. Eure Beiträge (am liebsten auf Diskette MS-Word alle Versionen) und Fotos schickt bitte bis zum 27. Oktober 1996 an:

Volker van der Locht
Grendplatz 4
45276 Essen
Tel.: 0201/51 26 47
Fax.: 0201/51 97 92

Betrifft: „Herbalife"



An den „Verein zur Förderung emanzipierter Behinderter" war ein 3-seitiges Schreiben gerichtet, das Ende Juli im *randschau*-Briefkasten lag. Absender: „Herbalife" GmbH, ein Unternehmen, das mit dem Vertrieb eines umstrittenen gleichnamigen „Gesundheitsproduktes" immer wieder in die Schlagzeilen geraten ist.

In ihrem Brief teilt uns die Firma unaufgefordert mit, daß sie entgegen anderslautender Behauptungen keinerlei Verbindungen zur Scientology-Sekte unterhalte und droht uns vorsorglich „weitere Schritte" an, falls in der *randschau* etwas anderes behauptet werde.

Die ungewöhnliche Post hat eine Vorgeschichte: In der Ausgabe 2/96 haben wir eine private Kleinanzeige abgedruckt, in der eine Teilzeittätigkeit angeboten wurde. Daraufhin erreichte uns der Brief eines *randschau*-Lesers, in dem er uns darüber informiert, daß es sich nach seinen Erkundigungen bei dem angebotenen Job um eine Vertretertätigkeit für „Herbalife" handelt. Er berichtet über das Vertriebssystem von „Herbalife", das nach dem Prinzip des „Multi-Level-Marketing" funktioniere: Dies bedeutet, daß die KundInnen als VertreterInnen angeworben werden, die dann wiederum ihre KundInnen als VertreterInnen anwerben usf. Diese sogenannten „BeraterInnen", schreibt unser Leser weiter, seien formal selbständige UnternehmerInnen ohne soziale Absicherung, die zudem für die Produkte hafteten, da die Firma selbst nie als Vertragspartnerin auftrete. Besonders brisant ist dieser Punkt auch deshalb, weil das Unternehmen selbst behauptet, seine Vertriebsmethode biete gerade Behinderten die Möglichkeit für einen Zuverdienst.

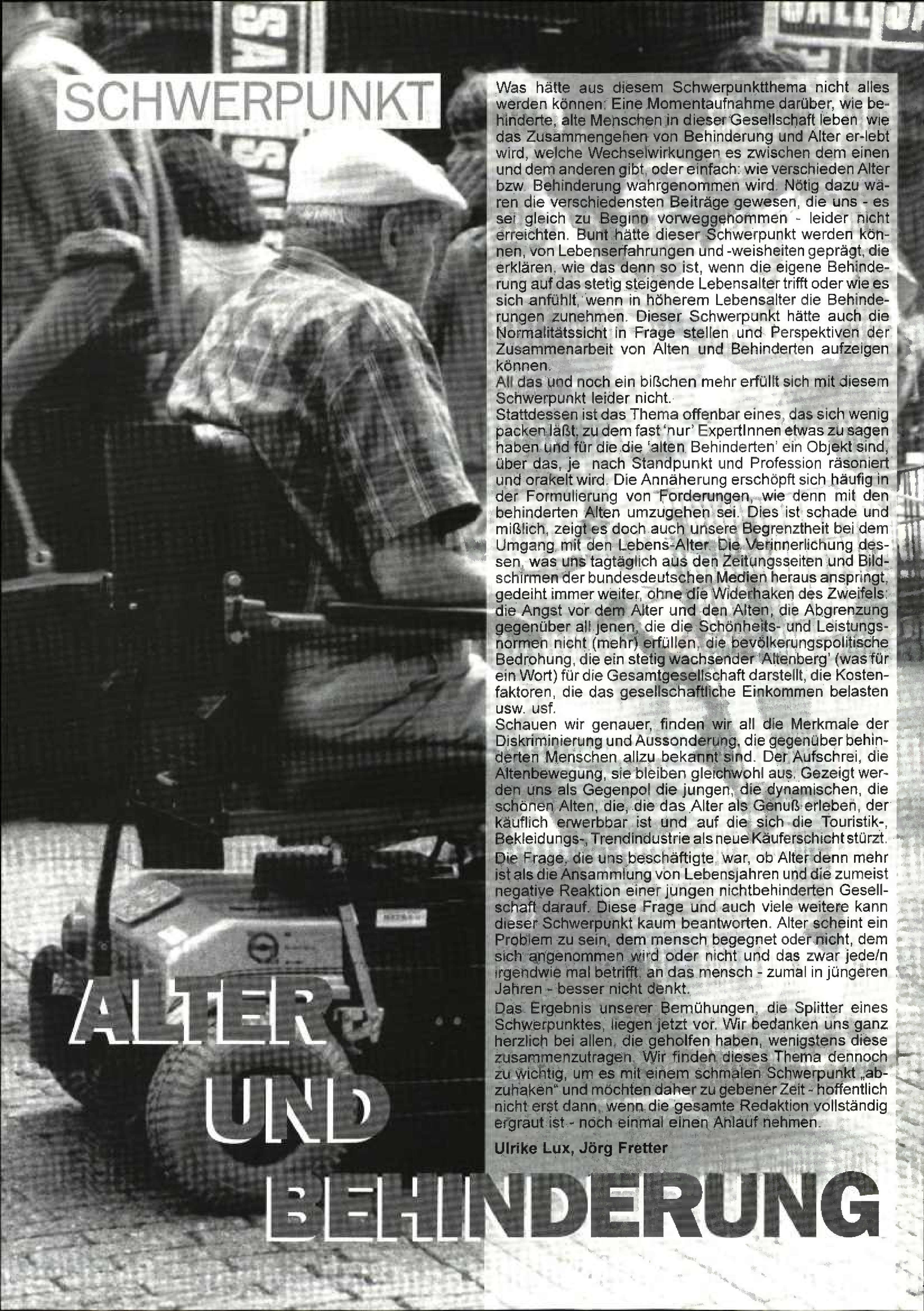
Weiter zitiert unser Leser aus einem Buch von Renate Hartwig, in dem Verbindungen zwischen „Herbalife" und der Scientology-Sekte behauptet werden. Darin heißt es u.a., die Schulungsseminare für „Herbalife"-VertreterInnen würden zumindest teilweise von Scientologen durchgeführt. Ähnliche Vermutungen waren auch schon des öfteren in verschiedenen Zeitschriften geäußert worden.

Wir haben den Brief an die Auftraggeberin der Kleinanzeige weitergeleitet, weil wir es für ein Gebot der Fairneß hielten, ihr eine Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Darauf erhielten wir den eingangs erwähnten Brief der „Herbalife"-Zentrale, in der wir aufgefordert werden, von einer Veröffentlichung abzusehen.

Aus rechtlichen Gründen müssen wir darauf hinweisen, daß wir über die Richtigkeit der gegen „Herbalife" erhobenen Anschuldigungen keine Aussage machen können. Wir sind jedoch nicht bereit, die Vorwürfe totzuschweigen, wie es „Herbalife" von uns verlangt. Es darf nicht soweit kommen, daß ein Konzern darüber bestimmt, was in dieser Zeitschrift erscheint und was nicht.

Als Konsequenz aus dieser Angelegenheit werden wir in Zukunft auch private Kleinanzeigen sorgfältiger auf ihre Hintergründe prüfen. Wir wollen nicht Gefahr laufen, Organisationen in die Hände zu spielen, deren Praktiken uns (im harmlosesten Falle) zutiefst unsympathisch sind.

Die Redaktion



SCHWERPUNKT

ALTER UND BEHINDERUNG

Was hätte aus diesem Schwerpunktthema nicht alles werden können: Eine Momentaufnahme darüber, wie behinderte, alte Menschen in dieser Gesellschaft leben wie das Zusammengehen von Behinderung und Alter er-lebt wird, welche Wechselwirkungen es zwischen dem einen und dem anderen gibt, oder einfach: wie verschieden Alter bzw. Behinderung wahrgenommen wird. Nötig dazu wären die verschiedensten Beiträge gewesen, die uns - es sei gleich zu Beginn vorweggenommen - leider nicht erreichten. Bunt hätte dieser Schwerpunkt werden können, von Lebenserfahrungen und -weisheiten geprägt, die erklären, wie das denn so ist, wenn die eigene Behinderung auf das stetig steigende Lebensalter trifft oder wie es sich anfühlt, wenn in höherem Lebensalter die Behinderungen zunehmen. Dieser Schwerpunkt hätte auch die Normalitätssicht in Frage stellen und Perspektiven der Zusammenarbeit von Alten und Behinderten aufzeigen können.

All das und noch ein bißchen mehr erfüllt sich mit diesem Schwerpunkt leider nicht.

Stattdessen ist das Thema offenbar eines, das sich wenig packen läßt, zu dem fast 'nur' ExpertInnen etwas zu sagen haben und für die die 'alten Behinderten' ein Objekt sind, über das, je nach Standpunkt und Profession räsoniert und orakelt wird. Die Annäherung erschöpft sich häufig in der Formulierung von Forderungen, wie denn mit den behinderten Alten umzugehen sei. Dies ist schade und mißlich, zeigt es doch auch unsere Begrenztheit bei dem Umgang mit den Lebens-Alter. Die Verinnerlichung dessen, was uns tagtäglich aus den Zeitungsseiten und Bildschirmen der bundesdeutschen Medien heraus anspringt, gedeiht immer weiter, ohne die Widerhaken des Zweifels: die Angst vor dem Alter und den Alten, die Abgrenzung gegenüber all jenen, die die Schönheits- und Leistungsnormen nicht (mehr) erfüllen, die bevölkerungspolitische Bedrohung, die ein stetig wachsender 'Altenberg' (was für ein Wort) für die Gesamtgesellschaft darstellt, die Kostenfaktoren, die das gesellschaftliche Einkommen belasten usw. usf.

Schauen wir genauer, finden wir all die Merkmale der Diskriminierung und Aussonderung, die gegenüber behinderten Menschen allzu bekannt sind. Der Aufschrei, die Altenbewegung, sie bleiben gleichwohl aus. Gezeigt werden uns als Gegenpol die jungen, die dynamischen, die schönen Alten, die, die das Alter als Genuß erleben, der käuflich erwerbbar ist und auf die sich die Touristik-, Bekleidungs-, Trendindustrie als neue Käuferschicht stürzt.

Die Frage, die uns beschäftigte, war, ob Alter denn mehr ist als die Ansammlung von Lebensjahren und die zumeist negative Reaktion einer jungen nichtbehinderten Gesellschaft darauf. Diese Frage und auch viele weitere kann dieser Schwerpunkt kaum beantworten. Alter scheint ein Problem zu sein, dem mensch begegnet oder nicht, dem sich angenommen wird oder nicht und das zwar jede/n irgendwie mal betrifft, an das mensch - zumal in jüngeren Jahren - besser nicht denkt.

Das Ergebnis unserer Bemühungen, die Splitter eines Schwerpunktes, liegen jetzt vor. Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die geholfen haben, wenigstens diese zusammenzutragen. Wir finden dieses Thema dennoch zu wichtig, um es mit einem schmalen Schwerpunkt „abzuhaken" und möchten daher zu gebener Zeit - hoffentlich nicht erst dann, wenn die gesamte Redaktion vollständig ergraut ist - noch einmal einen Anlauf nehmen.

Ulrike Lux, Jörg Fretter

Zwischen Kaffeekränzchen und politischem Engagement

Die Schweizer Autorin Ursula Eggli, hierzulande einigen sicherlich bekannt durch die „Freakgeschichten" schrieb uns: „... Ihr bearbeitet das Thema Alter. Ich habe da mal einen Vortrag dazu gehalten vor einer Organisation für geistig Behinderte. Ich lege ihn mal bei - vielleicht könnt ihr ihn gebrauchen." Das können wir sicher!

Alte Behinderte, behinderte Alte

Jede Lebenszeit hat ihre Themen. Das kennen Sie sicher. Wenn eine Frau schwanger ist, sieht sie lauter Schwangere. Später sind es Kindergespräche oder der Beruf, vielleicht die Suche nach einer Religion.

Als ich angefragt wurde, an dieser Fachtagung etwas zum Thema Alter und Behinderung zu sagen, mußte ich lachen. Oft war dies in letzter Zeit der Gesprächsstoff. Oft habe ich mit Freundinnen über unser äußeres Älterwerden gejammert, ironisch zwar, auf Widerspruch hoffend, aber doch... So einfach fällt es einem ja doch nicht. In die Wechseljahre komme sie, gestand mir die eine verschämt. Und das eine Wort getrauen wir uns alle nur in einem „Code" zu sagen: „WALLIGÄ" (zu deutsch: Wallungen) Da konnte ich zwar nur grinsend den Kopf schütteln - nein, das noch nicht - aber...

Schildkrötenhals je länger, je mehr. Und die Hände werden so runzelig, von den grauen Haaren garnicht zu reden. Tönungsshampoos verwenden oder stolz darauf sein? Schließlich hat man als bewußte Feministin mal verkündet, frau wolle sich nicht mehr diesen weiblichen Schönheitsnormen unterwerfen, unter denen wir doch immer wieder gelitten haben. Schluß mit dem Schlankheitsdiktat. Schluß mit den faltenlosen Masken. Auch in der Behindertenbewegung tönte es so: zur Behinderung stehen oder eben sitzen. Auch zum Alter stehen? Alt sein ist beautiful, selbstverständlich - und doch stört man sich selber an den kleinen Veränderungen so sehr, diese schlaffe Haut, die Tränensäcke am Morgen, die nicht mehr so schnell verschwinden wie früher. Und ich höre es gern, wenn die Leute sagen: „Was, in drei Jahren wirst Du 50, das hätte ich Dir nicht gegeben, Du siehst jünger aus."

Wie subjektiv Altersempfinden aber doch ist, zeigt der nachfolgende Text:

15. dezember

40, vierzig! Diese runden zahlen; dick und fett stehen sie auf ihrem sockel und grüßen höhnisch. Eine vierzigerin bist du nun, Ursula, vierzig zahre alt. Alt ... vierzig jahre verflossen, im geburtsschein festgelegt, in fältchen festgekerbt. Nicht so viele, gott sei dank, doch eine pfirsichhaut ist es nicht mehr. Ich bin zwar stolz auf meine grauen haare, aber ... Das gewicht von vierzig frauenjahren verbietet sich unter der androhung der lächerlichkeit, die erfüllung geheimer wünsche; in bändern geflochtene zöpfchen, miniröcke, romantische schwärmereien und himmelblau. Die altersdifferenz zu den andern wird immer größer, der graben immer breiter. Drüben die jungen mit den lustig grüngelben haarschöpfen, die leute der WG, die bekannten. Nein, der freundeskreis wird nicht älter mit mir. Freunde verschwinden, freundinnen heiraten, bekommen kinder, man verliert sich aus den augen, wenn sich eine familie dazwischenschiebt.

Morgen werde ich 40, diese zahl, eckig und spröde. Über 30 rollt sich's leichter. Gejammer, Ursula, und erst noch unwahr. Mit 30 hattest du die größeren krisen als jetzt und mit 17 warst du einsamer. Du fühlst dich doch eigentlich gar nicht alt, nur müde. Du benimmst dich auch nicht wie eine frau, die großmutter sein könnte, sondern kaufst dir rosa turnschuhe, schwärmst für Stefanie Wergers sexy rockstimme und hörst immer wieder wie ein teenie laut dasselbe stück.

Trotzdem, damals das große fest im sommer, 80 gäste und tanz und feuerwerk und blumen im haar, war soetwas wie abschied von den alten freunden, wie eine besinnung, vielleicht soger ein neubeginn. Also gut, ich feiere also den 40sten morgen. Feiere eben und lasse mir gratulieren und geschenke geben und von der WG ein besonders gutes essen kochen. Lasse eben zu, daß der 40ste ein besonderer tag ist...

Aus: Die Zärtlichkeit des Sonntagsbratens

Trotz aller großen Worte bin ich froh, daß ich jünger aussehe. Zwangsläufig bin ich mit viel jungen leuten zusammen, lebe mit jungen leuten in einer Wohngemeinschaft und möchte ja auch nicht immer die Großmutter sein. Dies hat nun mit Behinderung zu tun. Als Behinderte lebt man häufig nicht mit Menschen der eigenen Generation zusammen, sondern mit jüngeren oder älteren als man selber ist. Vielleicht gilt dies nicht so sehr in der Jugend oder im Alter, sicher aber in den Jahren von zwanzig bis fünfzig. In dieser Zeit sind die Gleichaltrigen voll im Beruf, Familie, Sport, Freizeit oder anderen Engagements eingespannt. In dieser Zeit sind Behinderte, wie gesagt, auf jüngere oder ältere Kollegen angewiesen. Dies hab ich erlebt, als ich im Heim wohnte, das erlebe ich besonders in der Wohnform WG, das wird deutlich in der Freizeit, Ferien, etc.

Ich habe über das Altern gesprochen, wie es jede Frau, in vermindertem Ausmaß auch jeder Mann, als mehr oder weniger schmerzhaften Prozeß erlebt. Wieviel, allzuviel, hängt eben immer noch vom Äußeren, von Äußerlichkeiten ab, obwohl wir das doch alle nicht mehr wollen. Es ist ja wirklich verrückt, daß mich mein schiefer Mund und meine krumme Figur oft mehr belasten als meine Behinderung. Und wenn wahrscheinlich die meisten von uns sagen: „Alte Leute können sehr schön sein," und wir das auch noch bestätigen, so wollen wir doch selber nicht dazugehören. Eine 53jährige Freundin, die mit ihren beiden jugendlichen Sprößlingen bei uns in der WG wohnt, hat sich überlegt, ihr wunderschönes silbergraues Haar färben zu lassen, weil man ihr im Tram einen Sitzplatz angeboten hat. Wahrscheinlich müssten wir uns einfach viel mehr und immer wieder sagen: „Alt sein ist schön, alt sein ist schön..."

Ein anderes Altern ist mir in diesem Winter noch bewußter geworden als so im allgemeinen. Ich habe eine progressive Behinderung. Jahrelang versickern die Kräfte beinahe unmerklich. Plötzlich kann es schneller gehen oder die Behinderung erreicht Grenzen, die man als besonders gravierend erlebt. Ich kann nicht mehr selber essen, beinahe nicht mehr schreiben, mich im Bad nicht mehr aufrecht halten - ein beschleunigter Altersprozeß, der nicht meinen Jahren und auch nicht meinem Äußeren entspricht.

Es gibt Menschen, die erleben Ähnliches

nach einer Krankheit, bekommen plötzlich weiße Haare oder werden schnell fortschreitend hinfällig.

15. oktober

Dieses unheimliche weh in den gliedern, letzte woche zum ersten mal: Ein bohren in den armseligen resten meiner muskeln, daß mich gleich beunruhigt, schlimmes ahnen läßt. der schmerz allein wäre ja mit leichtigkeit auszuhalten, aber das unheimliche ist die vorstellung dazu. es kommt mir vor, als zersetzten sich die muskeln, fasern auseinander, lösen sich auf. Alle kraft fließt aus mir raus, wie wenn meine haut porös geworden wäre. Ständig friere ich. Ich darf nicht daran denken, sonst werde ich verrückt. das sterben wäre mir egal, ja willkommen, aber der weg dazu nicht. da möchte ich mitentscheiden können, nicht so einfach erdulden. Und dabei habe ich wieder so viele pläne. Am samstag fahre ich mit sechs spielbegeisterten frauen für eine woche in ein kleines haus nach Belp. Wir wollen gemeinsam eine meiner geschichten, „Fortschritt im Grimmsland"; zu einem theaterstück umschreiben und spielerisch verarbeiten.

Hoffentlich geht es mir bis dahin etwas besser.

Ich finde, Behinderung und Alter, behinderte Alte, alte Behinderte ... dies alles sei ein überaus spannender Themenkomplex. Als ich mich zum Vorbereiten dieses Vortrags ins Nachbarsgärtchen unserer WG setzte und ein bißchen darüber nachsann, stürzten viele Bilder, Beispiele und Metaphern dazu auf mich ein. Es war ein blühendes Gärtchen: flinke Spatzen, starke Enten, eine wilde Katze ... wild, stark und frühlingshaft. Frühling, das ist ja z.B. das Gegensymbol zum Alter. Wild, flink, stark, diese Tiere in Nachbars Garten, Gegensätze von behindert, verkrüppelt, lahm. Im Frühling sinniere ich also über den Herbst des Lebens, das Alter.

Was ist das Alter überhaupt? Es gibt verschiedene Definitionen dafür. Eine davon ist: nahe dem Tod. Wenn wir diese nehmen, dann sind Behinderte mit bestimmten progressiven Behinderngen beinahe ein Leben lang alt, z.B. Knaben mit Muskelschwund, Typ Duchene. Ihre Lebenserwartung ist 13-20 Jahre. Ich habe jahrelang Ferienlager für solche Kinder geleitet. Eine lustige, unternehmenslustige, lebenslustige Gesellschaft. Ihre Interessen gelten denselben Dingen wie diejenigen anderer Gleichaltriger: Sport, Abenteuer... Aber wenn der alte Attinghausen im Wilhelm Tell ungefähr sinngemäß sagt: „Das Älterwerden bedeutet, daß die Lebenskreise immer enger werden," so stimmt dies auch für diese Kinder.

Ich zitiere hier Attinghausens Worte in genauem Wortlaut, weil ich sie sehr schön finde:

Und kommt die warme Sonne
nicht zu mir,
ich kann sie nicht mehr suchen
auf den Bergen.
Und so, in enger stets und
engerm Kreise,
beweg ich mich dem engsten
und letzten,
wo alles Leben still steht, langsam zu.
Mein Schatten bin ich nur,
bald nur mein Name.

Während die Lebensradiusse Gleichaltriger sich ausdehnen, werden die der behinderten Kinder enger. Zuerst können sie nicht mehr selber gehen, dann nicht mehr allein aufs Klo, nicht mehr selber essen, bis sie - und das ist für viele das Schlimmste - den Fernseher nicht mehr einstellen, die Computerspielknöpfe nicht mehr selber drücken können. Mehr muß die Umgebung - meist wohl die Mutter - (und die Mutter ist wohl das, was sie den „echten" Alten voraushaben) - alltägliche Handlungen übernehemen: Essen eingeben, trockenlegen, waschen, wie im Alters- und Pflegeheim. Die bedenkliche Parallele ist außerdem noch, daß hie und da muskelkranke Jugendliche in solche Institutionen abgeschoben werden. Daß sie dort bald sterben, ist logischer Ausweg. Daß Lebensqualität das Leben verlängern kann, zeigt z.B. das Pilotprojekt im Mathilde-Escherheim.

Wie gesagt, in solchen Lagern geht es lustig und fidel zu. Trotzdem empfinde ich diese Kinder oft als weise. Sie wissen, daß sie demnächst sterben, ohne daß es ihnen nun ständig bewußt wäre. Oft sind sie etwas retardiert.- Warum sollen sie erwachsen werden in einer Welt, die sie doch bald wieder verlassen. Neben der Kindheit - oft Kindischkeit (gibt es dieses Wort überhaupt), strahlen sie manchmal etwas aus, was mich an Heilige gemahnt. Nicht laute Heiligkeit, sondern stille, heimliche. Das Sterben ist oft dementsprechend ein stilles Jubeln, ein gefaßtes Eingehen in jene anderen Dimensionen. Auch die Begräbnisfeier, der Abschied, spiegelt dieses wider, wenn sich Angehörige, Freunde und Pfarrer positiv auf dieses Weggehen einstellen können, dankbar für dieses kurze Beisammensein.

Und dann kommt ja wieder diese allgegenwärtige, allzugroße Frage nach dem Sinn des Lebens, nach dem Sinn dieses kurzen Lebens. Ist das Leben sinnvoller, wenn es lange währt? Und wann wird das Leben alt?

Auch mir wurde prophezeit, daß ich nicht lange leben werde, höchstens 15, 16 Jahre. Eine Falschdiagnose, nicht nur meiner Realität, sondern auch meiner Behinderungsart. Ich meine, das hat mich gelehrt, mit dem Gedanken an den Tod zu leben. Schon früh, vor allem ab 40, hatte ich außerdem das Gefühl, ich hätte nun genug gelebt. Das Leben habe mir viel gegeben, viel Gutes - es reiche nun. Es reiche auch an Schwierigkeiten und Mühseligkeiten. Genug - von allem genug.

Und so bekommt man vielleicht auch Lust (ich wenigstens bekam sie) auf das spannendste aller Abenteuer, den Tod. Sich damit zu beschäftigen, haben wir, glaube ich, alle verlernt, wenn wir es überhaupt jemals konnten. Ich denke, es ist aber (vordergründig z.B. wegen AIDS) eine dringende Anforderung unserer Zeit. Sterbebegleitung und selber sterben - wer kann in seinem Leben diese beiden Ereignisse ungehen? Und genau dies, um das niemand herumkommt, wird von den meisten bis in die hintersten Winkel ihres Seins verdrängt. Genauso wie übrigens die Möglichkeit, behindert zu werden. Auch dies könnte jedem Menschen jederzeit widerfahren. Wer denkt schon daran? Genauso wie mit dem Sterben, beschäftigen wir uns erst damit, wenn wir unbedingt müssen. Dann sind wir aber vom Ereignis so überrascht, daß wir nur noch Entsetzen empfinden. Es könnte aber auch anders sein. Gehen wir doch mal davon aus, daß sich jeder mensch seinen Himmel und sein Hölle selber schafft, dann wäre es doch überaus spannend, sich ein wundervolles Jenseits auszudenken, den Abschied von dieser Welt mit Freunden zusammen vorzubereiten und daneben jede Minute hier auf Erden bewußter und positiver zu erleben.

Vision

Dunkelheit - Wärme. Dunkelheit um mich. Eingebettet in einer leichten wohligwarmen Atmosphäre. Embryostellung: die Knie angezogen bis zum Kinn, den Rücken gebogen. Rund wie ein Ei liege ich in dieser warmen dunklen Welt, schlafend ... Da! Eine Empfindung berührt mich, sachte, sanft, wie Schmetterlingsflügel. Aufwachen, Aufwachen! Gähnend recke ich mich, richte mich auf ohne Mühe, in selbstverständlichem Bewegungsablauf. Vom Sitzen in die Hocke, und das eine Bein etwas nach vorn stellen, angewinkelt. Auf dem anderen abstützen, knien. Aber was...? Was! Das kann ich doch nicht. Ich kann mich nicht aufrichten.Ich bin doch gelähmt, vollständig gelähmt.

Wieder will ein Gedanke eindringen, will vom Kopf Besitz ergreifen, langsam, neblig. - Ich bin gelähmt, vollständig; progressiver Muskelschwund seit meiner Kindheit. Wenn ich am Boden liege, kann ich mich nicht aufrichten. Embryo-

stellung ist schon seit langem unmöglich. - Ich muß träumen, klar. Ich träume. Lustig, im Traum zu träumen, daß man träumt.

Wo bin ich überhaupt? Wo befinde ich mich hier? Alles dunkel um mich. Dunkel, aber nicht schwarz, nicht finster. Wo irgendwoher schleicht sich Dämmerung ein. Ich kann mein Knie schwach erkennen, als festen Umriß im Graublau. Ob ich aufstehen kann? Müßte ich mich dazu nicht aufstützen? - Vielleicht einfach Gewicht verlagern und dann einen kleinen Ruck in den Hüften? - Es geht, leicht und ohne Mühe. Ein Glück zu stehen! Und angenehm, weit angenehmer noch, als ich es mir vorgestellt habe. Die Knie durchstrecken, welche Wohltat. Auf den Füßen stehen, fest, die Fußsohlen auf dem Boden, den Rücken frei, ohne das lästige Korsett. Das muß ich auskosten. Wundervoll, diese Bewegung, wenn man die Arme hebt, leicht, ohne Anstrengung. Wundervoll, so frei zu sein. Einen Schritt vor den andern setzen, auf einem weichen, schmiegsamen Grund. Was könnte es sein? Sand? - Nein. Wie ich mich niederknie, sicher schon in der Bewegung, wie wenn ich sie hundertmal geübt hätte, fühlt er sich glatt und seidig an - lebendig irgendwie. Aber seltsam schon, daß ich den Traum so bewußt erlebe. Daß ich jede Regung des Körpers spüre und über den Traum im Traum nachdenken kann. Nun, mir solls recht sein. Auskosten will ich ihn, bis ich erwache zur gewohnten Unbeweglichkeit.

Was kann ich noch? Springen, hüpfen, tänzeln, stampfen, mich drehen in einer Pirouette. Hoffentlich hat es keine Löcher und spitzen Steine hier.

Meine Füße spüre ich warm und prikkelnd. Normalerweise sind sie ja auch im heißesten Sommer eiskalt. Wenn ich mich konzentriere, fühle ich, wie das Blut durch die Adern fließt, wie die Haut atmet. Ich kann die Zehen krümmen und strecken, mich auf die Zehen stellen. Sie tragen mich! Diese kleinen Zehen tragen meine ganzen 48 kg. Lustvoll ist es, auszuprobieren - das Spiel der Muskeln, Spannen der Sehnen. Später entdecke ich, daß ich mich auch überkugeln kann, überschlagen, immer und immer wilder, wie auf einem Trampolin. In den Armen kribbelt es: Ein drängendes Bedürfnis, sich zu bewegen, auf und nieder, auf und nieder, leicht, auf, auf!

Ich weiß natürlich, dies tönt jetzt alles zu ideal. Auch ich lebe nicht immer bewußt. Allzuoft verwickle ich mich in die alltäglichen Kleinigkeiten und Widrigkeiten. Auch ich habe mein Testament noch nicht gemacht, vielleicht, weil ich einfach nie Zeit dazu finde. Ich habe, wie alle Leute, Angst vor dem Unbekannten, dem Sterben, vor allem auch vor einem langen Schmerzenslager. ich meine, wir müßten uns aber auch hier besser vorbereiten. Mit Freunden besprechen, wieviel an medizinischen Eingriffen wir akzeptieren wollen, z.B. eine Verfügung für den Arzt schreiben, Offenheit verlangen, was unseren Körper, unsere Krankheit betrifft.


Foto: Ursula Aurien, Berlin

Vielleicht sind wir Behinderte in solchen Bereichen Nichtbehinderten gegenüber im Vorteil. Wir sind gewohnt, uns mit Ärzten herumzuschlagen, wir sind gewohnt, Hilfe anzunehemen. Das Alter ist oft nur eine Verschlimmerung der Behinderung, nichts total Neues. Wir wissen, wie wir unsere Hilfsmittel gebrauchen müßen und wie wir zu ihnen kommen. Nichtbehinderte Alte, die plötzlich altersbehindert werden, haben oft keine Ahnung, wie damit umzugehen ist.

Andere Aspekte alter, behinderter Menschen habe ich noch gar nicht angesprochen. Zwischen Kaffeekränzchen und politischem Engagement heißt der Titel dieses Vortrags.

Von politischer Arbeit habe ich noch nichts gesagt, außer man findet, daß auch private Einstellungen politisch sind. Sie sind es. Politische Arbeit ist aber doch weitergehend, wirksamer hoffentlich auch. Ich war fünfzehn Jahre sehr aktiv in der Behindertenbewegung - in der emnazipatorischen Behindertenbewegung. Wir verstanden uns nicht nur als KämpferInnen für die Verbesserung der Situation Behinderter, sondern ganz allgemein für eine bessere Welt, eine sozialere, bessere Gesellschaft. Es war das Gedankengut der Nach-68er-Generation, vermischt mit unseren Utopien. Andere Wohnformen für Behinderte, z.B. Wohngemeinschaften für Behinderte und Nichtbehinderte, selbstverständliches Zusammenleben von Behinderten und Nichtbehinderten, aber auch anderen Randgruppen.

Punktuell, für gewisse Aktionen, taten wir uns mit politisch ähnlich gelagerten Randgruppen zusammen: den Knastbrüdern, den Schwulen und Lesben, Feministinnen. Immer wieder ist mir aufgefallen, wieviel Ähnlichkeiten die verschiedenen Randgruppen miteinander haben. Den Begriff Randgruppe verstehe ich als Außenseiter, Diskriminierte, z.B. Homosexuelle. Auf den ersten Blick scheinen sie ja gar nichts gemeinsam zu haben. Im Gegenteil, sie schließen einander beinahe aus. Schwule mit ihrem Jugendwahn tun sich schwer mit dem verkrüppelten lahmen Körper eines Behinderten. Lesben mit ihrem oft starken Ghettodenken wollen nichts mit behinderten Heterofrauen oder gar Männern zu tun haben. Doch fanden wir auch viele Parallelen und Möglichkeiten für gemeinsame Arbeit. Dies vor allem in den bewgten 70ern, zusammen mit einer linkspolitischen Kirche. Diese Arbeit hat mir damals auch die „Ehre" eines Eintrags in die Fichen *(Vermutung der Red.: Eine schweizerische Form der 'Flensburger Punkte' für zivilen Ungehorsam)* gebracht.

Aber wo blieben die Alten als Kampfgefährten? Wir scheinen jede Menge gemeinsamer Interessen zu haben: Zuerkennung von Sexualität, Wohnformen außerhalb einer Institution, lebensgerechte Renten, Anerkennung von Leistungsschwachen, Kampf dem Schönheitsdiktat. Auch jüngste Beispiele zeigen deutlich gemeinsames Interesse, z.B. die neue S-Bahn in Zürich, ein Jahrhundertwerk. Ein Jahrhundertskandal. Die Bahn ist für Behinderte wie für Alte inakzeptabel. Wir, die Behinderten, haben demonstriert. Sogar ich, die ich schon lange aus der aktiven Behinderten-Bewegung ausgerollt bin. Wo blieben die Alten? Die Altenbewegung? Behinderte stellen, gemessen an den Alten, einen kleinen Prozentsatz der Bevölkerung dar. Die Alten müssen eine starke Macht sein in unserem Staat, eine Macht auch zugunsten der Behinderten. Wenn ich aber zurückdenke, erinnere ich mich nicht an gemeinsame Aktionen mit der Altenbewegung. Es ist mir aber auch nie als Mangel aufgefallen. Erst jetzt frage ich mich, warum das so ist? Ich erinnere mich, daß damals die GRAUEN PANTHER aufkamen und daß die kämpferischen Worte von Trude Unruh seltsam vertraut, ähnlich den unseren klangen. Warum haben wir, meines Wissens, nie gemeinsame Sache gemacht? Und warum auch heute noch nicht? - Es ist hier nicht meine Sache, diesen Um-

stand zu analysieren oder gar zu ändern. Es ist Sache der heutigen Generation, dies zu tun. Und während ich dies schrieb - oder jetzt sage - ist mir die Widersprüchlichkeit dieses Satzes bewußt. Ich könnte mich ja nun als ältere Behinderte als Bindeglied zwischen den beiden Bewegungen verstehen. Doch schon die Vorstellung widerstrebt mir, der Gedanke stößt mich ab. Ich bin alt und müde geworden, manchmal, nicht immer. Und vielleicht geht es den Ältergewordenen genau so. Dies kann aber nicht der einzige Grund für den Graben zwischen den Interessengruppen sein. Es wäre wirklich interessant, dies einmal zu betrachten.

Ich habe viele Themen angesprochen, keines tiefschürfend. Das sehe ich aber auch nicht als meine Aufgabe an. Ich habe auch nicht speziell über geistig Behinderte gesprochen. Einiges, was ich angetupft habe, gilt für beide. Speziell über geistige Behinderung und Alter zu reden, dafür wäre ich einfach nicht kompetent. Leider ist es ja so, daß wir Körperbehinderten uns oft schwer tun mit der Beschäftigung mit geistig Behinderten. Wir überlassen dies lieber Anderen. Das wertet sie auf in dieser Gesellschaft, uns ab. Ich muß dies hier vielleicht an einem Beispiel erklären, damit es nicht so hart tönt. Wenn ich mit einer geistig Behinderten zusammen eine Reise unternehme, können wir uns zwar, unter Umständen, sehr gut ergänzen. Sie schiebt mich, hilft mir körperlich. Ich benutze dafür meinen Kopf, meine Fähigkeit zu lesen, Fahrpläne z.B.. Doch werden wir von allen Mitreisenden als beide geistig behindert angesehen. Wenn ich alleine reise, bewundert man mich meiner Selbständigkeit, meines Mutes wegen. Und wenn Nichtbehinderte mit einer Geistigbehinderten reisen, achtet man das soziale Engagement dieser Leute.

Verstehen Sie mich? Allzuoft werden Geistigbehinderte und Körperbehinderte - auch psychisch Behinderte zusammengetan, ohne die Mitglieder der einzelnen Gruppen um ihre Meinung zu fragen. Erst wenn das Zusammenleben freiwillig ist, kann es auch befruchtend sein. Womit wir wieder bei unserer damaligen Bewegungsutopie wären: eine Gesellschaftsform, in der alte, kranke, behinderte und alle möglichen Formen dieser Menschheitsgattung zusammen, oder, wenn sie es wünschen, unter sich, leben können. Diese Gesellschaft hätte auch Platz für Tiere, für Natur. Wir könnten so weit wie möglich selbstbestimmend leben.- Und ein bißchen farbiger und freakiger, bitte schön.

Ursula Eggli, Bern

Die Zitate stammen aus: Die Zärtlichkeit des Sonntagsbratens (Zytglogge-Verlag) Zu beziehen bei: Ursula Eggli, Wangenstr. 27, 3018 Bern, Schweiz.

Behinderung plus Alter - ein zweifaches Stigma

Durch umfassende Rehabilitation und dank der medizinischen Möglichkeiten erreichen wahrscheinlich genauso viele behinderte Menschen den Lebensabschnitt des Alters wie Nichtbehinderte. Sie erfahren also diese zweifache Stigmatisierung. Schon eine allein genügt, um in unserer Gesellschaft nicht mehr als Individuum gesehen, sondern einer Randgruppe zugeordnet zu werden.



Jedoch wird das Altern mit Handicap von den einzelnen Menschen genauso individuell erfahren wie das Altern ohne Handicap - nämlich direkt abhängig von der vorausgegangenen Lebensbiographie, den relevanten Lebensumständen, von Charakter und Veranlagung des Einzelnen.

Behinderung plus Alter: Das bedeutet auch potenzierte Schwierigkeiten, denen keine ausreichend wirksamen Strategien des Ausgleichs entgegengesetzt werden können, weil sie behinderten Menschen gar nicht zur Verfügung stehen. In jüngeren Jahren läßt sich dieses Defizit eher ertragen, verdrängen oder überspielen. Aber mit zunehmendem Alter und angesichts der damit verbundenen Veränderungen verlieren solche Strategien immer mehr ihre Wirksamkeit.

Hier möchte ich noch einfügen, daß ich nur Probleme von Menschen darstellen kann, deren Behinderung nicht erst als Begleiterscheinung des Alters erfolgt ist, sondern schon vorher ein Teil ihres Lebens war. Denn nur hier kann ich auf eigene Erfahrungen und Beobachtungen zurückgreifen - ergänzt durch Erlebnisse anderer Menschen, die sich in einer ähnlichen Lebenssituation befinden.

Die nachstehend aufgezeigten Probleme können alle älteren Menschen betreffen, unabhängig davon, ob sie behindert sind oder nicht. Tatsache ist jedoch, daß weitaus mehr behinderte, ältere Menschen von dieser Problematik betroffen sind als ihre nichtbehinderten Mitmenschen.

Die Problematik und ihre Hintergründe

Unverhältnismäßig viele der heute vor dem oder bereits im Rentenalter sich befindenden Menschen mit einer „Behindertenkarriere"

- sind mehr oder weniger auf die finanzielle Unterstützung des Sozialamtes angewiesen, weil es ihnen aufgrund ihrer Behinderung nicht möglich war, einen eigenen Rentenanspruch zu erwerben oder dieser nicht ausreichend ist. Vor drei, vier Jahrzehnten hatten Menschen mit einem größeren Handicap kaum Chancen, eine qualifizierte Berufsausbildung zu erhal-

ten oder gar die Hochschule besuchen. Es gab nur die typischen Behindertenberufe und - bedingt durch das Wirtschaftswunder - eine Reihe von Tätigkeiten, die aber im Allgemeinen keine Aufstiegschancen boten. Eine berufliche Karriere war für Menschen mit einer Behinderung sowieso kaum möglich. Sie mußten ohnehin ein Übermaß an Leistung bringen, um überhaupt am Arbeitsplatz anerkannt zu werden. Spätestens bei der Bezahlung war dann die Anerkennung zu Ende. Nicht selten gab es da sogar erhebliche Unterschiede, was sich logischerweise auf den Rentenanspruch auswirkte.

Hatten behinderte Menschen den Mut, freiberuflich tätig zu sein, mußten sie mit überdurchschnittlichen Schwierigkeiten rechnen. Auch hierbei war es fast unmöglich, die üblichen Bildungs- und Ausbildungswege zu nutzen, denn so gut wie keine Aus- und Weiterbildungseinrichtung war mit dem Rollstuhl zugänglich. Das gleiche gilt auch für die meisten Tagungsstätten.

- führen ein einsames Single-Dasein, weil sie es nicht gewagt haben, ihr Bedürfnis nach Liebe und Partnerschaft zuzulassen. Denn bis vor nicht allzulanger Zeit waren Behinderte in den Augen ihrer Mitmenschen „geschlechtslose" Wesen ohne Recht auf Sexualität und erotische Erfahrungen. Der Wunsch behinderter Menschen, eigene Kinder zu haben, stößt auch heute noch gar nicht so selten auf Unverständnis und Ablehnung. Hinter solchen Einstellungen ist noch deutlich der Einfluß jahrhundertealter Moralvorstellungen zu spüren, wie auch - leider! - die unseligen Nachwirkungen des Nazi-Regimes. Bedauerlicherweise halten sich solche veralteten Vorstellungen recht hartnäckig, so daß es für Menschen mit einer Behinderung nach wie vor schwierig ist, sich gegen dieses Tabu durchzusetzen.

Ein weiterer Grund für das Alleinsein behinderter Menschen im Alter resultiert aus der Tatsache, daß gar nicht so wenige von ihnen mit Beginn oder Fortschreiten der Behinderung von ihren Lebenspartnern verlassen wurden. Verlassenwerden ist sicher immer schmerzlich, doch unter den besonderen Umständen kann es eine traumatische Wirkung haben - vor allem, wenn der/die Verlassene noch mit seiner/ihrer Behinderung zu ringen hat.

- haben kaum Perspektiven für den Lebensabschnitt des Alters, weil sie seit ihrer Behinderung mehr oder weniger fremdbestimmt waren und daher keine eigenen Wünsche und Pläne verwirklichen konnten. Noch mehr als heute war in früheren Jahren die Abhängigkeit behinderter Menschen von denen, die ihnen Hilfe gaben, eine Fessel, aus der es kein Entrinnen gab. Ob die einengende Fürsorge in der Familie oder die Bevormundung im Heim - beides hat(te) fast immer die gleichen negativen Auswirkungen: Die behinderten Menschen waren (wurden) zusätzlich behindert durch die zwangsläufige Unfähigkeit, Wünsche und Bedürfnisse zu artikulieren und durchzusetzen. Die meisten Menschen mit einer frühen Behinderung, bis die Eltern (oder Geschwister) starben oder so gebrechlich waren, daß sie die Hilfe nicht mehr leisten konnten. Zu diesem Zeitpunkt war es für die Selbständigkeit der behinderten Angehörigen schon zu spät. So blieb nur die Endstation Pflegeheim. (Leider gilt das hier Gesagte - wenn auch in geringerem Maße - auch heute noch).

Für behinderte Menschen war eine selbstbestimmte Lebensgestaltung früher noch weitaus schwieriger als heute. Ob Kultur oder Hobby, ob Reisen oder Sport - überall gab es architektonische und gesellschaftliche Hindernisse oder es waren gar keine Möglichkeiten für Menschen mit Handicap vorgesehen. Bis in die Bereiche des täglichen Lebens waren diese Be- und Einschränkungen deutlich spürbar. Schwerbehinderte Menschen und solche im Rollstuhl waren in der Öffentlichkeit kaum zu sehen.

Resumee

Behinderung plus Alter - die Vielschichtigkeit des Themas konnte im Rahmen dieses Artikels nur angerissen werden. Aber die von der Problematik betroffenen Leserinnen und Leser können ja eigene diesbezügliche Erfahrungen hinzufügen - sozusagen im Geiste und ad hoc. Und für die jüngere Behindertengeneration mag manche der Ausführungen nicht so ohne weiteres nachvollziehbar sein, denn in den vergangenen zehn bis 20 Jahren hat sich doch wohl einiges hin zum Positiven verändert. Allerdings nicht genug angesichts des nach wie vor recht großen Handlungsbedarfes in der Behindertenpolitik.

Auf der politischen Ebene allein lassen sich die Probleme nicht lösen. So lange in unserer Gesellschaft die Wertmaßstäbe von Jugend, Fitneß und Leistungsfähigkeit diese fast magische Priorität genießen, werden in allen Bereichen behinderte oder alte Menschen Ausgrenzung erfahren, behinderte ältere Menschen doppelt.

Wie wichtig es ist, daß „Betroffene" - egal welcher Minderheit oder Randgruppe sie angehören - ihre Sache selbst in die Hand nehmen und ihre eigene Lobby bilden, müßte eigentlich nicht mehr erwähnt werden. Die Realität sieht leider anders aus. Zwar sind behinderte Menschen seit geraumer Zeit auf dem Weg zur Selbstbestimmung, doch es gibt noch jede Menge Fremdbestimmung - vielleicht nur subtiler und versteckter als früher. (Mir liegt sehr daran, in diesem Zusammenhang zu betonen, daß auch früher nicht alle Menschen mit einer Behinderung Fremdbestimmung hingenommen haben, sondern sich ihren Weg der möglichen Selbstbestimmung erkämpften, gegen alle Widerstände und im Alleingang).

Um in Politik und Gesellschaft eine Bewußtseinsänderung in der Behindertenpolitik zu erreichen, ist es unumgänglich, daß möglichst viele behinderte Menschen aktiv zu diesem Umdenkungsprozeß beitragen. Das können nur behinderte Menschen, die sich Nichtbehinderten gleichwertig und gleichberechtigt fühlen und dies auch leben - unabhängig von Alter, Lebensweg und aktueller Situation. Es wäre also naheliegend, wenn sich endlich auch einige aus der älteren Behindertengeneration auf den Weg machen, um ihren weniger mutigen Mitmenschen zu helfen, nach der Devise „Betroffene beraten Betroffene" selbstbestimmt zu leben. Gerade für Menschen, die schon lange mit einer Behinderung leben und dadurch zahlreiche Einschränkungen hinnehmen müssen, ist es wichtig, daß sie die Seniorenphase so positiv und selbstbestimmt wie möglich gestalten. Aber hier ist noch viel, sehr viel unentdecktes Brachland. Wie lange noch?

INGEBORG WIEMER, KRAUTHEIM

(von der Redaktion geringfügig gekürzt)

Alt und Behindert -

Differenzen und Widersprüche in der Praxis ambulanter Hilfe

Ursprünglich zur Unterstützung des selbstbestimmten Lebens - vorwiegend jüngerer - Menschen mit Behinderungen gegründet, sahen sich viele ambulante Dienste schnell mit der Problematik älterer Menschen konfrontiert. Die unterschiedlichen Anforderungen und Notwendigkeiten führten dabei vielerorts zu Konflikten. Georg Gabler schildert diese Probleme und Ansätze zu ihrer Lösung aus der Sicht des Praktikers.



Der CeBeeF Frankfurt hat 1978 mit seiner ambulanten Arbeit bei behinderten Menschen begonnen, in erster Linie bei MS-Kranken. Unsere ersten KundInnen waren damals durchschnittlich im Alter von Mitte 20.

Einige von ihnen sind inzwischen verstorben; das Gros unserer damaligen KundInnen ist aber auch heute noch nicht „alt“ im herkömmlichen Sinne, also über 60.

Später sind Leute dazugekommen, die sowohl behindert als auch alt waren und sind.

Seit 10 Jahren nun gehen wir auch zu alten Leuten, Menschen, die „nur“ alt sind.

„Gelernte Behinderte“, so ist die durchgängige Erfahrung, kommen mit den altersspezifischen Verschlechterungen ihres Gesundheitszustands besser zurecht. Für sie ist es kein biographischer Bruch, im Rollstuhl zu sitzen. Sie verbrachten eben schon ihr halbes Leben darin. Sie haben sich auch schon immer helfen lassen müssen, und kommen z.B. mit der Anwesenheit fremder Leute in der Wohnung besser klar.

Bei den „alten“ Menschen hört man durchaus Sätze wie „Im Rollstuhl kann ich mich jetzt doch nicht mehr draußen blicken lassen“.

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

Wir haben schon seit 1980 ein freundschaftliches Verhältnis zu einer frankfurter Gruppe, die ambulante Altenpflege macht. Wir verstanden uns gleichermaßen als alternative ambulante Dienste, die auch politisch gegen den „Sog ins Heim“ zusammen zu kämpfen hatten. Wir waren auch gemeinsam erfolgreich bei der Durchsetzung unserer Forderungen gegenüber der Sozialverwaltung in Frankfurt.

Frühzeitig suchten wir Kontakte zu den Grünen in Hessen (seit 1982), die damals die einzige Partei waren, die die Idee der Hilfe zu Hause vorbehaltlos unterstützten.

Ein Ergebnis dieser politischen Arbeit war z.B. die Schaffung eines Förderfonds für ambulante Dienste in Hessen.

Es kam uns dabei zugute, daß wir von vorneherein auf eine zu enggefasste Interessenpolitik verzichtet und damit eine starke Bündelung von Diensten für alle hergestellt hatten: Kinderkrankenpflege, ambulante Versorgung behinderter Menschen, Altenpflege.

CeBeeF und die „Kontakt - Freie Alten und Krankenpflege“ haben jedoch unterschiedliche politische Identitäten. Wir haben als Hintergrund den Selbsthilfezusammenschluß behinderter Menschen und die Mehrzahl unserer Vorstandsmitglieder sind selbst behindert.

„Kontakt“ kommt aus der Ecke der selbstverwalteten Betriebe: Altenpfleger/innen suchten eine sinnvolle Beschäftigung außerhalb der Institutionen Krankenhaus bzw. Altenheim.

In einzelnen Fragen haben wir daher unterschiedliche Positionen.

Probleme I

Unser ambulanter Dienst beschäftigte von Anbeginn LaienhelferInnen: Zivildienstleistende, Freiwilliges soziales Jahr, StudentenInnen, allerdings mit einer gründlichen Anleitung und Begleitung.

Schon ziemlich früh mußten wir uns mit dem Problem der Professionalität auseinandersetzen. Ein seit kurzem querschnittsgelähmter Mann weigerte sich, den immer schlimmer werdenden Dekubitus an seinem Fuß ärztlich behandeln zu lassen, obwohl die Einsatzleiter und Helfer ihn auf die Folgen aufmerksam gemacht hatten. Zu spät ging er dann ins Krankenhaus und bezichtigte den CeBeeF der Fahrlässigkeit. Es gab daraufhin bei uns eine hitzige Auseinandersetzung, wie wir solche Situationen vermeiden könnten.

Weil dies einerseits eine Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht Behinderter war, andererseits die Gefahr einer öffentlichen Diskreditierung wegen „Qualitätsmängel“ bestand, war dies eine sehr schwierige Phase. Schließlich entschlossen wir uns, eine Krankenschwester als Fachkraft einzustellen. Das Image von Krankenschwestern war damals bei KundInnen und Mitgliedern denkbar schlecht, teils berechtigt aus eigenen Erfahrungen, teils aufgrund übernommener Klischees: Oberschwester Hildegard aus der Schwarzwaldklinik läßt grüßen.

Sehr schnell entdeckten alle, daß die Krankenschwester, deren Tätigkeitsfeld nach langen Diskussionen abgeklärt worden war (nur Beratung und Einsatz auf Wunsch von KundInnen oder HelferInnen), eine entlastende Funktion für alle hatte: Sie konnte bei Krankheiten beraten, schwierige Verbandswechsel machen, auch mal eine Spritze geben.

1985 begannen wir neben der bisherigen Tätigkeit eine stadtteilorientierte Arbeit, zusammen mit der Altenpflegegruppe „Kontakt“. Bei dieser Zusammenarbeit, die dann später wieder aufgelöst wurde, ergab es sich, daß der CeBeeF zielgerichtet auch alte Menschen ambulant versorgte. Die Aufnahme dieses neuen KundInnenkreises wurde von den an der Behindertenarbeit orientierten Mitgliedern im CeBeeF mißtrauisch beäugt und kommentiert.

Die MitarbeiterInnen der „Altenabteilung" forderten auch bald Krankenschwestern/-pfleger in der Pflege selbst, und argumentierten, alte Menschen, gebrechlich und oft altersverwirrt, stellten andere Anforderungen, die von LaienhelferInnen allein nicht zu bewältigen seien.

Bis dann tatsächlich Fachkräfte in diesem Bereich eingesetzt wurden, verging aber auch wieder einige Zeit.

Die Anforderungen der Pflegeversicherung seit 1995 verwischen einmal mehr noch bestehende Unterschiede zwischen der ambulanten Hilfe von behinderten und alten Menschen: Eine Beschränkung auf den einen oder anderen KundInnenkreis wäre angesichts der neuen „Marktverhältnisse" wirtschaftlicher Selbstmord.

Für mich ist klar - ob man das nun begrüßen will oder nicht: Die Zeiten einer familiär orientierten Nischenpolitik für ambulante Dienste sind im großen und ganzen vorbei.

Nun, zu Resignation ist kein Anlaß. Ich rede hier nicht einer Nivellierung das Wort - etwa daß eh alles „in einen Topf" kommt oder aus einem heraus - sondern: Es gibt neue Felder, auf denen auch schon einige Gruppen erfolgreich innovativ arbeiten - z.B. Arbeit mit geistig Behinderten im Betreuten Wohnen.

Wir haben immer die verkrusteten Strukturen der Großverbände kritisiert. Wir müssen aufpassen, daß wir mit einem Modell „Ambulante Dienste für Behinderte" nicht auch mal veralten.

Probleme II

Auf Wunsch der *randschau*-Redaktion will ich 2 Problemkreise ausführlicher darstellen: Die Diskussion Laienhelfer versus Fachpflege und - relativ aktuell - der Einsatz von technischen Hilfsmitteln bei der Assistenz.

Der Ausbau ambulanter Dienste konnte in den 70Öer Jahren nur beginnen, weil sich der Zivildienst als damals kostengünstigere Variante gegenüber einem Heimaufenthalt anbot. Wer sich erinnert:

Es gab damals das sog. Heidelberger Modell, das die Assistenz bei behinderten Reha-AbgängerInnen vorsah, einzelne Zivis, bei den KundInnen am Heimatort wohnend, verwaltungsmäßig ferngesteuert von einer Bonner Zentrale.

Wir empfanden uns damals als Gegenmodell: lokal orientiert und mit familiärem Touch, nicht zuviele KundInnen, „zivimäßig" aber gut ausgestattet. Unsere KundInnen, kurzzeitig auch mal Konsumenten genannt, waren in der Regel selbständig, emanzipiert, z.T. auch in der Behindertenbewegung aktiv.

Vor diesem Hintergrund war es fast selbstverständlich, daß sich an der Frage der Notwendigkeit von Fachpflege die Gemüter erhitzten. Die Ungewißheit lag darin: Halten sich die Krankenschwestern an das Prinzip: Der Kunde sagt, was gemacht wird? Nachdem erfolgreich herausgearbeitet werden konnte, daß es durchaus Unterschiede zwischen (jungen) Behinderten und alten Menschen bei der Alltagsbewältigung gibt, akzeptierten KundInnen und Mitglieder dann (zähneknirschend) den Einsatz von Pflegepersonal bei den alten Menschen. Die neu entstandene Altenabteilung fühlte sich innerhalb des CeBeeFs aber lange Zeit als 5. Rad am Wagen.

Der Einsatz der Fachpflege bei Behinderten geschieht nach Absprache.

Vorfälle wie der weiter oben geschilderte Zustand des querschnittsgelähmten Mannes sind aber inzwischen noch mehrmals aufgetreten - wir gehen da jetzt sehr konfrontativ vor: Unser Dienst oder ein anderer! Es muß immer ein Mindestmaß von vernünftiger Kooperation gegeben sein!

Um 1987 gründete sich im CeBeeF ein Betriebsrat. In einem größer gewordenen, straffer geführten Dienst konnten bestimmte Probleme nicht mehr nur „familiär" gelöst werden, es gab z. B. reguläre Tarifforderungen der HelferInnen. Darüber hinaus wurde der Betriebsrat auch genutzt, bestimmte Verhältnisse vor Ort, also bei den KundInnen, kritischer zu sehen und sich zu beschweren.

In diesem Zusammenhang rückten die gesundheitlichen Probleme der HelferInnen stärker ins Bewußtsein. Solange in der Mehrzahl Zivis ihre Dienstzeit zeitlich begrenzt quasi in Rotation leisteten, war das Problem von dauerhaften Rückenschäden einfach verdeckt. Wir haben aber heute einen großen, ca. 300 Leute umfassenden Helferstamm mit z.T. langjährigen MitarbeiterInnen.

Etwa um 1992 begannen wir, einen Betriebsarzt zu konsultieren, und schickten dann jeden Helfer vor Arbeitsantritt dorthin.

Denkt man die Problematik des Hebens konsequent durch, dann muß man langfristig an den Einsatz von mechanischen Hebehilfen denken.

Es dauerte ziemlich lange, bis diese Erkenntnis, - es war zuerst ein Tabuthema-, dann auch diskutiert wurde.

Für viele unserer jüngeren behinderten KundInnen sind Hebelifter eine Zumutung. Abgesehen von einem „Ängstlichkeitsfaktor", der mal größer oder kleiner ist, bedeutet es eine große Einschränkung der Autonomie und eine Mechanisierung im wahrsten Sinne des Wortes gegenüber der überwiegend manuellen Tätigkeit der Assistenz.

Bei unsachgemäßer Handhabung können bei den KundInnen Hautprobleme auftreten, auch sind viele Lifter individuell „unpassend".

Dennoch: Es gibt ein vitales Interesse der Helfer/innen, gesund zu bleiben. Es gibt (inzwischen) auch ein breiteres Angebot an geeigneten Hebeliftern. Bei der Abwägung der unterschiedlichen Bedürfnisse von KundInnen/innen und ihren Assistenten/innen ist für die CeBeeF- MitarbeiterInnen inzwischen klar: Hebehilfen müssen eingesetzt werden!

GEORG GABLER, FRANKFURT/MAIN

Behinderung und Alter

Der nachfolgende Beitrag bezieht sich im wesentlichen auf eine Fachtagung, die der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte (damals Bundesverband für spastisch Gelähmte und andere Körperbehinderte) zum Thema *„Lebenssituation älterer körper- und mehrfachbehinderter Menschen"* 1988 durchgeführt hat.

Durch Fortschritte in der Medizin und Verbesserungen in Pflege, Betreuung und Förderung ist die Lebenserwartung behinderter Menschen deutlich gestiegen. Daß die Gruppe alter Menschen mit Behinderung heute noch relativ klein ist, hängt u.a. mit der Tötung behinderter Menschen im Dritten Reich und mit mangelhafter Versorgung in der Vergangenheit zusammen.

Standen in der Behindertenarbeit bisher die Erforschung der Ursachen einer Behinderung, die rechtliche Absicherung der materiellen Lage der Betroffenen und der Aufbau von Einrichtungen und Diensten zur medizinischen und pädagogischen Förderung und Betreuung im Mittelpunkt, so müssen heute diese Aufgaben um die Beschäftigung mit der Situation alter Menschen mit Behinderung erweitert werden. Es kann dabei nicht darum gehen, eine Altenhilfe für Behinderte zu entwickeln. Vielmehr ist davon auszugehen, daß behinderte Menschen generell und damit auch behinderte Menschen im Alter die gleichen Grundbedürfnisse nach Wahrung der eigenen Identität, Autonomie und Selbstbestimmung, einer ihren Vorstellungen entsprechenden Lebensgestaltung und Teilhabe am sozialen Leben in der Gemeinschaft haben wie jüngere Menschen mit und ohne Behinderung.

Die Auseinandersetzung mit diesem Thema macht deutlich, daß eine klare Abgrenzung des Personenkreises kaum möglich ist und sich die Situation des bzw. der Einzelnen nahezu jeder Definition entzieht. Eine isolierte Betrachtung von Problemen, Lösungsansätzen und Angeboten für alte Menschen mit Behinderung ist nicht möglich und nicht sinnvoll. Hat der Bundesverband in seinen *„Vorstellungen zu einer humanen und solidarischen Behindertenpolitik"* darauf hingewiesen, daß viele Probleme in der Behindertenarbeit die ungelösten Probleme unserer Gesellschaft deutlich machen, so trifft dies umso mehr auf die Lebenssituation älterer bzw. alter Menschen mit Behinderung in Bezug auf die gesamte Behindertenarbeit zu. Auch für den behinderten Menschen ist letztlich entscheidend, in welchem Maße er in seinem Lebensraum eingegliedert ist und dort auch mit zunehmendem Alter sein Leben gestalten kann. Es sind Lebensräume und Versorgungsangebote zu schaffen, die es behinderten Menschen ermöglichen, in Würde und Selbstbestimmung alt zu werden und zu sein.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

- Die geriatrische und allgemeinmedizinische Versorgung alter behinderter Menschen muß verbessert werden. Dazu bedarf es gesicherter Erkenntnisse über die Gesundheitsrisiken und den Versorgungsbedarf älterer Menschen. Die Probleme behinderter Menschen müssen in die geriatrische Fortbildung der Ärzte einfließen.
- Die medizinische Versorgung muß mit der sozialen Betreuung verknüpft werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Menschen mit Behinderungen schneller und vorzeitig altern können und ihre sozialen Bindungen dadurch bedroht sind.
- Hilfsangebote sollen sich in hohem Maße am Grundsatz der Selbstbestimmung und an individuellen Lebensgewohnheiten orientieren und müssen ganzheitlich und gemeindenah ausgerichtet sein.
- Die Wahl- und Entscheidungsfreiheit der Betroffenen in Bezug auf die von ihnen bevorzugte Wohn- und Versorgungsform (ambulant oder stationär) darf nicht aus Kostengründen eingeschränkt werden.
- Die Wohnangebote für Menschen mit Behinderung müssen weiter ausgebaut und differenziert werden. Sie müssen selbstverständlich auch älteren und alten behinderten Menschen offenstehen.
- Die Bindung der Wohnung bzw. des Wohnheimplatzes an einen Arbeitsplatz, z.B. in einer WfB, ist strikt abzulehnen. Auch aus dem Arbeitsleben ausscheidende Behinderte müssen, sofern sie es wünschen, in ihrer gewohnten sozialen Umgebung weiterleben können.
- Das Angebot ambulanter Dienste muß ausgebaut, differenziert und qualifiziert werden. Lebenspraktische Hilfestellungen (z.B. Essen, Waschen, Anziehen), Hilfen im Haushalt (z.B. Einkaufen, Kochen, Putzen), bei der Kommunikation (z.B. Begleitung, kulturelle Veranstaltungen, Vorlesen) bis hin zur „Rund-um-die-Uhr-Pflege" müssen behinderten Menschen in abgestufter Form auch im Alter zur Verfügung stehen. Dazu müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.
- Behinderte Menschen, die in der Lage sind, die für sie notwendigen Hilfen selbst zu organisieren, müssen die dazu erforderliche materielle und organisatorische Unterstützung erhalten. Menschen, die dies nicht können, dürfen durch die Hilfen nicht entmündigt werden.
- Begegnungs-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen müssen Menschen mit Behinderung zugänglich sein und ihre Angebote auch an den Interessen und Bedürfnissen älterer behinderter Menschen ausrichten. Bildung ist Teil von Lebensqualität. Die bestehenden Einrichtungen der Erwachsenenbildung, insbesondere die Volkshochschulen, müssen deshalb in weit stärkerem Maße als bisher Angebote für diesen Personenkreis entwickeln.
- Die Einrichtungen und Organisationen der Altenhilfe sind aufgefordert, die Belange von Menschen mit Behinderung verstärkt zu berücksichtigen.
- Alte Menschen geraten in Gefahr, isoliert und vereinsamt zu leben. Das gilt in erhöhtem Maße für Menschen mit Behinderung. Durch städtebauliche und sozialplanerische Maßnahmen in Verbindung mit einer gemeinwesenorientierten Sozialarbeit muß diesen Gefahren entgegengewirkt werden.

Aufgrund der heutigen Umweltbedingungen leben die Generationen vielfach nicht mehr miteinander sondern nebeneinander. Das gilt insbesondere für den älter werdenden Behinderten, der aufgrund seiner Lebenssituation in Gefahr gerät, im Alter isoliert leben zu müssen. Umso mehr ist dafür Sorge zu tragen, daß auch alte Menschen sozial integriert leben können. Sie sollten die Möglichkeit haben, entsprechend ihrem Lebensalter, ihren Fähigkeiten und Erfahrungen soziale Funktionen zu erfüllen. Bei der Städteplanung und im Wohnungsbau sollten ihre besonderen Bedürfnisse mit bedacht werden. Jede Hilfe sollte darauf ausgerichtet sein, ihre Selbständigkeit und Lebensgewohnheiten solange wie möglich zu erhalten.

(aus: *„Vorstellungen zu einer humanen und solidarischen Behindertenpolitik"* des Bundesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V.)

REINHARD JANKUHN
BV KÖRPER- U.
MEHRFACHBEHINDERTE E.V.

Behinderung und Alter

aus der Sicht eines altgewordenen Menschen mit Behinderung

Der nachfolgende Beitrag wurde uns von Jürgen Demloff aus Berlin zugesandt. Wir geben ihn gekürzt wieder. Die redaktionellen Kürzungen sind durch (......) gekennzeichnet.



Foto: Ottmar Miles-Paul, Kassel

Was ist Behinderung ? Was ist Alter ?

Mir liegen dreiundzwanzig (23) verschiedene juristische und wissenschaftliche Definitionen von Behinderung vor; eine unvollständige Aufstellung, aber für meine persönliche Tätigkeit noch ausreichend.

Alter - alt sein - ist bekanntlich das, was keiner sein will und doch jeder wird.

Politik für Menschen mit Behinderungen und Politik für Senioren - man darf es gar nicht ansprechen, die Meinungen gehen sofort auseinander, jeder sieht es anders, jeder versteht etwas anderes darunter. Politik mit oder durch Menschen mit Behinderungen und im Alter fordert sofort die nächste Gruppe. Die Alten sollen mal der Politik fernbleiben, es haben in der Vergangenheit genügend Überalterte Schaden angerichtet. Dies wird heute viel in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern behauptet.

Ich persönlich, seit dem Ende des zweiten Weltkrieges 100%iger Invalide, habe versucht, mich mit Behinderung und Alter, persönlich, in der Ehe mit einer Frau, die nach 20 Ehejahren an MS erkrankte, in der Familie mit Kindern und Enkeln, in der Wissenschaft und Forschung, sowie als Autor zur Behinderten- und Rehabilitationspolitik, im Eintreten für Menschen mit Behinderungen und im Alter, am 'Runden Tisch' in der freigewählten Volkskammer und in der Behindertenbewegung sowie als Leiter einer Beratungsstelle auseinanderzusetzen.

Es fehlt sowohl im Bereich von Menschen mit Behinderungen als auch bei den Senioren an umfassenden, die Gesamtheit der Problemfelder erfassenden wissenschaftlichen Analysen, aus denen wirklich zukunftsweisende Strategien für eine Gesellschaftgestaltung abgeleitet werden können, die möglichst jedem Behinderten und Senior bis ans Ende seiner Tage ein freies, eigen- und weitgehend selbständiges vor allem aber **selbstbestimmtes** Leben auf der Grundlage eines eigenen gesicherten Einkommens in Würde ermöglicht.

Behinderung und Alter sind einerseits objektive, meßbare, erfaßbare und abgrenzbare Erscheinungen und Zustände, aber sie treffen einzelne Individuen und müssen oder werden individuell bewältigt. Aus dieser Individualität erwachsen die vielfältigen Differenzierungen.

Sowohl die Behinderten als auch die Senioren sind keine homogenen sozialen Gruppen, sondern sie sind in Hinblick auf das Alter *(??, d. korr.)*, die Bildung, die Berufe, die soziale Stellung, das Einkommen, das Vermögen, die soziale Einordnung, die Familien, die Hobbys, Freizeitgestaltung, persönliche Eigenschaften, Zielstellungen, Aktivitäten und politische Orientierung völlig verschieden. Die Behinderten unterscheiden sich noch zusätzlich durch Art und Weise, den Grad der Ausprägung ihrer Behinderung und den daraus erwachsenden spezifischen Anforderungen und Bedürfnissen. Die offiziellen Statistiken verschleiern mehr die Realitäten als daß sie diese offenbaren und die Pauschalisierung der Fakten schadet einer immer wieder notwendigen Problemlösung.

Es bedarf einer besseren und engeren Verbindung von Senioren- und Behindertenpolitik.

Die beiden großen Sozialverbände (Reichsbund und VdK), aus Kriegsopferverbänden hervorgegangen, bündeln die Interessenvertretung von Kriegsopfern, Wehrdienstopfern, Opfern von Gewalt, Sozialrentnern und Hinterbliebenen. Sie haben in der BRD ein Kriegsopferrecht mit geschaffen, das wirkliche Chancengleichheit, wirkliche soziale Entschädigung bis zu den Eltern und Kindern der Opfer verwirklicht. Sie haben aber total versagt vor der Aufgabe, daß nach den Grundsätzen des Menschenrechts die „zivilen" Behinderten die gleichen Chancen und Möglichkeiten für sich und ihre Familien benötigen.

Die Wohlfahrtsverbände sind wesentliche Interessenvertreter in der Gesundheits-, Behinderten- und Altenpolitik sowie im Pflegebereich. Sie verfügten in der alten Bundesrepublik über 40 % aller Gesundheits- und Krankeneinrichtungen, 60 % der Senioren- und über 80 % aller Behinderteneinrichtungen. Das bedeutet, diese Verbände verkörpern eine große soziale und Wirtschaftspotenz und besitzen bedeutenden politischen Einfluß, der aber durch die Kohl-Regierung seit 1982 zurückgedrängt wurde.

Da im Falle von Behinderung und Pflegebedürftigkeit im Alter bei zu geringem Einkommen oder Rente sowie bei not-

wendigem Heimaufenthalt die Kosten über den Staatshaushalt komplett abgedeckt wurden, entwickelte sich in der alten BRD bis zur Wende ein wachsender profitorientierter Gesundheits-, Senioren-, Behinderten- und Pflegebereich. So stieg der private Anteil im Pflegebereich in den letzten 10 Jahren vor der Vereinigung von 16 auf 33 % und weitet sich seit der Wende kontinuierlich aus. Während also Behinderte und/oder pflegebedürftige Senioren in den alten Bundesländern zu 70 % Sozialhilfeempfänger waren und in den neuen Bundesländern zu 98 bis 99 % wurden, wucherte die Soziallast aus. Die staatlichen Leistungen, die Überforderung der Kommunen war im eigentlichen Sinne mehr eine Subvention für gemeinnützige und profitorientierte Bereiche des Gesundheits-, Senioren- und Behindertenbereichs als die Absicherung eines selbst-bestimmten Lebens für Menschen mit Behinderungen und im Alter. Der Gesundheits- und Sozialbereich ist der, auf der Basis von Beiträgen, Umlagen und staatlichen Mitteln am stärksten expandierende Bereich der Wirtschaft. Das Anwachsen des Sozialbudgets im Staatshaushalt beruht deshalb nicht so sehr auf den gestiegenen Ansprüchen, sondern auf der Tatsache, daß hier mit staatlichen Mitteln große Wirtschaftsbereiche subventioniert wurden. Die Pflegeversicherung war deshalb nicht zuerst eine soziale Tat für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen, sondern die Erschließung von neuen Subventionsquellen der Wirtschaft aus den Einkommen der Bürger.

Die FDP ist der Vertreter der profitorientierten Wirtschaftsbereiche im Gesundheits-, Senioren- und Behindertenbereich. Sie möchte am liebsten den gesamten Bereich nur privat umgestalten. Obwohl ein immer größer werdender Teil der Sozialkosten den Charakter direkter Subventionen der Wirtschaft annimmt, zieht sich der Staat von einer möglichen Einflußnahme auf die soziale Wirksamkeit dieser Subventionen zurück. Nicht das soziale Wohlbefinden der Bürger ist das Ziel, sondern die Förderung der Wirtschaft auf Kosten der Bürger.

(...............)

Soll das Leben der Menschen mit Behinderungen und im Alter in der Zukunft positiv verändert werden, dann muß ihren Interessen stärker in der Gesellschaftsgestaltung Rechnung getragen werden.

Je mehr der Staat sich aus dem Einfluß auf die Gesellschaftsgestaltung zurückzieht und den Kräften des Marktes und des Kapitals das Feld überläßt, desto offensichtlicher wird der Widerspruch zwischen den Marktgesetzen, dem Kapitalinteresse und dem Bürgerinteresse. Die sichtbare Folge davon ist eine wirtschaftliche Entwicklung, die alle Bereiche der Gesellschaft so gestaltet, daß höchste Effektivität auf der Grundlage immer ausgewägterer Forderungen nach Flexibilität und Mobilität jedes einzelnen Bürgers erstrebt wird. Ein immer größer werdender Teil der Bürger kann dem nicht mehr entsprechen und wird dadurch ausgegrenzt, zuerst aus dem aktiven Leben und dann zu hilfs- oder pflegebedürftigen Menschen gemacht.

Die Gewerbe- und Einkaufszentren auf der Grünen Wiese sind einerseits effektive Handelsformen, aber sie führen nicht nur zur Verödung der Wohnstadtbereiche, sondern auch zur Ausgrenzung und Hilfsbedürftigkeit wachsender Teile der Bevölkerung, besonders der Behinderten, Senioren, vorübergehend oder chronisch Kranker. Wegen fehlender Alternativen, nicht vorhandener staatlicher Einflußnahme bei gleichzeitiger bürokratischer Übergängelung der Bürger, gesetzlicher oder behördlicher Verhinderung von Innovationen und Neuverteilung, ist die soziale Funktion der Wirtschaft aufgehoben und die soziale Gestaltung der Gesellschaft verloren gegangen. Die Gestaltung der Gesamtheit der materiellen und funktionalen Bedingungen sowie die Gesetzgebung erfolgt immer stärker behinderten- und seniorenfeindlich trotz aller anders lautenden Erklärungen. Die Folge ist in der Gesellschaft politische Resignation, Protesthaltung ohne konkrete Einflußnahme, zunehmender Egoismus, Vereinsamung, immer stärkere Inidividualisierung, Mitgliederrückgang in Parteien, Organisationen, Verbänden und Vereinen. Es entstand eine neue, die jetzt größte Partei in der Bundesrepublik - *die Partei der Nichtwähler.*

Dem kann nur erfolgreich begegnet werden mit einer großen Gemeinschaftsinitiative zur alternativ veränderten Gesellschaft, die bei aller Weiterentwicklung von Effektivität, gestützt auf ständig wachsende Mobilität und Flexibilität der Bürger auch den Nicht-Mobilen, Nicht-Flexiblen ein Höchstmaß an Selbständigkeit und Freiraum ermöglicht. Eine Gesellschaft, die ihre Effektivität durch millionenfache Arbeitslosigkeit erzielt, eine Wirtschaft, die Millionen Menschen Arbeit und Ausbildung verwehrt und sie zum Nichtstun verdammt, das Wissen und Können, den Arbeitswillen von Millionen zu einem Wegwerfartikel macht, ist nicht nur falsch geleitet, fehl am Platze und hat den Wirtschaftsstandort Deutschland und die mögliche Zukunft verspielt.

(........)

Zunehmende Gewalt gegen und Ausgrenzung von Senioren und Behinderten

Neuere Studien belegen einen erschreckenden Zustand von Mißhandlungen und Gewalt gegenüber Menschen mit Behinderungen und im Alter. (.....)

Nach einer Studie des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen werden 142.000 ältere Menschen von Familienangehörigen gewalttätig mißhandelt, 90 % der Mißhandlungen aber aus Scham - man kann Familienangehörige doch nicht anprangern - nicht angezeigt. Insgesamt werden nach dieser Studie 600.000 ältere Menschen mißhandelt, vernachlässigt, ausgegrenzt oder finanziell ausgenutzt. Aber noch schlimmer als physische Gewalt ist die psychische Gewalt, die in unserer Gesellschaft gegenüber Menschen im Alter und mit Behinderung aufgebaut, propagiert und durchgesetzt wird. Die Skala der Mittel und Methoden reicht dabei von Presse, Funk und Fernsehen bis zur Sparpolitik der Regierung und behördlicher Willkür. Psychischer Druck wird Terror, er reicht von Beeinflussung, Manipulation bis zur Suizidforderung, um zu sparen oder das Vermögen zu erhalten.

Die erwähnte Studie zeigt einige spezielle Formen:

Die Drohungen mit Heimeinweisungen betraf 6,8 - 7,1 % der Befragten;

4,1 % wurden in ihren Kontaktmöglichkeiten eingeschränkt;

bis zu 2,6 % mußten ruhigstellende Medikamente nehmen und

bis zu 2,5 % mußten ihr Eigentum übertragen.

Frauen sind dabei immer häufiger von Gewalt betroffen.

Die gegenwärtige weltweite Diskussion und juristische Neufassung der Bedingungen für Suizid, Euthanasie, humanes Sterben, Sterbehilfe - verbunden mit Veröffentlichungen besonders in den USA - welche ökonomischen Potenzen durch das Aufhalten oder Hinausschieben des Todes bei schwerer Krankheit und/oder Behinderung dem Ehepartner, der Familie, der Gesellschaft vorenthalten werden, machen eine juristische Regelung des realen Schutzes von Behinderten und Senioren vor physischer oder psychischer Gewalt sowie vor suggestiver Beeinflussung überfällig.

Es gilt das Feigenblatt des Antidiskriminierungsgrundsatzes in der Verfassung endlich in praktische Gesellschaftsgestaltung umzusetzen. Es besteht die reale Gefahr, daß mit individueller, Familien-, Gruppen- und Gesellschaftsbeeinflussung, flankiert von Selbständigkeit und Selbstbestimmung aufhebender regierungsamtlicher Sparpolitik das Euthanasie-Programm der Nazis oder die Forderung der australischen Philosophen zur „Gesundung der menschlichen Gesellschaft", in Form von Willensbekundungen der Betroffenen, „ohne Gewalt", und „friedlich" verwirklicht wird (In den USA scheiden schon 9,8 % der Senioren durch Suizid aus dem Leben). Die Entscheidung des obersten Berufungsge-

richts der USA, daß „die aktive Hilfe von Familienangehörigen und speziell ausgebildeten Personen bei der Beendigung des Lebens nicht im Widerspruch zur amerikanischen Verfassung steht", hat das ganze bisherige humanistische Fundament der Menschheit in Frage gestellt. Vor amerikanischen Gerichten wurde teilweise wörtlich (....) übereinstimmend argumentiert, wie in der Anweisung Hitlers für das Euthanasie-Programm 1939.

Menschen im Alter und mit Behinderungen sind nicht nur im Hinblick auf Einkommen und Vermögen, sondern auch im Hinblick auf gesellschaftliche Positionen, Verhalten, Aktivitäten, Gesundheitszustand und Leistungsfähigkeit äußerst differenziert und wir wissen davon zu wenig.

Die jetzt vorliegende „Berliner Altersstudie" der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, von einer 40köpfigen Forschergruppe als Querschnittsstudie zum Profil der 70 - 100jährigen erarbeitet, räumt nicht nur mit Pauschalvorurteilen auf, sondern weist auch Wege für eine qualitativ bessere Seniorenpolitik. Gleichzeitig wird aber offensichtlich, welch großer finanzieller, materieller und personeller Aufwand notwendig ist, um die Komplexe Alter und Behinderung zu erforschen, zu erkennen und die Politik in diesem Bereich aus dem Wünschelrutendasein herauszuführen. Genaue Analyse und Beachtung der Interessenlage in dem großen Bevölkerungsblock Behinderte und Senioren brauchen wir, aber auch das Wissen, von wem und wie diese aufgearbeitet, vertreten werden. Welche Organisationen, auf welche Weise, welche Interessengruppen organisieren, erfassen und vertreten, wie die Interessen an die verschiedenen politischen Kräfte, die Parteien herangetragen werden, von diesen aufgegriffen, umgesetzt, zurückgewiesen oder mißachtet werden. Es reicht also nicht aus, das persönliche Schicksal, Leid, Betroffenheit öffentlich zu machen, eine gesetzliche Regelung zu fordern, zurückzuweisen, zu begründen oder zu verurteilen.

(............)

Erfolg in der Politik für die Interessen und Bedürfnisse von Behinderten und Senioren verlangt zwingend koordinierte politische Zielstellung und praktisches Handeln auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene.

Da die Senioren *(?? d. korr.)* ebenso wie die Behinderten kaum oder gar nicht über eigene Abgeordnete in den Parlamenten verfügen, und schon gar nicht entsprechend ihrem Anteil an der Wählerzahl, ihr Leben sich aber in den Städten und Gemeinden abspielt, während in Bund und Ländern die Gesetze gemacht werden, gibt es kaum eine wichtige parlamentarische Vertretung. Alternative Vorschläge und Initiativen für die Interessen von Menschen mit Behinderungen und im Alter müssen deshalb, wenn sie erfolgreich sein sollen, Zielstellungen und Aktionen in Kommunen, Ländern und im Bund verbinden. Die gegenwärtige finanzorientierte Sparpolitik der Regierung führt ständig zu dem Versuch, daß der Bund auf Kosten der Länder und diese wiederum auf Kosten der Gemeinden sparen wollen. Wenn die Interessen der Senioren und Behinderten durch Leistungskürzungen nicht auf dem „Sparaltar" geschlachtet werden sollen, dann sind völlig neue Organisationsformen notwendig.

Die Sparpolitik, die Einführung der Pflegeversicherung, die Neufassung des Rechts der Sozialhilfe, Änderungen im Steuerrecht sind nicht nur finanzielle und soziale Eingriffe und Einschränkungen, sondern auch Eingrenzungen der Demokratie, der Bürgerrechte, der Selbstbestimmung von Menschen.

Die jahrzehntelangen Ziele und Forderungen der Behinderten- und Seniorenverbände nach Chancengleichheit, Mitwirkung an der Gesetzgebung, Nachteilsausgleich, Selbstbestimmung bei Behinderung und im Alter werden gesetzlich begründet, behördlich verwaltet, dienstlich begutachtet und immer stärker eingegrenzt oder gar aufgehoben.

Während im Berufsleben sich die Tarifparteien - Unternehmen und Gewerkschaften - gegenüberstehen und regelmäßig Arbeits- und Lebensbedingungen aushandeln, Betriebs- und Personalräte als Vertreterkörperschaften wirken, fehlt dies nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben. Der Altersruhestand kürzt nicht nur das bisherige Einkommen auf 60 - 75 %, er schränkt auch die Möglichkeiten der Rehabilitation für Behinderte ein, koppelt von den bisherigen Vertretungskörperschaften ab. Ein Teil der Behinderten, die durch eigene Arbeitsleistung aus dem Zustand des Sozialhilfeempfängers herausgewachsen waren, sinken wieder darauf ab. Viele Behinderungen führen mit zunehmendem Alter zu zusätzlichen Einschränkungen, funktionalen Störungen, erhöhtem Pflege- und/oder Assistenzbedarf, dem immer weniger entsprochen wird, weil die Möglichkeit der beruflichen Eingliederung nicht mehr gegeben ist.

Der Kampf für Selbständigkeit, Selbstbestimmung, demokratische Mitwirkung von Senioren und Behinderten erfordert ein ganzes Programm von Aktionen und Aktivitäten, aber auch eine Änderung der Existenzweise der Vereine und Verbände. Im Falle von hoher Pflegebedürftigkeit werden die Betroffenen oftmals durch Familienmitglieder, Sozialstationen, Heimordnungen entmündigt und Objekt des jeweiligen Betriebssystems. Damit wird der Mensch nicht nur in seiner Existenz eingegrenzt, sondern auch seiner Bürger- und Menschenrechte beraubt.

Eine Neuordnung des Verkehrswesens, des Bauens, der Baugesetzgebung und der Baugenehmigungsverfahren ist notwendig.

In der politischen Diskussion wird ständig mit der wachsenden Zahl von Rentnern gearbeitet, die ein neues Rentensystem erfordern, weil die Rentenkassen überfordert würden. Gleichermaßen werden die Kosten für behindertengerechtes Bauen und Gestalten behandelt. Aber gerade hier zeigt sich wie verkehrt die Diskussion um den Standort Deutschland geführt wird. Wenn die Zahl der Behinderten und leistungsgeminderten Senioren wächst, dann muß dem stärker bei der Gestaltung des Verkehrs, beim Bauen und in der städtischen Organisation entsprochen werden. Wir sind 20 Jahre hinter Schweden zurückgeblieben, das seit 1976 verbindlich nur noch behinderten- und seniorengerecht baut. In Deutschland sind die DIN 18024 und 18025 für behinder-



ten- und seniorengerechtes Bauen noch immer nicht Grundlage des Bauens. Die Heimgesetzgebung, die Heimbauverordnung und die Heimsicherungsverordnung sind völlig veraltet und überholt. (.......) Jeder Behinderte weiß es, der Senior erfährt es, wie Verkehrseinrichtungen, Häuser, Wohnungen, Möbel, Sanitärräume Selbständigkeit fördern und erhalten oder ausgrenzen, abhängig und pflegebedürftig machen.

Behinderung und Rente

Mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben wird die Rente für viele Menschen mit Behinderungen die einzige Einkommensquelle. Während in den alten Bundesländern nach dem statistischen Durchschnitt die Rentner 54 % ihres Einkommens aus der Rente und zu 46 % aus Vermögen beziehen, begrenzt sich im Osten das Einkommen fast immer auf die Rente. Im Osten erfährt der EU- und BU -Rentner beim Eintritt in die Altersrente, daß sein, neben der Rente erzieltes Arbeitseinkommen (Rentner der DDR durften neben der Rente entweder 1/3 des früheren Einkommens oder als Sonderpflegegeldempfänger unbegrenzt dazu verdienen) auf die Rente nicht angerechnet wird, weil Rentner in der DDR keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen mußten. Aber auch Jahre nach der Vereinigung werden gezahlte Rentenbeiträge nicht rentensteigernd berechnet. In den alten Bundesländern werden alle, die von Geburt oder Kindheit und Jugend behindert und nicht berufstätig waren und deshalb keine BU- und/oder EU-Rente erhielten, nun auch keine Altersrente erhalten. Im Osten sind die Renten immer noch 20 % geringer als im Westen, obwohl nach Aussage von Herrn Blüm vor allem die Rentner etwas von der Vereinigung haben sollen. Das trifft auf Kriegsopfer, Witwen/Witwer, langjährige Beschäftigte, aber nicht für alle zu. Die Ankoppelung der Renten an die Nettolohnbezüge läßt sie mit der Lohnentwicklung steigen, aber die lineare, prozentuale Rentensteigerung läßt hohe und niedrige Renten immer weiter auseinanderdriften und das verschlechtert die Situation für Behinderte mit niedrigen Renten bei zunehmendem Alter. Grundvoraussetzung für die Bewältigung von Pflegebedürftigkeit im Alter ist eine existenzsichernde Rente. Doch wo sind die Aktionen, Standpunkte, Vorschläge der Behindertenbewegung in der augenblicklichen Rentendiskussion ?

Ich bin für eine Lösung, wo für alle Bürger unabhängig von der Art und Weise ihres Einkommens Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt werden bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze. Auch Beamte, Selbständige und vom Vermögen Lebende haben zu zahlen. Aus dieser Versicherung erhält jeder eine Rente, die sich aus Grundbetrag und Beitrag aus Zahljahren und Beitragshöhe ergibt. Damit können auch Nichtarbeitsfähige mit 18 Jahren eine Rente erhalten und jeder die Mittel zur Existenzsicherung. Die Beiträge könnten gesenkt werden, die Sozialhilfe würde entlastet.

Arbeit für Behinderte und Senioren - zentrale Aufgabe alternativer standortsichernder Politik

Von der Zahl der berufstätigen Bürger, ihrem Anteil an der Bevölkerung, der Erzielung eines existenzsichernden Einkommens durch Arbeit, wird Höhe und Umfang der Steuern, Funktion und Leistungsfähigkeit der sozialen Systeme, letztlich auch die Effektivität des gesellschaftlichen Gesamtsystems bestimmt, sozialer Frieden garantiert, Wettbewerbsfähigkeit hergestellt und bewahrt, die zukünftige Rente gesichert.

Die jetzige gesetzlich neugeschaffene Regelung: Rente oder Arbeit ist falsch. Wir wollen für das Prinzip „Rente plus Einkommen" eintreten, wie es im sozialen Entschädigungsrecht heute noch festgeschrieben ist. (........) Die von der Bonner Regierungskoalition betriebene kurzsich-


IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:
'krüppeltopia' e.V. -
Verein zur Förderung
der Emanzipation Behinderter
Jordanstraße 5, 34117 Kassel,
Tel.: 0561 / 7 28 85 51, Fax: 7 28 85 29

RESSORTS & REDAKTIONSADRESSEN
• Bücher/Rezensionen: Redaktion Berlin, Ursula Aurien, Barbarossastr. 24, 10779 Berlin, Tel.: 030 / 2 18 43 76
• Abo & Vertrieb: die randschau - Ralf Datzer Redaktion Kassel, Jordanstraße 5, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 7 28 85 51, Fax: 0561 / 7 28 85 29
• Redaktion Marburg, Ulrike Lux / Jörg Fretter, Friedrich-Ebert-Str. 13, 35039 Marburg, Tel.: 06421 / 48 30 77
• Anzeigen: Redaktion Kassel, Christof Rill, Weidstücker Str. 9, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 84355
• Magazin: Redaktion München, Thomas Schmidt, Planeggerstr. 10, 81241 München, Tel.: 089 / 88 88 598
• Aktuelles: Redaktion Bielefeld, Julia Ney, Kreuzberger Straße 13, 33619 Bielefeld, Tel.: 0521 / 10 93 77
• Redaktion Essen, Volker van der Locht, Grendplatz 4, 45276 Essen, Tel.: 0201 / 51 26 47, Fax: 0201 / 51 97 92
• Redaktion Bonn, Martin Seidler, An der Josefshöhe 21, 53117 Bonn, Tel.: 0228 / 67 98 29

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN:
Ursula Aurien (Berlin), Martin Seidler (Bonn), Volker van der Locht (Essen), Thomas Schmidt (München), Julia Ney (Bielefeld), Christof Rill (Kassel), Ralf Datzer (Kassel),
V.i.S.d.P.: Ulrike Lux / Jörg Fretter (Marburg),

Die CASSETTENAUSGABE der randschau wird betreut durch durch die Aktion Tonbandzeitung für Blinde e.V., Holzminden, betreut. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns natürlich über unverlangt eingesandte Beiträge und Infos. Um uns die Bearbeitung auf dem PC zu erleichtern, nehmen wir am liebsten Texte, die unformatiert auf WORD (alle Versionen) geschrieben wurden. Als Speichermedien bitte nur 3,5" und 5,25" Disketten verwenden.

ABO PREISE:
Preis für 4 Ausgaben 25,- DM / Ausland 35,- DM / auf Cassette 30,- DM / Cassette & Schwarzschrift 40,- DM / Einzelpreis 7,- DM + 2,- DM Porto/Verpackung (Abobestellungen an die Herausgeberin)

BANKVERBINDUNG:
Stadtsparkasse Kassel (BLZ: 520 501 51) Konto-Nr.: 1009 422 (Stichwort "krüppeltopia" e.V./die randschau)

ERSCHEINUNGSWEISE: vierteljährlich AUFLAGE: 2.500

TITELFOTO: Ursula Aurien, Berlin
SATZ: randschau-Team, Kassel
DRUCK: DER DRUCKLADEN, Kohlenstraße 32, 34121 Kassel

EIGENTUMSVORBEHALT:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehals. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Darstellung des Grundes zurückzusenden.

BITTE DIE NEUE(N) ADRESSE(N) BEACHTEN!!!

Dieser Ausgabe liegt das Faltblatt 'Selbstbestimmt Leben KONKRET' der Interessenvertretung 'Selbstbestimmt

die randschau
Zeitschrift für Behindertenpolitik

tige, unter betriebswirtschaftlichen und engen finanzpolitischen Gesichtspunkten betriebene Politik, die auch dem Vereinigungsprozeß aufgezwungen wurde, hat ein gewaltiges Menschenpotential mit hoher Qualifikation, großer Berufserfahrung und hoher Leistungsfähigkeit vom aktiven Arbeitsleben in die Arbeitslosigkeit, den vorzeitigen Ruhestand, ergebnislose ABM oder Umschulungen geschickt und die höchste Arbeitslosigkeit unter Behinderten gebracht.

Im internationalen Jahr des Behinderten wurde weltweit festgestellt, daß über 80 % aller Behinderten in entwickelten Ländern in das Berufsleben integriert werden können. Die BRD hat in der Zwischenzeit 80 % ausgegrenzt, zu Rentnern oder Arbeitslosen gemacht.

Senioren- und Behindertenpolitik ist vor allem weitsichtige, effektive Kommunalpolitik.

Die Stadt- und Gemeindegestaltung entsprechend den sich wandelnden wirtschaftlichen Bedingungen, Bevölkerungsstrukturen, Altersänderungen offenbart ständig neu Fehler der Vergangenheit, fehlende Weitsichtigkeit. Wie muß die Stadt, Gemeinde, Siedlung, das öffentliche Gebäude, das Haus, der Verkehr, die Verkehrsmittel, der Handel, die Dienstleistungen, das Gesundheitswesen gestaltet sein, damit für Junge und Alte, Behinderte und Nichtbehinderte lebenslang ein freies, kulturvolles, individuelles und gemeinschaftliches Leben aller Bürger möglich ist. Wie muß eine Gemeinde geleitet werden, damit sich die Wünsche und Hoffnungen aller Bürger, auch der Behinderten und Senioren erfüllen. Je älter der Mensch wird, je eingegrenzter seine Möglichkeiten sind, je stärker sich seine Behinderung ausprägt, desto bedeutsamer wird für ihn die Kommune, ihre Einrichtungen, die sozialen Möglichkeiten, die behinderten- und seniorengemäße Gestaltung, die Infrastruktur, die Selbständigkeit und Selbstbestimmung ermöglicht und garantiert.

Eine zukunftsorientierte, menschenwürdige Sicherung der Pflege muß die Wünsche, Vorstellungen und die konkrete Situation der Betroffenen und ihrer Familien, Angehörigen, Freunde und Helfer aufnehmen und beachten.

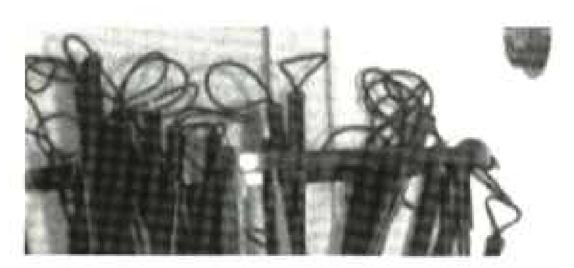
Parlamentarische oder regierungsamtliche Entscheidungen erweisen sich letztlich nur dann als richtig, wenn sie die Interessen der betroffenen Bürger umsetzen. Die Pflegeversicherung entspricht leider nicht den Interessen der Pflegebedürftigen und dem Assistenzbedarf von Behinderten. Das wird zunehmend in der Öffentlichkeit bekannt. Die Wünsche und Forderungen der Wirtschaft, die Entlastung des Staatshaushaltes und der Sozialhilfe, die von den Gemeinden erbracht wird, leitete die Politiker. Die heutige Existenz, die Konzipierung, Einführung und Gestaltung der Pflegeversicherung in der BRD war und ist der größte bisher in der Bundesrepublik verwirklichte Prozeß der Entmündigung von Bürgern. Allein die Tatsache, daß über 90 % der ambulant gepflegten Pflegebedürftigen, die Geldleistungen in Anspruch nehmen und nicht wie von Politik und Wirtschaft geplant, die Sachleistungen, zeigt, daß die Politiker die Situation der Betroffenen, ihre Interessen und die gesellschaftliche Situation völlig falsch einschätzen. Die Festsetzung von Grundprinzipien vor Beginn der Arbeit durch einzelne Politiker, die Verweigerung aller Alternativvorschläge, das Ausgrenzen der Betroffenen, das Nichtbeachten der Vorschläge der Verbände und Vereine ist realer Ausdruck der Behinderten-, Senioren-, aber auch Demokratiefeindlichkeit der herrschenden politischen Kräfte.

Ein einfacher Vergleich der Regelungen zur Pflege in der Reichsversicherungsverordnung, der Unfallversicherung, dem Bundesversorgungsgesetz, den Landespflegegeldgesetzen, den Blindengesetzen, wie sie vor der Pflegeversicherung bestanden, macht deutlich, was für ein Wechselbalg hier entstanden ist. An die Stelle hoher Leistungen, klarer, einfacher, überschaubarer, vom Bürger zu verstehender Gesetze tritt ein unsinniges, bürokratisch überdimensioniertes, staatlich überreguliertes, vom Bürger nicht mehr zu verstehendes Gesetz mit geringen finanziellen und Sachleistungen, bei erhöhter zusätzlicher Belastung aller Arbeitnehmer durch neue Beiträge. Hier haben wir ein Musterbeispiel dafür, was jene Politiker wollen, die nach weniger Staat rufen. Aufhebung jedweder staatlicher Einflußnahme auf die Wirtschaft, aber dem hilfsbedürftigen Bürger ein System aufzwingen, das jeden Polizeitstaat vor Neid erblassen läßt.

JÜRGEN DEMLOFF, BERLIN

Erblindung im Alter!

Rehabilitation oder Pflegebedürftigkeit?



In der Bundesrepublik leben schätzungsweise 150.000 blinde und 600.000 wesentlich sehbehinderte Menschen. Die Zahl der Menschen, die jährlich neu erblinden, beträgt nach Schätzungen 20.000 bis 24.000. 72% aller blinden Menschen sind über 60 Jahre alt. Die Dunkelziffer ist sehr hoch, denn Blindheit und Sehbehinderung werden häufig als zum „normalen Alterungsprozeß" zugehörig betrachtet. Durch Unkenntnis von Ärzten, Angehörigen, Pflegepersonal und den Betroffenen selbst, werden mögliche Hilfen nicht in Anspruch genommen bzw. erst gar nicht vermittelt. Während Rehabilitationsangebote z.B. für Schlaganfallpatienten fast selbstverständlich sind, fehlt für entsprechende Angebote im Falle einer Erblindung im höheren Lebensalter die finanzielle Grundlage bzw. gibt es mit Ausnahme von Bayern kaum flächendeckende Beratungs- und Unterstützungsangebote für diesen Personenkreis.

Die meisten blinden oder stark sehbehinderten Menschen werden in einer Lebensphase mit ihrer Sehschädigung konfrontiert, in der die Kompensation durch die übrigen Sinne nicht mehr so flexibel ist und in dem Maße ausbildbar, wie dies etwa bei geburts- bzw. jugendblinden Menschen möglich ist.

Zusätzliche altersbedingte Beinträchtigungen, wie z.B. Einschränkung des Tastsinnes durch lebenslange Arbeit, altersbedingte Hörbehinderungen etc. tragen zu erheblichen Einschränkungen im Alltag bei.

Daneben verursacht auch das soziale Umfeld des Betroffenen durch diskriminierendes bzw. unwissendes Verhalten zusätzliche Probleme.

So werden die Betroffenen oft als völlig hilflos bis hin zur Unzurechnungsfähigkeit angesehen. Dinge werden für sie und über ihren Kopf hinweg entschieden und für sie erledigt. Kaum jemand bringt die Geduld und Zeit für präzise Beschreibungen auf, die für Blinde und Sehbehinderte notwendig sind, um sich in ihrer Umwelt zurechtzufinden.

Ist der Betroffene beispielsweise mit einer Begleitperson unterwegs, wird oft nur diese angesprochen:

„Welche Kleidergröße hat sie?"

„Wann hat er die Beschwerden zum erstenmal gehabt?"

„Will sie sich setzen?"

Kein Wunder also, daß auch vor Eintritt der Behinderung sehr lebenslustige und zugängliche Menschen plötzlich mürrisch, verschlossen oder aggressiv werden.

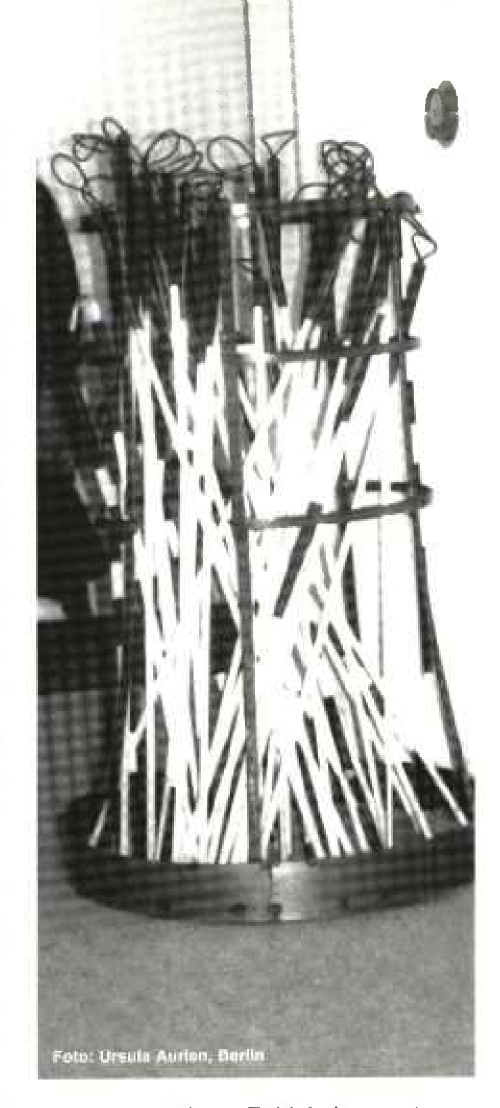
Wer gilt nun als blind?

Blindheit ist nach der bundesdeutschen Sozialgesetzgebung nicht gleichzusetzen mit Amaurose, also der völligen Lichtlosigkeit. Blind im Sinne der bundesdeutschen Sozialgesetzgebung sind Personen, deren Sehschärfe auf dem besseren Auge nach Gläserkorrektur nicht mehr als 1/50, also 2% der normalen Sehkraft, beträgt.

Ein derart geringer Sehrest, kann in der Praxis von entscheidendem Vorteil sein: Damit ist der Betroffene nämlich in der Lage, sich an einer Lichtquelle zu orientieren (Fenster, Beleuchtung). Möglicherweise nimmt er sogar noch Schatten oder grelle Kontraste wahr, die ebenfalls der Orientierung dienen können. Allerdings ist zur Ausnutzung eines solch geringen Sehrestes, ein enormes Maß an Konzentration, Gewöhnung und Übung erforderlich. Anforderungen, die ein im höheren Lebensalter erblindeter Mensch kaum erfüllen kann.

Für fast jeden neuerblindeten Menschen gilt, daß in der ersten Zeit des schmerzlichen Bewältigungs- und Umgewöhnungsprozesses die verbleibenden Sinne, sowie das Konzentrationsvermögen, auf keinen Fall besser, sondern eher schlechter funktionieren.

Es ist keineswegs so, daß die übrigen Sinne sofort schärfer und besser einsetzbar werden, wie es blinden Menschen häufig zugeschrieben wird. Im Gegenteil: da sehende Menschen dazu neigen, fast alle Umwelteindrücke, die sie wahrnehmen, wenn nur irgend möglich, mit den Augen zu überprüfen, mißtrauen späterblindete Menschen erst einmal den übrigen Sinnen, wenn die optische Kontrollmöglichkeit nicht mehr möglich ist. Jeder sehende Mensch sieht automatisch zu einer Geräuschquelle hin, wenn er etwas über deren Entfernung, Richtung oder Ursache erfahren möchte. Taktile Eindrücke werden meistens nicht nur auf das Abtasten beschränkt, sondern durch den optischen Wahrnehmungssinn bestätigt oder korrigiert. Man kann davon ausgehen, daß 80% aller Umwelteindrücke mit den Augen wahrgenommen werden, solange dies möglich ist. Dies bedeutet allerdings nicht, daß die Wahrnehmungsfähigkeit blinder Menschen auf 20% reduziert ist, denn natürlich sind die übrigen Sinne in der Lage, das entstandene Defizit im visuellen Wahrnehmungsbereich in mehr oder minder hohem Maße zu kompensieren. Jedoch geschieht dies nicht von heute auf morgen. Der Anpassungsprozeß kann je nach Befindlichkeit des Einzelnen, seinen intellektuellen, bzw. seinen sensitiven Fähigkeiten entsprechend und vor allem auch abhängig von seinem sozialen Umfeld, Monate bis Jahre dauern. Hinzu kommt noch die Trauer um den Verlust der Sehfähigkeit, der Selbständigkeit, der Mobilität und des sozialen Status, was oft zu Depressionen bis hin zu Resignation führt. All diese Einflußfaktoren erschweren den Neu- bzw. Umlernprozeß. Dazu kommt auch noch, daß in unserer Gesellschaft Blindheit meistens mit völliger Hilflosigkeit gleichgesetzt wird.


Foto: Ursula Aurien, Berlin

Bei einem Menschen, der diese Sichtweise selbst 75 Jahre vertreten hat, führt dies dazu, daß er sich selbst als völlig hilflos betrachtet. Die heutigen Senioren haben vor und während des Dritten Reiches eine Sozialisation erfahren, die Menschen mit einer Behinderung als lebensunwert betrachtete. Die meisten SeniorInnen würden zwar heute behindertes Leben nicht mehr als „lebensunwert" bezeichnen, jedoch hat sich diese Sichtweise in gewissem Sinne im Unterbewußtsein vieler der heutigen Senioren erhalten, so daß sie sich selbst und ihre Situation aufgrund ihrer Behinderung nicht akzeptieren können.

Wie blinde und sehbehinderte Menschen den Verlauf ihrer Sehschädigung erleben und die hierdurch entstehenden Probleme bewältigen, ist von einigen Bedingungsfaktoren abhängig:
den jeweiligen Krankheitssymptomen des Auges; dem Erblindungsmodus; von der Gesamtkonstitution; der Flexibilität; dem Selbstbewußtsein des Einzelnen; dem Alter; dem Verständnis des sozialen Umfeldes, und nicht zuletzt dem eigenen Verständnis von Behinderung.

Aufgrund dieser verschiedenen Einflußfaktoren unterscheide ich zwischen einem objektiven und einem subjektiven Sehvermögen.

Objektiv bedeutet hier das, was die hochgradig Sehbehinderte Person nach medizinischen Gesichtspunkten noch erkennen kann. Viel wichtiger ist aber gerade bei der Unterstützung älterer Menschen das subjektive Sehvermögen, nämlich das, was die Betroffenen durch Ausnutzung ihres Restsehvermögens bzw. auch durch den Einsatz der übrigen Sinne mit ihrem Sehrest noch anfangen können.

Die eine Person fühlt sich z.B. nahezu blind, weil sie z.B. in ihrer Orientierung stark verunsichert ist; dadurch verängstigt, gerät sie leicht in Panik, ist unkonzentriert, und ist so nicht in der Lage, die verbliebenen Möglichkeiten optimal zu nutzen. Die Andere Person, die vielleicht schon immer über ein gutes Orientierungsvermögen verfügen konnte, ist insgesamt konzentrierter, kann sich einiges zusammenreimen, behält daher die Ruhe und ist so in der Lage ihre Möglichkeiten entsprechend optimal auszunutzen und wirkt, als könne sie mit dem verbliebenen Sehrest noch eine ganze Menge mehr anfangen, als dies nach medizinischen Gesichtspunkten möglich ist.

Bei einigen Augenerkrankungen ist die allgemeine Tagesform für die Ausnutzung des verbliebenen Sehrestes entscheidend - je nachdem, wie die Konzentrationsfähigkeit bzw. die Lichtverhältnisse sind.

Dies bereitet sehbehinderten Menschen gerade im Zusammenleben mit der sehenden Umwelt Probleme, da Angehörige nicht verstehen können, wenn sie heute Hilfe bei Verrichtungen benötigen, die ihnen vorher noch gut gelungen sind. Dies wird dann oft als Bequemlichkeit oder Schikane ausgelegt.

Sehr unterschiedliche Auswirkungen auf das subjektive Sehvermögen hat auch die Tatsache, ob jemand von einer progressiven Verschlechterung der Sehfähigkeit betroffen ist, wie z.B. von Retinitis Pigmentosa oder ob er durch Unfall oder eine plötzliche Erkrankung unerwartet in seiner „normalen" Sehfähigkeit eingeschränkt wird. So schlimm auch das Wissen um die fortschreitende Erblindung (oder Fasterblindung) sein kann, so haben doch die hiervon Betroffenen die Möglichkeit, sich nach und nach mit einigen Problemen, die auf sie zukommen, auseinanderzusetzen und diese - zumindest teilweise - durch Einsatz der verbleibenden Sinne und des sog. „gesunden Menschenverstandes" (nach dem Motto: Not macht erfinderisch), mit der Zeit in den

Griff zu bekommen.

Ganz anders ergeht es Menschen, die durch einen Unfall, eine Tumorerkrankung im Kopf, eine unerwartet auftretende Netzhautablösung (z.B. bei Diabetikern), einen Schlaganfall oder durch eine Erkrankung, die Durchblutungsstörungen im Sehnervbereich nach sich zieht, plötzlich mit einer rapiden Sehverschlechterung - bis hin zur Erblindung - konfrontiert werden. Diese Menschen, die vielleicht noch vor einer Woche ein Auto steuern konnten oder ein Kleidungsstück genäht haben, sind plötzlich nicht mehr in der Lage, eine Nadel einzufädeln oder im Extremfall eine Lichtquelle zu orten.. Natürlich werden sie sich anders verhalten als jemand, der sich seit langem auf eine hochgradige Sehbehinderung vorbereiten konnte.

Ein weiteres, in der Öffentlichkeit wenig bekanntes Problem für Neuerblindete kann das Auftreten von „Phantombildern" sein - insbesondere bei phantasiebegabten Menschen mit sehr lebendigem Vorstellungsvermögen. Dabei handelt es sich um Bilder von Menschen oder Gegenständen, die plötzlich vor dem geistigen Auge auftauchen. Da wird man z.B. von früheren Bekannten gegrüßt, oder man sieht auf einmal Haustiere oder Gegenstände, vor sich, die man früher einmal besessen hatte. Erschrecken und Zweifel am eigenen Verstand sind die Folge, denn auch Verwandte und Bekannte können diese Phänomene weder verstehen, noch erklären. Oftmals trauen sich die Betroffenen deshalb nicht mehr, anderen überhaupt davon zu erzählen. Alten Menschen können derartige Erscheinungen leicht als beginnende Demenz ausgelegt werden.

Gerade bei der Orientierung kann das erinnernde Vorstellungsvermögen den Neuerblindeten zusätzliche Schwierigkeiten bereiten: wenn sie z.B. ein ganz bestimmtes Bild von der räumlichen Beschaffenheit ihres momentanen Aufenthaltsortes haben, das aber nicht mit der Realität übereinstimmt (man steht möglicherweise an einer ganz anderen Stelle im Raum als man denkt, oder hat etwas anders in Erinnerung). Enorme Konzentration und Denkarbeit, aber auch geduldige Erklärungen und präzise Beschreibungen sind hier erforderlich, um die falschen Eindrücke zu korrigieren.

Alte Menschen, die nach ihrer Erblindung aus ihrer gewohnten Umgebung in ein Altenheim oder zu Verwandten ziehen, weil sie sich alleine nicht mehr versorgen können, leiden stark unter räumlicher Desorientierung und brauchen deshalb besonders viel Zuwendung, Verständnis und Geduld bei der Beschreibung und Erarbeitung selbst kürzester Wege. In ihrer Vorstellung - oft völlig klar vor ihrem geistigen Auge sichtbar - ist immer noch die Wohnung, in der sie sich bis zu ihrem



Umzug aufgehalten haben. Und auch das Wissen um den Umzug und die neue Umgebung können diese Eindrücke häufig nicht vertreiben. Jeder neuerblindete Mensch hat schon größte Schwierigkeiten, sich in den eigenen vier Wänden wieder zurechtzufinden, also kann man sich leicht vorstellen, wieviel Mühe, Zeit und Konzentration es kostet, in fremder Umgebung wenigstens einige ganz grundsätzliche Orientierungskriterien zu finden.

Die bisher angesprochenen Probleme erweisen sich als besonders gravierend, wenn es sich bei den Betroffenen um ältere Menschen handelt, denn bei ihnen kommen häufig weitere gesundheitliche und altersbedingte Beeinträchtigungen hinzu. Doch ist aber gerade diese Personengruppe besonders stark von Sehbehinderung oder Erblindung betroffen. Augenerkrankungen, wie z.B. Makuladegeneration, Schwächung des Sehnervs aufgrund von Durchblutungsstörungen oder durch Altersdiabetes bedingte Retinopathie, Grauer oder grüner Star treten mit zunehmendem Alter vermehrt auf.

Aufgrund der bisher aufgeführten Einflußfaktoren sollten Angehörige, Beraterinnen und Berater, Ärzte etc. nie das Sehvermögen von sehbehinderten Menschen beurteilen oder vergleichen, solange sie keine vollständigen Informationen über das Krankheitsbild und die Lebensumstände der betroffenen Person haben.

Tatsache ist, daß die Gruppe der wesentlich sehbehinderten bzw. blinden Senioren während der letzten Jahrzehnte extrem vernachlässigt wurde. Diese Behindertengruppe wird durch die steigende Lebenserwartung in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten noch mehr an Bedeutung gewinnen. Es ist also endlich an der Zeit, daß flächendeckende nichtdiskriminierende Angebote für sehbehinderte und blinde Senioren geschaffen werden.

Wichtig ist eine genaue Kenntnis der Vorgeschichte und der Krankheitssymptome des erblindeten alten bzw. hochbetagten Menschen. Daraus kann man eine einigermaßen realistische Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen des Betroffenen gewinnen und danach entscheiden, welche Grenzen nun einmal zu akzeptieren sind und wo durch motivierenden Zuspruch, durch gezielte Angebote und Hinweise, sowie durch geduldige und oft wiederholte Erklärungen Lebensqualität und Eigenständigkeit erhalten und gefördert werden können.

Grundsätzlich gehe ich davon aus, daß Menschen jenseits des berufsfähigen Alters die gleichen Rehabilitationsangebote für blinde Menschen zur Verfügung stehen müssen, wie dies bei jüngeren Menschen der Fall ist. Allerdings müssen die Angebote wie Mobilitäts- und Orientierungstraining, sowie Training lebenspraktischer Fertigkeiten noch mehr als bei jüngeren Menschen auf die individuellen Bedürfnisse ausgerichtet werden.

Mehrfachbehinderungen und die Tatsache, daß viele ältere Menschen - und besonders Hochbetagte - nicht mehr so flexibel sind und nicht mehr in dem Umfang lernen können oder wollen, wie dies bei jüngeren Menschen der Fall ist, muß bei entsprechenden Angeboten Rechnung getragen werden.

Zunächst muß der Anspruch auf entsprechende Rehamaßnahmen für Menschen, die nicht mehr im Berufsleben stehen, gesichert werden. Zur Zeit wird lediglich das Mobilitätstraining als Einweisung in die Handhabung des Blindenlangstockes von den Krankenkassen finanziert. Das Training lebenspraktischer Fertigkeiten, sowie Hilfen zur Freizeitgestaltung werden zur Zeit nicht finanziert.

Beratungsstellen, in denen sowohl Sehrest- und Hilfsmittelberatung, bzw. Trainingsangebote, als auch psychosoziale Beratung und Gruppenangebote für den hier angesprochenen Personen-

kreis stattfinden, müssen flächendeckend geschaffen werden.

Die Low-Vision-Beratung (Sehrestberatung), die in den USA und den skandinavischen Ländern zum Standart gehören, sollte in Deutschland unbedingt ausgebaut werden.

Hersteller von Blindenhilfsmitteln sind aufgerufen, nicht nur Hilfsmittel für jüngere blinde Menschen mit gutem Tastsinn auf den Markt zu bringen, sondern auch solche, deren Bedienelemente größer und so auch von Nutzern mit eingeschränktem Tastsinn verwendbar sind.

Hilfsmittel mit Sprachausgabe sind so zu konstruieren, daß auch Menschen mit Hörbeeinträchtigungen diese benutzen können. So haben z.B. viele sprechende Uhren immer noch eine undeutliche Sprache oder haben keine Möglichkeit, die Lautstärke zu verstellen. Elektronische Lesegeräte mit einfacher Bedienung, für die keine Computerkenntnisse benötigt werden, müssen entwickelt werden.

Die Angebote müssen flächendeckend organisiert werden, es nützt nichts, wenn sie sich auf einige große Ballungszentren beschränken.

So würde ich für große Landkreise mobile Beratungsstellen empfehlen.

Grundsätzlich sollte die Wahlmöglichkeit zwischen stationären Trainingsangeboten und Training in der eigenen Wohnung gegeben sein. Für den altersblinden Menschen halte ich das Training in der eigenen Wohnung für sinnvoller, jedoch gibt es Situationen, in denen auch ein stationäres Training in Frage kommt.

Fortbildungsmöglichkeiten für alle in der Altenhilfe Tätigen müssen verstärkt angeboten werden, um die Mitarbeiter für die Möglichkeiten und Grenzen blinder alter Menschen zu sensibilisieren.

Die Angebotsstruktur der Altenhilfe sollte einmal darauf überprüft werden, in wieweit die bestehenden Angebote in Rehabilitation, Wohnen, Freizeit etc. von altersblinden Menschen genutzt werden können und wo noch Nachbesserungen, bzw. die Schaffung neuer Angebote angebracht sind.

Zur Minderung der in diesem Beitrag angesprochenen Probleme, sind noch eine ganze Menge Hindernisse zu überwinden. Selbsthilfeorganisationen und Organisationen der Altenhilfe sind hier gefordert, entsprechende Angebote zu schaffen und den politisch Verantwortlichen ihre Notwendigkeit deutlich zu machen.

Betrachtet man sich in diesem Zusammenhang die Bemühung gerade des Bayerischen Blindenbundes, so sehen wir, daß die Organisationen der Blindenselbsthilfe in der Schaffung effektiver ambulanter Angebote auf dem richtigen Weg sind.

KARL-MATTHIAS SCHÄFER, KASSEL

Jung und Alt:

Mehr gegenseitiges Verständnis ist angesagt!

In unserer Behindertenszene sind die meisten zwischen 25 und 50Jahren. Fest steht jedoch, daß die Menschen mit zunehmendem Alter kränker werden: Den Menschen vergeht im wahrsten Sinne des WortesHören und Sehen. Statistiken weisen beispielsweise aus, daß die meisten Blinden über 65 Jahre alt sind. Doch in unserer Szene tauchen sie nicht auf. Im Blinden- oder Gehörlosenbund gibt es gemütliche Nachmittage mit Kaffee und Kuchen, doch da gehen wir nicht hin: Verstößt das gegen das Dogma der Selbstbestimmung? Andererseits das Plenum unseres behinderungsübergreifenden Vereins: Wir sprechen über Gleichstellung, Behindertenbeirat usw.: Was geht das die Alten an? Sind sie zu müde, um sich dafür zu engagieren, oder ist ihre Auseinandersetzung mit der Behinderung eine ganz Andere als bei uns? Verstehen wir uns überhaupt?

Um etwas mehr Licht hinter diese Fragen zu bekommen, möchte ich im Folgenden einige Erlebnisse berichten, um auf dem Weg des gegenseitigen Verständnisses voranzukommen:

Straßenbahn: Wie so oft stehe ich an der Haltestelle, meinen Blindenstock fest im Griff. Plötzlich höre ich eine zittrige Stimme: „Mit welcher Bahn möchten Sie denn fahren?" Ich erschrecke: Die ist ja schon so alt und klapprig, die kann ich mit meinen Sorgen nicht belasten. Deshalb antworte ich selbstbewußt: „Ich komme allein zurecht!" In der Straßenbahn: Ein alter Opa mit Krückstock macht mir seinen Platz frei: „Wenn schon diese jungen Schnösel nicht aufstehen: Sie dürfen hier nicht stehenbleiben: Setzen Sie sich auf meinen Platz!" Ich quetsche mich an seinem Bauch und seinem Stock vorbei und bin froh, daß ich mich setzen kann: Aber ist es denn richtig, daß er jetzt stehen muß? Er kann sich doch kaum auf den Beinen halten?

Studium 1982: Ich studiere an der Gesamthochschule Kassel Sozialwesen. Ein Studienschwerpunkt ist für mich die Arbeit mit Älteren. Ich besuche die Theorie- und Praxisveranstaltungen dieses Projekts: Gemeinsam mit Älteren von der Volkshochschule bauen wir einen Verein auf: Selbsthilfegruppe alt und jung e. V. Hier geht es um das gegenseitige Verständnis und um gemeinsame Aktivitäten: Neben Gesprächskreisen stehen auch Ausflüge auf dem Programm. Mit der Zeit wird deutlich, daß die Alten uns Junge gerne als die Jungen in ihrem Verein haben wollen. Doch das geht nicht: Schließlich sind wir die Professionellen und müssen lernen, uns abzugrenzen!

Hausbesuche: In o.g. Praktikum lerne ich die Vorsitzende des Schwerhörigenbundes kennen. Gemeinsam besuchen wir regelmäßig eine ältere Dame. Sie ist schon sehr krank und leidet stark darunter, daß ihr Gehör immer mehr nachläßt. Sie jammert viel: „Aber Frau Meier", trösten wir, „Deshalb muß man doch nicht gleich seinen Lebenswillen und seinen Wert in Frage stellen!" Anhand von unserem Alltag versuchen wir ihr zu zeigen, daß das Leben mit Behinderung einen Sinn hat: Wir kennen das schließlich schon von Geburt an! Haben wir sie mit unseren gutklingenden Beispielen überhaupt erreicht? Wollte sie das wirklich von uns wissen? Ein Bißchen mehr einfühlendes Verständnis wäre sicher besser gewesen, um sie aus ihrer Depression herauszuholen, um auf dieser Grundlage aus unserem täglichen Leben mit Behinderung zu erzählen.

Für mich wird deutlich: Das Gespräch zwischen Jung und Alt befindet sich noch vor den Anfängen. Wir haben gegenseitige Vorurteile und vorgefaßte Meinungen, die unser Verhalten prägen: Schmeißen wir diese über Bord, gelingt es uns sicher besser, aufeinander zuzugehen und gemeinsam für unsere Rechte einzutreten.

TRUDI KINDL, KASSEL

SELBSTBESTIMMT LEBEN KONKRET

2/96

INTERESSENVERTRETUNG 'SELBSTBESTIMMT LEBEN' IN DEUTSCHLAND - ISL E.V.

Selbstbestimmt Leben Bewegung auf neuen Wegen



Sechs Jahre ist es nun fast her, als VertreterInnen der Zentren für selbstbestimmtes Leben Behinderter und langjährig in der Behindertenbewegung Aktive die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland - ISL e.V. - gegründet haben.

Dies waren sechs Jahre, in denen wir einerseits erleben konnten, daß unsere Vorstellungen von einem selbstbestimmten und gleichberechtigten Leben Behinderter auf breiter Ebene diskutiert und so manche kleinere Erfolge erzielt werden konnten.

Andererseits mußten wir aber auch erleben, daß der Zahn der Zeit mit Kürzungen im sozialen Bereich, den vielfältigen Problemen mit der Pflegeversicherung und einem für soziale Initiativen rauher werdenden Klima nicht spurlos an uns vorbei gegangen ist. Obwohl es uns in einigen Bereichen der Behindertenpolitik gelungen ist, gute Lobbyarbeit und eine engagierte Interessenvertretung zu leisten, stiessen wir immer wieder an unsere personellen und finanziellen Grenzen.

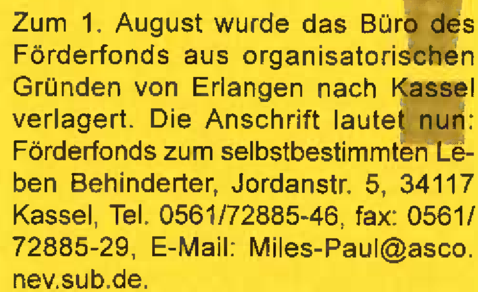
Um auf die komplexer gewordenden Herausforderungen besser reagieren zu können haben sich in der ISL im Laufe der Zeit verschiedene Foren gebildet, die sich Teilbereichen der Arbeit besonders widmen. Behinderte BeraterInnen haben sich zum Forum behinderte BeraterInnen zusammengeschlossen, das mit dem in Berlin ansässigen Projekt Peer Counseling mittlerweile eine gute Stütze hat. Das Forum behinderter JuristInnen für die Gleichstellung Behinderter hat sich zu einem regelmässig tagenden Gremium entwickelt, das wichtige Impulse für die Gleichstellung Behinderter gibt.

Das Forum Arbeit mit behinderten Frauen führt schon über Jahre hinweg eigenständige Tagungen durch, die das Engagement behinderter Frauen bündeln. Während diese Spezialisierung die Gefahr in sich birgt, daß sich die Aktivitäten der Selbstbestimmt Leben Bewegung in Subgruppen zerläuft, bietet sie andererseits die Möglichkeit, auf aktuelle Entwicklungen fachgerecht und schneller reagieren zu können. In dieser Ausgabe von Selbstbestimmt Leben konkret wollen wir zwei neue verbands- und behinderungsübergreifende Initiativen vorstellen, die sich u.a. auch entscheidend aus den Aktivitäten der ISL entwickelt und von dieser getragen werden: Das Forum selbstbestimmte Assistenz Behinderter und das Netzwerk Artikel 3. Laßt uns gemeinsam dazu beitragen, daß diese neuen Initiativen mit Leben und Erfolgen gefüllt werden.

Ottmar Miles-Paul
Geschäftsführer der ISL -

INHALT

Neue Adresse des Förderfonds



Zum 1. August wurde das Büro des Förderfonds aus organisatorischen Gründen von Erlangen nach Kassel verlagert. Die Anschrift lautet nun: Förderfonds zum selbstbestimmten Leben Behinderter, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561/72885-46, fax: 0561/72885-29, E-Mail: Miles-Paul@asco.nev.sub.de.

AnsprechpartnerInnen für den Förderfonds sind Ottmar Miles-Paul und Klaus Reichenbach.

Bewerbungen für Förderungen

Der Förderfonds nimmt Bewerbungen für Förderungen und den diesjährigen Förderpreis von gemeinnützigen Organisationen und Initiativen, die die Selbstbestimmung Behinderter fördern, bis 15. Oktober 1996 entgegen. Den Bewerbungen, die 1 DIN A 4 Seite nicht übersteigen sollten, muß zu entnehmen sein, wofür das Geld beantragt wird und inwieweit die Initiativen von Behinderten selbst getragen und geleitet werden.

Förderfonds unterstützt selbstbestimmte Assistenz

Der Förderfonds zum selbstbestimmten Leben Behinderter unterstützt das Forum selbstbestimmte Assistenz Behinderter durch die Übernahme der Verwaltungsaufgaben für diese neue Initiative. Dadurch hoffen wir, daß es behinderten Menschen verstärkt gelingt, dafür einzutreten, daß eine selbstbestimmte Assistenz ein zentraler Bestandteil eines gleichberechtigten Lebens für behinderte Menschen ist.

WerberInnen gesucht

Um den Förderfonds verstärkt als Alternative auf dem Spendenmarkt etablieren zu können, durch den nicht die Aussonderung und Bevormundung Behinderter gefördert, sondern deren Emanzipation und Selbstbestimmung unterstützt wird, brauchen wir dringend noch tatkräftige Hilfe. Wir brauchen Personen, die unser Material verbreiten, Leute auf unseren Förderfonds hinweisen und uns organisatorisch wie finanziell unterstützen. Werbematerial in Form der Zeitschrift, Postkarten, Aufkleber, Kontovordrucke etc. kann interessierten MitarbeiterInnen gerne zur Verfügung gestellt werden. Ruft einfach mal bei uns unter 0561/72885-46 an.

Peer Counseling

Lothar Sandford hat mit dem Buch „Ratschlagen will gelernt sein: Dokumentation zur ersten Weiterbildung zum/zur Peer CounselorIn ISL" ein 92 Seiten starkes Werk herausgebracht, das die Kerninhalte der ersten Peer Counseling Weiterbildung des bifos beschreibt.
Das Buch ist für 12 DM beim bifos e.V., Jordanstr. 5, 34117 Kassel zu beziehen.

Assistenz

Eure Erfahrungen sind gefragt

Nachdem die gesetzgeberischen Schlachten in Sachen Pflegeversicherungs- und Sozialhilfereform durch den Bundestag und Bundesrat vor der Sommerpause abgeschlossen wurden, stehen viele behinderte Menschen nun vor der Frage, was dies für sie bedeutet. Das Chaos von verhinderten Verschlechterungen, Bestandsschutzregelungen und akuten Nachteilen für die Betroffenen konnte selbst von unseren ExpertInnen immer noch nicht ganz gelichtet werden, da kommen schon die ersten Hiobsbotschaften von Betroffenen zu uns herein geflattert. Mit der Aufhebung des Vorranges der ambulanten Hilfe (Par. 3a BSHG) vor der stationären Unterbringung, liegen uns nun die ersten schriftlichen Bescheide einzelner Sozialhilfeträger vor:

- So soll Frau Gerlinde Groß aus dem Landkreis Sigmaringen (72513 Hettingen) statt mit einer Hilfe von bisher 7.773,— Mark ab 01.08.96 mit nur 3.500,— Mark auskommen.
- Und auch Christa Pfeil, eine berufstätige Frau und Arbeitgeberin ihrer persönlichen AssistentInnen (Pflegekräfte) aus dem Landkreis Kassel (34225 Baunatal) soll von ihrem Bedarf, jeder Zeit eine Toilette benutzen zu können, auf die Hilfe (Kosten) einer stationären Unterbringung reduziert werden.

Für beide Personen würde dies eine ambulante Unterversorgung bedeuten, was nicht ohne körperliche Schädigungen bleiben wird. Uns sind heute schon viele Behinderte bekannt, die Probleme mit ihren Nieren haben, da sie nicht häufig genug eine Toilette benutzen können. Wir benötigen von Betroffenen weitere Beweise über Versuche einer Entfernung von behinderten Menschen aus dem öffentlichen Leben in Deutschland oder einer unterlassenen Hilfestellung. Bitte erlauben Sie uns Ihre persönliche Situation national und international öffentlich zu machen. Wir müssen alles tun, um behinderte BürgerInnen nicht wieder als Menschen zweiter Klasse behandeln zu lassen, deren Erlösung nur noch der Gnadentod „in einer Anstalt für Behinderte" sein kann.

Kontaktadresse: ISL e.V., Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561/72885-17, fax: 0561/72885-29 E-Mail: frevert@asco.nev.sub.de

Uwe Frevert - Vorstand der ISL -



Einweihungsboom

Nachdem das Kasseler Zentrum für selbstbestimmtes Leben im April den Anfang mit einer großen Einweihungsfeier gemacht hat, hat sich in den letzten Monaten förmlich ein Einweihungsboom bei den Zentren für selbstbestimmtes Leben entwickelt.
Mitte Juni weihte Phönix - das Regensburger Selbstbestimmt Leben Zentrum - seine neuen über 150 qm großen Räume ein, anfang Juli feierte das Mainzer Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter seine Einweihung mit Staatssekretär und Sozialdezernent und Ende Juli ließen sich die Münchner vom Verbund behinderter ArbeitgeberInnen ebenfalls nicht lumpen und weihten ihr neues Zentrum für selbstbestimmtes Leben ein. Für Mainz und München heißt dies, das die dortigen Vereine nun endlich auch Büros für ihre Arbeit haben und einen festen Anlaufpunkt für KundInnen, Mitglieder und Interessierte bieten können.

Seminare mit Bill und Vickie Bruckner

Bill und Vickie Bruckner aus San Francisco werden von mitte September bis ende November eine Reihe von Seminaren zu Themen wie Peer Counseling, Ziele verfolgen, Kommunikation, Familie und Behinderung, Schulung von Führungskräften für die Behindertenbewegung, durchführen. Neben Stationen wie Budapest, Wien und Zürich führen die Bruckners auch Seminare in Erlangen, Mainz, Frankfurt, Kassel und Bremen durch. Wer an diesen Seminaren noch teilnehmen möchte, kann sich mit der ISL e.V., Tel. 0561/72885-46 in Verbindung setzen.

Adressliste der Selbstbestimmt Leben Initiativen

Gegen Einsendung von 2 DM in Briefmarken kann bei der ISL e.V., Jordanstr. 5, 34117 Kassel eine aktuelle Liste der Selbstbestimmt Leben Initiativen Behinderter in Deutschland angefordert werden.

Forum selbstbestimmte Assistenz gegründet

Behinderte Menschen aus der gesamten Bundesrepublik trafen sich bei Tagungen in Melsungen und, kurze Zeit darauf, in Zierenberg bei Kassel. Die Gründung eines bundesweiten Forums als Interessenvertretung für behinderte Menschen mit Assistenzbedarf stand auf der Tagesordnung.

Bei den Tagungsteilnehmern handelte es sich durchweg um Menschen, die ihre Pflege (Assistenz) unabhängig von fremdbestimmenden Diensten oder Anstalten in Eigenverantwortung organisieren. Sie beschäftigen ihre Assistenten in eigener Regie und können somit ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben in Freiheit führen. Keine andere Art der Assistenznahme bietet die Möglichkeiten für ein vergleichbares „normales" Leben in der Familie, mit eigenen Kindern und Berufstätigkeit. Viele Betroffene mußten jahrelang mit Gesetzgeber und Behörden (oftmals bis vor die Verwaltungsgerichte) ringen, um diese Lebensform durchzusetzen. Das scheint nun gefährdet.



Die Erfahrungen mit der Pflegeversicherung und die aktuellen Änderungen von Bundessozialhilfegesetz (BSHG) sowie das 1. Änderungsgesetz zur Pflegeversicherung waren Anlaß dieser Treffen. Die große Anzahl der Teilnehmer bewies die Brisanz der Situation. Die Betroffenen schilderten ihre persönlichen Erfahrungen mit den Auswirkungen der neuen Gesetze. Schnell stand fest: Positive Erfahrungen hat niemand gemacht. Da die Pflegeversicherung für alte pflegebedürftige Menschen konzipiert wurde, bleiben junge aktive Menschen mit Handicap auf der Strecke. In jahrzehntelangem Kampf errungene Selbstbestimmung wird unterbunden. Schuld daran ist die, oftmals in vollem Wissen, falsche Auslegung der Paragraphen seitens der Verwaltung. Doch selbst die korrekte Anwendung der Gesetze beweist, daß die „Satt und Sauber-Pflege" der fünfziger Jahre wieder angesagt ist.

Die Tagungsteilnehmer waren sich jedenfalls schnell einig: Wir lassen uns nicht mehr kasernieren und unser Recht auf ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung nehmen. Derzeit engagieren sich sehr viele Menschen, bedingt durch die unterschiedlichsten Behinderungen in verschiedenen Selbsthilfegruppen und -organisationen. Die Gesetzgebung (be)trifft jedoch alle gleichermaßen. Die Gründung einer einheitlichen Lobby war eine dringende Notwendigkeit und somit die logische Reaktion auf Politik und Verwaltung, die den behinderten Menschen auf ein Dasein als Kostenfaktor reduziert.

Im neugegründeten Forum sind Einzelpersonen, Assistenzgenossenschaften und Behindertenverbände vertreten. Ziele des Forums betreffen u.a. die Vertretung behinderter Menschen mit Assistenzbedarf in Öffentlichkeit und Politik. Die Schaffung von Pflegestandards und die Beeinflussung von Gesetzgebung und Verwaltung sind Aufgaben des Forums, damit ein selbstbestimmtes Leben möglich wird bzw. erhalten bleibt. Eine Beschwerdestelle dient als Ansprechpartner für behinderte Menschen, denen z.B. Anstaltseinweisung droht.

In der Öffentlichkeit präsentiert sich das Forum durch drei Sprecher/innen und ihre Mitarbeiter/innen. Zuständig für die Koordination der Aktivitäten zeichnet Uwe Frevert, für die Finanzen Carlèn Schmal (beide aus Kassel), sowie für Politik und Öffentlichkeitsarbeit Elke Bartz aus Hollenbach. Um möglichst schlagkräftig auftreten zu können, wünscht sich das Forum eine große Zahl von Mitgliedern. Fördermitglieder und einmalige Spender (Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft München, Bankleitzahl 700 205 00, Konto 8 814 101, Stichwort „Forum selbstbestimmte Assistenz") sind natürlich ebenfalls willkommen.

Nähere Informationen erteilt Elke Bartz, Nelkenweg 5, 74673 Mulfingen, Tel. 07938 515, Fax 07938 8538, E-Mail: g.bartz@LINK-CR.bawue.cl.sub.de

Elke Bartz

Netzwerk Artikel 3

Bundeskoordinationsstelle
für die Gleichstellung behinderter Menschen

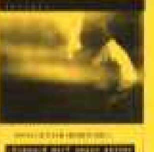
Nachdem es 1994 mittels gemeinsamer verbands- und behinderungsübergreifender Anstrengungen gelungen ist, daß der Satz „niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden" ins neue Grundgesetz aufgenommen wurde, will eine neue Initiative nun dafür eintreten, daß dieser Satz nun auch in die Praxis umgesetzt wird - das Netzwerk Artikel 3. Dieses sich noch in der Gründungsphase befindliche bundesweite Netzwerk der Gleichstellungsinitiativen und der Intiativen behinderter Frauen hat sich 3 Hauptaufgaben gesetzt: Die Vernetzung von Gleichstellungsinitiativen und Initiativen behinderter Frauen soll vorangetrieben, eine Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle soll eingerichtet und die Vorbereitung von Gleichstellungsgesetzen soll unterstützt werden.

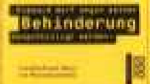
Das auf der Basis einer ideellen Genossenschaft basierende Netzwerk bietet vielfältige Möglichkeiten der Mitarbeit, die von allen regelmäßigen FörderInnen des Netzwerkes wahrgenommen werden können. Diese reichen vom Informationsaustausch durch Publikationen, über die Mitwirkung bei Tagungen bis zur Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten für die Gleichstellung Behinderter.

Nähere Informationen über diese neue Initiative und die Mitwirkungsmöglichkeiten erteilt das

Netzwerk Artikel 3, c/o Liebstöckelweg 14, 13503 Berlin, Tel.: 030/4317716 o. 4364441, Fax: 030/4364442, e-mail: HGH-SI@t-online.de

Gleichstellung





„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden" lautet ein im August in der Reihe rororo aktuell auf den Markt gekommenes und von Hans-Günter Heiden herausgegebenes Buch. Das 14,90 DM billige und im Buchhandel erhältliche Buch befaßt sich auf 250 Seiten mit den unterschiedlichen Aspekten der Diskriminierung Behinderter und wird durch einen umfangreichen Adressteil ergänzt.

Tagungen

20.-22.09.96 Behinderte BeraterInnen in der Behindertenarbeit in Trebel

04.-06.10.96 Behindertenrecht - wie wir's gerne hätten in der Jugendherberge Melsungen

11.10.96 Internationale Tagung in Berlin „Verschiedene Ansätze von Peer Counseling in Europa - ein Blick auf die gegenwärtige Situation und in die Zukunft"

Stand auf der REHAB

Zum ersten Mal wird die ISL auch mit einem Stand auf der REHAB- Messe vom 11.-14. September vertreten sein. Über Euren Besuch bei unserem Stand G-210 freut sich das ISL-Team.

Selbsthilfe im deutschsprachigen Raum

Vom 31.5.-2.6.96 hatte die ISL e.V. in Kooperation mit Disabled Peoples' International zu einer internationalen Tagung von Selbsthilfeorganisationen im deutschsprachigen Raum nach Erlangen eingeladen. Die über 50 TeilnehmerInnen tauschten sich dabei über die Möglichkeiten des Aufbaus von Selbstbestimmt Leben Initiativen aus und schmiedeten Pläne für die Zukunft. So soll zum Beispiel die nächste Tagung im Frühjahr 1997 in München stattfinden und sich mit Themen wie Gleichstellung, Öffentlichkeitsarbeit und Mobilität befassen.

Behinderte Frauen

Das hessische Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Jordanstr. 5, 34117 Kassel hat zwei neue Publikationen herausgegeben. „Angesagt" heißt eine Infobroschüre, die über Veranstaltungen zum Thema behinderte Frauen informiert. „Literatur von, für, über Frauen mit Behinderung" lautet der Titel einer Neuauflage der Bibliographie, die ebenfalls beim Hessischen Koordinationsbüro erhältlich ist. Beide Publikationen können für einen Unkostenbeitrag von 3 DM für den Versand beim Hessischen Koordinationsbüro für behinderte Frauen bezogen werden.

IMPRESSUM: Hg: Interessenvertretung „Selbstbestimmt Leben" Deutschland - ISL e.V. -, Förderfonds zum selbstbestimmten Leben Behinderter in Zusammenarbeit mit krüppeltopia e.V. - Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter
V.i.S.d.P.: Ottmar Miles-Paul ● Vertrieb: ISL-Büro Kassel, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561/72885-46 fax: 0561/72885-29 E.-Mail: Miles-Paul@ASCO.nev.sub.de ● Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder
Für Blinde und Sehbehinderte ist dieses Info auch auf Diskette oder via E-Mail auf dem Brett cl/behindert/allgemein erhältlich

Aktion Sorgenkind: Sprengsatz für die Szene?

Der Entschluß des Münchner Verbundes behinderter ArbeitgeberInnen, von der „Aktion Sorgenkind" Geld für ein Festival anzunehmen, sorgt weiterhin für Zündstoff. Die Mitgliederversammlung der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (IsL) beschäftigte sich ebenfalls mit der Auseinandersetzung und kam zu folgendem Ergebnis: IsL selbst wird auch zukünftig keine Spenden der „Aktion" annehmen und empfiehlt ihren Mitgliedsorganisationen, ebenso zu verfahren. Wir drucken die eindringliche Warnung von Lothar Sandfort, sich nicht mit der „Aktion Sorgenkind" einzulassen.
Auch die Stellungnahme der *randschau*-Redaktion in der letzten Ausgabe (in der es allerdings weniger um die „Aktion" als um den Stil der Diskussion bzw. ihrer Verhinderung ging) hat Autonom Leben Hamburg zu einer gepfefferten Reaktion veranlaßt, die wir ebenfalls dokumentieren.

Jedes Gefühl hat seinen Preis!

Als 1982 die Idee entstand, Zentren für Selbstbestimmtes Leben auch in Deutschland zu gründen, da gab es dazu zunächst eine Arbeitsgruppe die tagte und tagte und wagte nicht. Erst wolle man eine dauerhafte und sichere Finanzierung, hieß es, und dabei blieb es.

1986 begannen dann andere Leute, die ersten Zentren zu gründen, ohne sichere Finanzierung, aber mit festen Prinzipien. Ich gehörte dazu. Wir machten uns von Anfang an abhängig von staatlicher Finanzierung und setzten damit in den neugebildeten Organismus den Virus „Sachzwang". Abhängigkeit von der Gesamtkultur bzw. von ihren staatlichen Organisationen und feste Prinzipien einer Subkultur, das führt auf Dauer zu Krisen. Wir nahmen das hin für eine professionelle emanzipatorische Organisation.

Der Sachzwang

10 Jahre hat der Sachzwang sich mit Nebensächlichkeiten begnügt, das Immunsystem der ISL hielt. Nun geht er an die Nieren. Geld von der „Aktion Sorgenkind". Vergiftetes Lebens-Mittel. Traditionell verpönt, geächtet. Der Sachzwang macht es verlockender, und der Hunger treibt's rein. Alles Geld sei doch schmutzig, sagt er, ob Staatsknete, Bosch-Geld oder Aktion Sorgenkind. Wo sei da ein Unterschied. Wenn wir es nicht nähmen, kriegten es eben andere, die es für Aussonderung einsetzten, sagt er, der Sachzwang. Die edle Sache reinige das Geld.

Auch mir läuft das Wasser im Mund zusammen. Leichtes Geld, keine aufwendigen Antragsverfahren. Neuerdings wird es uns angeboten von der Aktion: „Wollt ihr nicht Geld?", wurden unsere Schwestern und Brüder in München gefragt. Sie konnten nicht widerstehen. Da war der Sachzwang in Form eines teueren Festivals. Wir sind aufgestiegen zum Lieblingskunden der Aktion. Andere auch, RollstuhlsportlerInnen etwa.

Die neue Generation der MacherInnen und Macher in der Schaltzentrale der Aktion Sorgenkind, der Deutschen Behinderten-Hilfe, sind modern, sagt der Sachzwang, haben unsere Kritik verstanden und eine Werbekampagne entworfen, die gut ist, sagt er: Da hat sich doch was verändert, was entwickelt.

Tja, mag sein, und unsereins bleibt zurück als Prinzipienreiter. Solche wie wir haben noch nie ein Turnier gewonnen, wenn der Sachzwang mit im Rennen war. Die neue Werbekampagne hat sich etwas gelöst von der dumpfen „Dankeschön-Masche". Sie stellt Grundrechte in den Vordergrund: Das Recht auf Respekt z.B., auf Elternschaft oder Sexualität. Diese Grundrechte habe ich mir erkämpft und bin stolz darauf - oder ich fordere sie als selbstverständlich ein. Die neue Werbekampagne der Aktion Sorgenkind macht das Erreichen der Grundrechte zu einem Spenderesultat. Das ist geradezu bösartig. Erst werden uns die Grundrechte verweigert und dann wird uns versprochen, wir kriegten sie mit der Aktion Sorgenkind und über sie quasi gespendet. Als hätten wir nicht einen Anspruch auf sie.

Die Leute von Waddeweitz

Sie wohnen in einem kleinen Dorf im Wendland und sind stolz auf ihr Sommerfest zugunsten der „Aktion Sorgenkind". Der Bürgermeister schreibt in seiner diesjährigen Anzeige: „Seit 1967 wird in Waddeweitz die Dorfwoche gefeiert. 29 Jahre - davon 19 Jahre für die „Aktion Sorgenkind". Das Schicksal von abertausend Sorgenkindern zu erleichtern, ist Sinn dieses Wochenendes." Da sabbert die Elendssuppe, die Ursuppe aller Diskriminierungen. Eine Vulkanmasse aus Mitleid, Mißachtung und Furcht um die eigene Unversehrtheit. Die Ursuppe, aus der all das Übel wächst: Behinderung ist gleich Leid. Leid macht Angst. Angst verdrängt. Verdrängung ist Aussonderung. Wer hilft uns gegen den Aussatz?

Dieter Thomas Heck ist einer der Tempelwächter. Er tanzt durch die Opferstätte, live im Fernsehen: die Quizsendung „Das große Los". Behinderte werden in der Sendung neuerdings kaum noch genannt. Die Kandidatinnen und Kandidaten kümmern sich auch um anderes Elend: Obdachlose, Alte, Flüchtlinge. Ein Satz über die Behinderten, die nicht soviel Glück im Leben haben wie das Publikum. Das reicht. Eine widerliche Wohltäter-Feier mit einem Millionenpublikum. Die Zuschauer glauben an dieses Fest der guten Taten,

das eines ganz sicher suggeriert: *Wer Geld hat, kann Gutes tun. Je mehr Geld er gibt, je besser ist er. Der Reichste muß der beste sein.* Die Höhe besonderer Einzelspenden wird in der Sendung mit dem Namen der Spender genannt.

Aber auch das kleine Los ist gern gesehen. Und wer Gutes tut, den belohnt das Leben, Gott und Fortuna. Wer Gutes tut, den kann das Elend selbst nicht treffen.

Opfergaben zur Verhütung alles Bösen. Und wer Glück hat, wird reich. Und dann ist er gut, weil der Reiche ist immer gut, wenn er spendet. Geld als Lebensmittel. Natürlich ist das Geld der Deutschen Bank kein sauberes. Auch sie erfüllt nicht einmal die Einstellungspflichtquote. Auch sie finanziert übelste Projekte. Es ist das Kapital, das die Regierungen unter Druck setzt, die Sozialausgaben zu streichen. Doch kein Geld schadet uns so subtil wie das der Aktion Sorgenkind: Denn niemand finanziert eine solch große Propagandakampagne der Gleichsetzung von Behinderung und Leid. Die wie alle gleichartige Werbung erfolgreich ist, wenn sie eine Grundüberzeugung der Menschen aufgreift, bestätigt und verstärkt. Die Aktion Sorgenkind tut das, sie nutzt und verfestigt den Glaubensgrundsatz: Behinderung ist Leid. Lieber tot sein als behindert. Hütet Euch vor den Aussätzigen!

Es kommt nicht darauf an, was die neue Generation der Aktions-Macher begriffen hat. Es kommt darauf an, was mit dem Spender passiert. Er will, daß der zu Bespendende elendiglich ist und durch seine Spende glücklich wird. Sonst spendet er nicht. Da kommt emotionsmäßig nicht genug bei raus. Jedes Gefühl hat seinen Spende-Preis. Selbstbestimmung bringt wenig Kitzel und wenig Spenden. Aber Leid, Leid verhindern bringt wohliges Wohltäter-Image und magisch-wirkenden Selbstschutz. Glaube niemand, das alles sei zu mystisch. Kultur funktioniert unbewußt.

Als die Macher das Logo „Aktion Sorgenkind" zurücknehmen wollten und statt dessen den neutraleren Namen „Deutsche Behinderten Hilfe" vorschoben, da gingen die Spendengelder zurück. Wenn die Aktions-Macher das so weitertreiben, werden sie entlassen. Also machen die das nicht, selbst wenn das ganz nette Leute sind. Ihr Job wird gut bezahlt. Wenn die Deutsche Behinderten-Hilfe auf jede Mitleidskampagne verzichtet und auch die Namen der Aktion aufgibt, bin ich der erste, der um Spendengelder anfragt. Es ist nicht die Spende ansich, die schlecht ist, es ist ihr Motiv und bei der Aktion Sorgenkind besonders die Kampagne. Die ist einzigartig bösartig. Sie zementiert unsere gesellschaftliche Rolle mit wirksamen Manipulationsmitteln der Werbung. Sollen wir da mitmachen? In unseren Reihen gibt es einige, wie Sigrid Arnade, die im Innersten der Kampagne der Aktion Sorgenkind mitwirkt. Soweit sind wir gekommen.

Wir helfen der „Aktion Sorgenkind" mehr, als uns das Geld wert sein kann. Wir sind ihre einzigen Kritiker. Gerade Behinderte selbst. Hat sie uns, steht sie kritiklos dar.

Die Waddeweitzer sahen ihr Fest vor zwei Jahren erstmals entweiht, als die Plakate übermalt waren. Voriges Jahr brachten sie unsere Leserbrief-Kritiken zu hilflosen öffentlichen Reaktionen, dieses Jahr erscheint in der Zeitung am Samstag ihres Festes nachfolgende Anzeige von uns.

Wir wollen ein neues Bild propagieren: Behinderte sind nicht mehr automatisch dankbar, lieb, ein bißchen doof und leicht zu verwalten. Unser Leben ist nicht frei von Leid, aber es ist auch mehr als Leiden.

Welchen Preis hat Stolz?

LOTHAR SANDFORT, TREBEL

Liebe Sommerfestler in Waddeweitz!

Hört auf, das Image "Behindert" = "Sorgenkind" zu feiern!
Wer solche Angstbilder verbreitet, der fördert Verdrängung und Aussonderung!

Leben mit Behinderung ist nicht nur Sorge

Die härtesten Sorgen kommen zudem von außen.
Durch immer neue Barrieren
- bei der beruflichen und schulischen Integration
- im Städte- und Wohnungsbau
- bei Bussen und Bahnen u. v. m.

Statt mitleidiger Almosenfeiern brauchen wir gemeinsame und mutige Arbeit für Integration und Selbstbestimmung.

UnterzeichnerInnen: **Bärbel Arfmann - Siemen, Christel Danike - Woltersdorf, Rosemarie Gender - Gusborn, Martin Gerlach - Rehbeck, Claus Hennigs - Satemin, Elke Jannig - Tobringen, Robert Janning - Tobringen, Jürgen Krause - Platenlaase, Antje Lutz - Prezelle, Heide Neumann - Siemen, W. Neumann - Siemen, Birgit Nitsche - Kapern, Annette Porta-Tholey - Nahrendorf, Ulrike Rieß - Grabow, Ina Sandfort - Trebel, Elke Schäfer - Lanze, Mille Stoll - Nemitz, A. Tabatt - Suttorf, C. Tabatt - Suttorf, Doris Treder - Sarenseck, Bärbel Wilgermein - Volzendorf, Ingrid Winter - Mützen, Anke Lüdtke - Woltersdorf, Fam. Jeß - Woltersdorf, Achim Danike - Woltersdorf, Katharina Wulf - Woltersdorf, Anne-Marie Barstorf - Woltersdorf, Christian Stödter - Nemitz, Else Freudemann - Nemitz**

V.I.S.d.P.:
Lothar Sandfort, Nemitzer Straße 16, 29494 Trebel

Anzeige am 19.7.96 in der EJZ

„Es gibt Diskussionen, die möchte ich nicht noch einmal führen!"

Lothar Sandfort auf dem IsL-Treffen am 15.6.96

Liebe Randschau-Redaktion,

wir haben in unserer Kritik am VbA in München befürchtet, daß „manche Verantwortliche bei IsL das als falschen Dogmatismus und politische Nostalgie" abtun werden". Nicht zuletzt wegen des prächtigen Einsatzes des „alten" Haudegens der Behindertenbewegung Lothar Sandfort, der die bitteren Erfahrungen mit selbstgeschaffenen Sachzwängen offensichtlich ausreichend gemacht zu haben und dem die widerständische Luft im Wendland ausgezeichnet zu bekommen scheint, haben sich diese Befürchtungen nicht ganz bewahrheitet. Der Dachverband IsL hat auf seiner letzten Mitgliederversammlung mit 8 zu 1 Stimmen, bei zwei Enthaltungen, beschlossen, daß IsL jegliche politische, persönliche und materielle Zusammenarbeit mit der *Aktion Sorgenkind* ablehnt und seine Mitgliedsorganisationen auffordert, entsprechend zu handeln.

Etwas überrascht müssen wir nach der letzten Ausgabe der Randschau feststellen, daß die bei einigen IsL-Verantwortlichen vermuteten, aber unterbliebenen Reaktionen nun von der ganzen (!?) Randschau-Redaktion kommen. Nicht die Offensive der Bioethiker, nicht der skandalöse Beschluß von Bundesrat und Bundestag, daß behinderte Menschen zukünftig keinen Rechtsanspruch mehr auf berufliche Rehabilitation haben und auch nicht die Schweinereien im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung, nein, unsere Kritik am VbA veranlaßt die Redaktion zu einer gemeinsamen politischen Stellungnahme! Das gibt uns zu denken.

Zu dieser Entwicklung wollen wir einige notwendige Anmerkungen machen.

Daß die MünchnerInnen beleidigt und zerknirscht auf unsere Kritik reagiert haben, ist nachzuvollziehen. Wir haben schließlich eine Handlung von ihnen öffentlich gemacht, die sie wohl lieber klammheimlich getan hätten. Wer fühlt sich schon gerne auf frischer Tat ertappt. Der Volksmund hat manchmal doch recht: Getroffene Hunde bellen. Es wäre allerdings netter gewesen, wenn die VbAlerInnen uns ihre Antwort selbst geschickt und wir sie nicht erst über die Randschau erfahren hätten (als kleine Entschädigung gab's zumindest für mich das herzerfrischend-bayerische „ahnungsloser Fettarsch“, das mir Josef aus München auf besagter IsL-Tagung entgegenschleuderte). Aber warum bellt die Randschau-Redaktion genauso persönlich betroffen („Dieser Zeitschrift läßt sich Vieles vorwerfen, aber nicht ein laxer Umgang mit Grundpositionen.“)? Wer hat denn der Randschau das vorgeworfen? Wir nicht! Wir haben auf München gezielt. Haben wir dabei etwa auch Kassel getroffen? Fühlt Ihr Euch genauso ertappt?

Aber kommen wir zum Kern der Kritik der Randschau-Redaktion.

Ihr erhebt unsere Kritik an einer konkreten Tat des VbA zu einer „Konfrontation zwischen reiner Lehre und pragmatischem Durchwursteln“. Ihr fragt, ob „diese hehren Grundsätze“, die Autonom Leben zugegebenermaßen „schlüssig und überzeugend“ begründet, „unter veränderten Bedingungen überhaupt noch durchzuhalten sind“. Ob sich nicht vielmehr „angesichts allgemeiner Geldnot für viele Projekte die Frage nach einem neuen Umgang mit der organisierten Mildtätigkeit“ stellt.

Ihr unterstellt uns, daß wir uns „im Herunterbeten bekannter Positionen erschöpfen“, daß wir uns weigern, „veränderte Bedingungen zur Kenntnis zu nehmen“, daß wir unsere „eigene Ratlosigkeit durch Verbalradikalismus übertönen“ wollen. Alles Zitate aus eurer Erklärung.

Zur „allgemeinen Geldnot“, die ja so allgemein nun ganz und gar nicht ist, (nur nebenbei bemerkt: 358 Milliardäre in der Welt besitzen gemeinsam genausoviel Geld wie die ärmeren 45 % der Weltbevölkerung zusammen) wollen wir an dieser Stelle weiter nichts sagen. Zur Frage nach einem neuen Umgang mit der organisierten Mildtätigkeit verweisen wir auf unsere in der letzten Randschau abgedruckten Argumente, die ihr ja selbst für schlüssig und überzeugend haltet, sowie auf obiges Zitat von Lothar. Richtigstellen müssen wir im Interesse der Randschau-LeserInnen allerdings das Bild, das ihr von Autonom Leben malt. Denn diese theoretischen Klugscheißer und praxislosen Schwätzer, als die ihr uns euren



Montage: die randschau

LeserInnen darstellt, sind wir nun wirklich nicht.

Autonom Leben betreibt in Hamburg das zweitälteste und das schätzungsweise zweitgrößte Selbstbestimmt-Leben-Zentrum in Deutschland. Trotz radikalen Abbaus des Sozialstaats durch die Hamburger Regierung ist es uns gelungen, diese zu veranlassen, uns neue, große, wunderschöne Räume zu finanzieren. Autonom Leben betreibt seit fast zehn Jahren erfolgreich ein integratives Cafe, und Autonom Leben hat mit der „Hamburger Assistenzgenossenschaft“ einen selbstorganisierten und selbstbestimmten Pflegedienst ins Leben gerufen, der mittlerweile einer der größten Anbieter in Hamburg geworden ist.

Zum politischen Gewicht Autonom Lebens in Hamburg nur ein paar Anekdötchen aus den letzten paar Monaten:

Zur gleichen Zeit, in der der VbA München sein Festival durch die *Aktion Sorgenkind* mitfinanzieren läßt, organisierten wir ebenfalls ein großes Fest zum 5. Mai mit mehreren Tausend TeilnehmerInnen. Alle, von der LAGH in Hamburg über alle Behindertenwerkstätten, dem Spastikerverein bis zum VdK haben mitgemacht. Alle haben das zu 99 % von Autonom Leben formulierte Aufrufflugblatt unterschrieben. Alle haben einstimmig beschlossen, daß eventuelle Überschüsse dieses Festes an Autonom Leben gehen. Alle haben Autonom Leben darum gebeten, Wortführer bei der Pressekonferenz anläßlich dieses Festes zu sein und den Redebeitrag zur Eröffnung des Festes zu halten. Der Behindertenbeauftragte der Stadt Hamburg, der aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen konnte, hat öffentlich ausdrücklich darum gebeten, daß ein Vertreter von Autonom Leben seine Grußbotschaft vorliest, „um ein politisches Signal“ zu setzen. Und das, obwohl Autonom Leben vor nicht ganz einem Jahr als einziger Hamburger Behindertenverband öffentlich seine Unzufriedenheit mit diesem Behindertenbeauftragten ausgedrückt und sich gegen eine Verlängerung seiner Amtszeit ausgesprochen hatte und dafür in einer gemeinsamen Erklärung von 29 Hamburger Behindertenverbänden schwer gerügt worden war.

Warum diese - politische und finanzielle - Anerkennung von Autonom Leben, obwohl wir nie nachlassen, die bekannten Positionen herunterzubeten und die hehren Grundsätze durchzuhalten?

Ganz einfach, weil wir seit Jahren erfolgreich das praktizieren, was ihr offensichtlich nur noch als theoretische Fragen stellen könnt: „Wie läßt sich radikale Kritik in einer Gesellschaft vermitteln, in der die Grundlagen dieser Kritik - z.B. die Unantastbarkeit menschlichen Lebens - nicht mehr selbstverständlich sind? Wie können wir uns in einer Öffentlichkeit überhaupt noch verständlich machen, in der das Selektionsdenken dramatisch an Boden gewinnt?“

Man kann's aber auch in den schlichten Worten des deutschen Fußballnationaltrainers Berti Vogts sagen: Das Wichtigste ist Geradlinigkeit und Glaubwürdigkeit.

Daher kämen wir zum Beispiel auch nie auf die Idee, auch nicht „im Kontext einer eindeutig kritischen Veranstaltung“, zu versuchen, „die Strukturen der „Euthanasie“-Diskussion zu verdeutlichen“. Das versuchen zugenüge die zahlreichen weißwaschenden TheoretikerInnen. Wir verzichten auf solche geistigen Verrenkungen und sagen und schreiben ganz einfach, untermauert mit ein paar einleuchtenden Zahlen und Fakten, was für ein mörderischer Mist das Ganze ist.

Zum guten Schluß, da die praktischen Ratschläge in den Schlußsätzen unserer Briefe immer am heftigsten für Bewegung sorgten und am nachhaltigsten wirkten, gibt's auch diesmal einen. Als Empfehlung, nicht als „absolutistische Zurechtweisung“:

Wie wär's, liebe Randschau-Redaktion, mit einem Urlaub im Wendland? Vielleicht kommen dann auch wieder Ideen, wie „politische Arbeit in Zukunft ohne neue Geldquellen möglich sein wird“.

In diesem Sinn und mit lieben Grüßen
für das AL-Team
Gerlef Gleiss, Hamburg

Großer Erfolg:

Bundesverfassungsgericht stärkt die Rechte behinderter SchülerInnen

Erstmals mußte sich das Bundesverfassungsgericht mit der Frage konkreter Auswirkungen des neu ins Grundgesetz eingefügten Benachteiligungsverbots („Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden") beschäftigen. Das Ergebnis ist ein voller Erfolg für die Rechte behinderter Menschen.



Zur Vorgeschichte: eine körperbehinderte Schülerin aus Niedersachsen absolvierte zunächst während der Grundschulzeit die Regelschule, wobei sie sonderpädagogische Förderung im Fach Mathematik erhielt und von einem Zivildienstleistenden im Unterricht begleitet wurde. Zum Schuljahr 1995/96 wechselte sie dann in den 5. Schuljahrgang einer Integrierten Gesamtschule und die Probleme begannen. Die LehrerInnen dieser Schule waren offensichtlich nicht bereit, eine behinderte Schülerin in ihrer Schule zu haben. Den Eltern wurde ganz offen gesagt, die LehrerInnen müßten auf die Einhaltung ihrer Arbeitszeit achten und eine zusätzliche Belastung sei ihnen nicht zumutbar. Die Schülerin solle auf die Sonderschule.

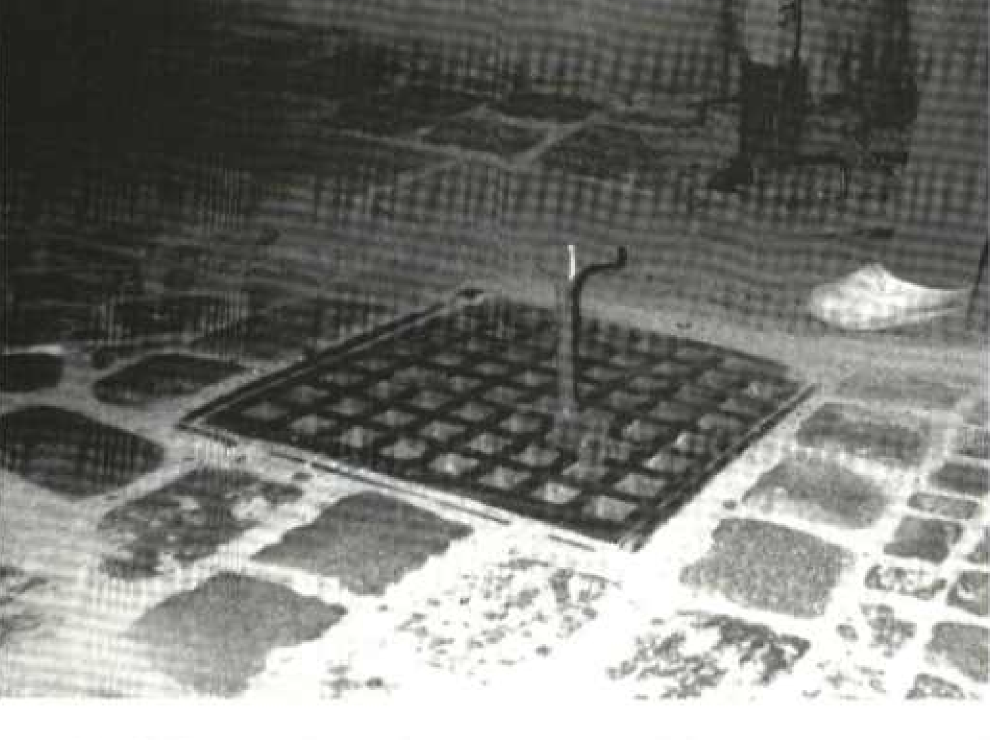
Die Schulbehörde wurde veranlaßt, ein Gutachten einzuholen. Wie nicht anders zu erwarten, wurde hierin eine sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt, der nunmehr angeblich nicht nur im Fach Mathematik sondern auch anderweitig bestand. Daraufhin verfügte die Schulbehörde - wenige Wochen nach Beginn des Schuljahres (!) - die Überweisung der Schülerin in eine Sonderschule für Körperbehinderte. Der hiergegen eingelegte Widerspruch wurde zurückgewiesen und zugleich die sofortige Vollziehung der Sonderschulzuweisung angeordnet. Dies hätte bedeutet, daß die inzwischen eingereichte Klage gegen die Verfügung keine „aufschiebende Wirkung" gehabt hätte, die Schüleirn also bis zu einer endgültigen verwaltungsgerichtlichen Entscheidung schon mal vorläufig auf die Sonderschule hätte wechseln müssen. Die „vorläufige" Entscheidung wäre dann aber faktisch eine endgültige, weil erst in einigen Jahren mit einer endgültigen Entscheidung der Verwaltungsgerichte zu rechnen wäre und eine dann evtl. erfolgende Feststellung, daß die Verfügung rechtswidrig war, ihr nicht mehr helfen könnte.

In solchen Fällen kann beim Verwaltungsgericht beantragt werden, daß die aufschiebende Wirkung der Klage zunächst wiederhergestellt wird. Dies bedeutet dann, daß bis zu einer endgültigen verwaltungsgerichtlichen Entscheidung die Schülerin zunächst auf der Regelschule bleiben könnte. Dieser dann auch eingereichte Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung hatte vor dem Verwaltungsgericht Göttingen auch tatsächlich Erfolg, allerdings allein wegen einer angenommenen Unzuständigkeit der verfügenden Behörde. Auf deren Beschwerde wiederum hob das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht (OVG) die erstinstanzliche Entscheidung auf und lehnte den Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung ab. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung sei zu Recht erfolgt. Das Gericht führte hierzu aus: „Diese Maßnahme ist einerseits mit der Belastung der LehrerInnen an der ... (Regelschule) begründet worden, andererseits damit, daß es auch im Interesse der Antragstellerin selbst liege, möglichst schnell angemessen beschult zu werden. Unter beiden Gesichtspunkten überwiegt das öffentliche Interesse das der Antragstellerin, weiterhin an der ... (Regelschule) zu bleiben."

Dieser Beschluß des Niedersächsischen OVG wurde wiederum auf die Verfassungsbeschwerde der Schülerin durch die 1. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) aufgehoben, weil es diese *in ihrem Recht aus Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG („Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden") verletzt.* Die Sache wurde an das OVG zurückverwiesen. Zur Begründung führt das BVerfG aus, das Niedersächsische Schulgesetz gewähre auch SchülerInnen mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf grundsätzlich einen Anspruch auf gemeinsame Beschulung mit Schülerinnen und Schülern ohne einen solchen Förderbedarf in den allgemeinen Schulen. Im Lichte von Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG folge aus diesem Regel-Ausnahme-Verhältnis eine erhöhte Begründungspflicht, wenn vom gesetzlichen Regelfall abgewichen werden solle. Allein der Hinweis auf die Funktionsfähigkeit der allgemeinen Schulen bei begrenzten organisatorischen und personellen Mitteln reiche hierzu nicht aus. Dieser erhöhten Begründungsanforderung werde der angefochtene Beschluß nicht gerecht, da weder dargelegt sei, weshalb eine sonderpädagogische Förderung an der von der behinderten Schülerin besuchten Gesamtschule nicht möglich sein soll, noch ausgeführt werde, was dem Einsatz einer pädagogischen oder therapeutisch vorgebildeten Stützkraft entgegenstehen solle. Das BVerfG führt fort: „Schließlich läßt die Entscheidung auch nicht das Bewußtsein des Oberverwaltungsgerichts dafür erkennen, daß das Interesse der Beschwerdeführerin, wegen ihrer Behinderung nicht benachteiligt zu werden, in Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG verfassungsrechtlich geschützt ist."

Mit dieser Entscheidung ist noch nicht sichergestellt, daß die betroffene Schülerin tatsächlich auch - jedenfalls vorläufig -





auf der Regelschule bleiben kann. Das OVG muß hierüber vielmehr erneut entscheiden und es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß es danach wiederum zum Ergebnis kommen wird, daß die Schülerin auf die Sonderschule muß. Jedenfalls ist aber durch den Beschluß des BVerfG klargestellt, daß die Zuweisung von behinderten SchülerInnen zur Sonderschule eine Benachteiligung im Sinne des Art. 3 Abs. 3 Satz 2 darstellen kann und daher in jedem Einzelfall das Benachteiligungsverbot beachtet werden muß, wenn Behinderte auf die Beschulung in einer Sonderschule verwiesen werden.

Wegen der Bezugnahme des Gerichts auf die Regelung im Niedersächsischen Schulgesetz wurde verschiedentlich versucht, die Bedeutung der Entscheidung dahingehend einzuschränken, daß sie nur dann Anwendung finden könne, wenn im jeweiligen Landes-Schulgesetz eine integrative Beschulung als Regel und die Zuweisung zur Sonderschule als Ausnahme ausgestaltet sei. Da es um die Anwendung von Grundrechten geht, kann diese einschränkende Auslegung aber nicht zutreffen. Es kann nicht dem Landesgesetzgeber überlassen sein, durch die Gestaltung der Landesgesetze darüber zu entscheiden, ob Grundrechte gewährleistet werden oder nicht. Dann hätte ein/e behinderte/r Schüler/in in Bayern oder Baden-Württemberg, in denen eine sonderpädagogische Förderung in der Regelschule überhaupt nicht vorgesehen und die Sonderschule die einzige Schulform für Behinderte ist, weniger Grundrechte als in Niedersachsen oder Hessen, in denen - mit Unterschieden im einzelnen - sonderpädagogische Förderung auch in der Regelschule erfolgen kann. Wenn die Entscheidung des BVerfG ernst genommen wird, müssen vielmehr die Landesschulgesetze nunmehr entsprechend angepaßt werden. Wenn die Zuweisung zur Sonderschule eine Benachteiligung im Sinne des Grundgesetzes ist, darf diese nur erfolgen, wenn sie aufgrund zwingender Gründe erforderlich ist, also eine Beschulung in der Regelschule aus besonderen Gründen ausgeschlossen ist. Mit diesem Grundsatz ist es unvereinbar, wenn nach den Landesschulgesetzen genau umgekehrt die Sonderschule die Regel für behinderte SchülerInnen darstellt.

Noch ein weiteres kann der Entscheidung des BVerfG entnommen werden: eine verbotene Benachteiligung liegt nicht nur dann vor, wenn Behinderte von der Regelschule ferngehalten werden, obwohl sie dem dortigen Unterricht problemlos folgen könnten. Im entschiedenen Fall ging es um eine Schülerin, die durchaus auch sonderpädagogischen Förderbedarf hatte, also über das Angebot der Regelschule hinaus besondere Unterstützung brauchte. Auch diese muß grundsätzlich in der Regelschule erbracht werden, zumindest müssen die Möglichkeiten hierfür konkret ausgelotet werden.

Und schließlich ist auch klargestellt, daß die LehrerInnen einer Schule nicht willkürlich und nach eigenem Gusto darüber entscheiden können, ob sie behinderte Schüler/innen unterrichten oder nicht. Sie sind nicht als Privatpersonen tätig, sondern gegenüber den SchülerInnen Träger öffentlicher Gewalt und daher auch an die Einhaltung der Grundrechte gebunden. Die vielfach von Eltern behinderter Kinder geschilderte Tatsache, daß eine Regelbeschulung am Phlegma, an der Unbeweglichkeit und Unfähigkeit eines Lehrerkollegiums scheiterte, müßte nunmehr der Vergangenheit angehören. Zur Lehrtätigkeit in der Regelschule gehört nunmal auch die Beschulung behinderter Kinder. Hierauf müssen sich künftig alle Lehrkräfte einstellen und es wird höchste Zeit, daß dies auch in die Ausbildungspläne der LehrerInnen aufgenommen wird.

ANDREAS JÜRGENS, KASSEL

Singers deutscher Bauchredner

Der Mainzer Bioethiker Norbert Hoerster

Bereits in der letzten *randschau* brachten wir einen Beitrag über den Mainzer Juristen Norbert Hoerster, in dem deutlich wurde, daß die gefährlichsten VertreterInnen der Bioethik nicht nur im fernen Australien sitzen, sondern z. B. an deutschen Hochschulen. Alexander Bogner hat sich das jüngste Buch von Hoerster angetan und stellt eine erschreckende Kontinuität zur deutschen „Euthanasie"-Tradition fest.

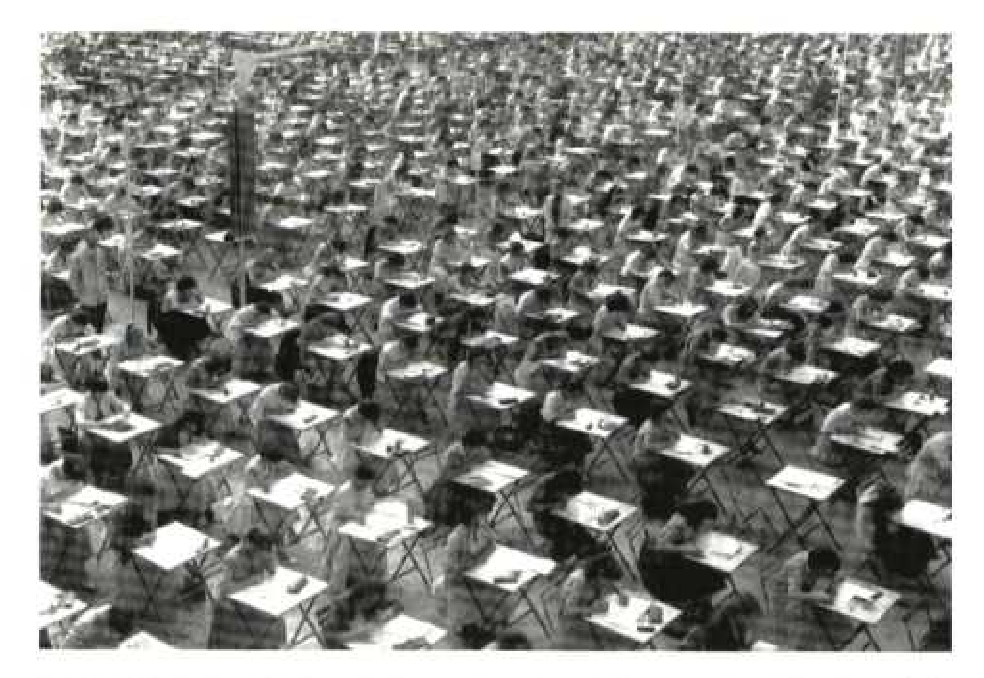
„Tod dem lebensunwerten Leben!", forderten die Nationalsozialistischen Monatshefte 1930. Folgerichtig begannen die Nazis dieses Programm der Endlösung der sozialen Frage noch vor Kriegsbeginn in die Praxis umzusetzen und zwar im ausdrücklichen Einverständnis mit der Bevölkerung. So traf Ende 1938 in der „Kanzlei der Führers der NSDAP" das Gesuch eines Elternpaares um die Tötung ihres behinderten Kindes ein. Das bereitwillige Entsprechen seitens der NS-Ärzte markiert den Einstieg in die „Kindereuthanasie", deren reibungslosen Vollzug die Nazis als geglückten Probelauf für die spätere „T4"-Aktion korrekt bewerteten. Mit wachsender Ressourcenknappheit während des Krieges wurde die Altersgrenze zur Anwendung der „Euthanasie" schrittweise heraufgesetzt. Anfangs tötete die von Hitler formlos dazu ermächtigte Ärzteschaft „unheilbar kranke" Kinder bis zu 3 Jahren, bald bis 8, dann bis 12 und schließlich noch mit 17 Jahren. Bis 1945 wurden über 5000 behinderte Kinder ministeriell erfaßt, selektiert, asyliert und umgebracht. Bei der Erfassung der überwiegend nicht in Anstaltspflege lebenden Kinder war der „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden" auf die Mitarbeit von Hebammen, Ärzten, Mitarbeitern der staatlichen Gesundheitsämter und nicht zuletzt der Eltern angewiesen- ein eindrucksvoller Beleg für die Verankerung der Eugenik in den Köpfen. Natürlich war die Forderung der Nazis, „lebensunwertes Leben" zu vernichten, um den „gesunden Volkskörper" von allen „Ballastexistenzen" zu säubern, schon im Jahre 1930 weder originell noch ungewöhnlich gewesen.



Vorausgegangen war ein akademischer Diskurs, der das universelle Recht auf Leben verwertungslogisch partikularisiert hatte. „Gibt es Menschleben", hatte 1920 der gelehrte Sproß aus einer alten Frankfurter Bierbrauer-Dynastie rhetorisch gefragt, „die so stark die Eigenschaft des Rechtsgutes eingebüßt haben, daß ihre Fortdauer für die Lebensträger wie für die Gesellschaft allen Wert verloren hat?". Um nur drei Seiten später seine Endlösung dieser Frage vorzustellen: Die rechtliche Freigabe der Tötung „negativ zu wertender Existenzen" sei nicht weniger als eine „Pflicht gesetzmäßigen Mitleids". Drei Gruppen von Menschen hatte sich Karl Binding, Juraprofessor im Ruhestand, in seinem Teil der Schrift „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens" (1920) zur praktischen Vollstreckung des tödlichen Mitleids ausgespäht: Kranke und Verwundete, „unheilbar Blödsinnige" und eine Restgruppe, der sich auch behinderte Neugeborene zurechnen ließen. Der Tod der „Idioten", „die das furchtbare Gegenbild echter Menschen bilden und fast in jedem Entsetzen erwecken, der ihnen begegnet", reiße „nicht die geringste Lücke", da ihr Leben „absolut zwecklos" sei, „aber sie empfinden es nicht als unerträglich."(Binding) Dr. med. Alfred Hoche, Co-Autor dieser eugenischen Hetzschrift, versuchte mit seinen Mitteln den Kreis der zu vernichtenden „Defektmenschen" genauer zu bestimmen. Den von ihm verbal beerdigten „geistig Toten" attestierte er „Fremdkörpercharakter" in der Gesellschaft. Die Hilflosigkeit und Unproduktivität dieser Behinderten mache ihre „Beseitigung" zu einem „erlaubten, nützlichen Akt". Zum Behinderten wurde - sehr modern - von Binding/Hoche erklärt, wem das „Selbstbewußtsein" fehle, sowie der „geistige Rapport mit der Umwelt". Egal, ob die definitorischen Spitzfindigkeiten bei der aufgeschlossenen Leserschaft der 20er Jahre überhaupt ankamen, am Ende blieb im allgemeinen Bewußtsein hängen, daß es zweifelsfrei so etwas wie „lebensunwertes Leben" gibt.

Die Nachwirkungen dieser Ethikdebatte dauern an bis heute. 75 Jahre nach dem Erscheinen von Binding und Hoches Aufruf zum Mord und 50 Jahre nach der Befreiung der letzten „Euthanasie"-Anstalt im bayerischen Kaufbeuren durch die Amerikaner, verteidigt Norbert Hoerster das liebgewonnene Selektionskriterium: „Natürlich gibt es so etwas wie 'lebensunwertes' Leben. Ich vermag keinesweg notwendig etwas Inhumanes oder Verwerfliches darin zu erblicken, über das Leben eines bestimmten Menschen zu sagen, es sei nicht 'lebenswert'!" Der „gesunde" Menschenverstand, der hier seine Muskeln spielen läßt, hat auch schon die „bewährte" Lebenswerttheorie parat: „Ein Leben mit dem Defizit einer Schädigung oder Behinderung ... besitzt einen geringeren Eigenwert wie Fremdwert als ein Leben ohne dieses Defizit. Besonders auf eine gravierende Schädigung oder Behinderung trifft dies zu... Eine Welt bzw. eine Gesellschaft *ohne* Krankheiten und Behinderungen beinhaltet *ceteris paribus* ein größeres Maß an Lebenswert und ist insofern besser als eine Welt bzw. eine Gesellschaft *mit* Krankheiten und Behinderungen."

Die professorale Weltdiagnose mahnt dringenden Handlungsbedarf an. Also einfach „die Summe des Schmerzes in der Welt durch einen Akt der Euthanasie verringern", damit die „Glückssumme im Universum" steigt, wie der „verehrte Kollege Singer" (Hoerster) ganz praktisch philosophiert? So einfach, weiß Hoerster, geht das heute noch nicht: Menschen anhand kognitiver Merkmale -wie Singer das tut- zu „nichtpersonalen Wesen" ohne



Lebensrecht zu erklären, deren Tötung folglich „unproblematisch" ist, überfordert die „geistige Kapazität eines Durchschnittsbürgers". Man darf, rät Hoerster den Befreiungskämpfern gegen die Tyrannei eines antiliberalen Vernichtungsverbots, „die Schwierigkeiten und Irritationen, die ein solches Unterfangen mit sich bringen würde, nicht unterschätzen." So dreist wie Singer sollte man die Freigabe der Tötung von „lebensunwertem Leben" also noch nicht fordern. Um das gleiche Ziel dennoch zu erreichen, hat Hoerster ein schmales Bändchen verfaßt, dessen unverfänglichen Titel „Neugeborene und das Recht auf Leben" man sich nach der Lektüre mit „Behinderte Neugeborene und die Pflicht zum Sterben" übersetzen darf. Hoersters Taktik ist nicht neu: Wieder einmal wird die aktuelle moralische Belastungsgrenze durch eine Diskussion über den Lebenssinn „unheilbar leidender Säuglinge" abgefragt.

Der Suhrkamp-Verlag hat Hoerster Werk letztes Jahr auf den Markt gebracht, ohne daß es zu irgendwelchen Protesten gekommen wäre. Auf den rund 130 Seiten dieses Buches versucht der Autor den Nachweis zu führen, daß die Eugenik immer noch das Patentrezept dafür ist, die Welt human einzurichten. Anders als die alten Sozialdarwinisten, die noch auf die gesellschaftlichen „Selbstheilungskräfte" vermittels universeller Konkurrenz vertrauten, will Hoerster die „künstliche Zuchtwahl durch die Auslese und Ausmerze erbuntüchtiger Neugeborener" (A.Ploetz), pardon: ein größeres Maß an Lebenswert schaffen durch aktive Sterbehilfe gegenüber Neugeborenen, „deren Leben ... alles in allem von überwiegend negativen Erfahrungen (wie Leidenserfahrungen) geprägt ist." Während er sich damit bei der Abtreibung noch auf legalem Gelände bewegt, wirken bei der Anerkennung der formalen Gleichheit lebender Behinderter noch jene Reste einer „metaphysisch fundierten Normenordnung", die Hoerster ein allzu unwirsches Drängen auf die Aberkennung des basalen Menschenrechts nicht ratsam erscheinen lassen. Selbstverständlich hat „der angesehene Rechtswissenschaftler Professor Hoerster" (Singer) keinerlei moralische Probleme mit der Radikallösung seines australischen Mitstreiters für eine Welt ohne Behinderte, der diese kurzerhand ins Tierreich verschiebt. Hoerster ist vielmehr „im Ergebnis wie Singer der Auffassung, daß nur im Fall eines Wesens mit Ichbewußtsein und Zukunftswünschen - abgekürzt formuliert, im Fall einer `Person` - hinreichende prinzipielle Gründe vorliegen, diesem Wesen ein eigenständiges Recht auf Leben ... einzuräumen." Gleich im ersten Kapitel seiner neuen Schrift präsentiert Hoerster die Musterlösung für den Balanceakt, eine rationalistische Selektionsethik zu begründen, ohne Singers „Pionierarbeit auf dem Gebiet der angewandten Ethik" (Hoerster) direkt zu kopieren. Das schafft er mithilfe der vertragstheoretischen Begründung des Rechts auf Leben. Da jedes individuelle Recht gleichzeitig allen anderen Individuen die Pflicht auferlegt, dieses Recht zu achten, d.h. alle anderen in ihrer Handlungsfreiheit einschränkt, muß nach allen Regeln der bürgerlichen Rechenkunst der jeweilige Träger dieses Rechts den übrigen Adressaten ein angemessenes Äquivalent bieten können. In unserem Fall ist dies das individuelle Überlebensinteresse. Weil also alle ständig töten wollen, muß der Verzicht auf die Befriedigung dieses Urtriebs wenigstens einem nachvollziehbaren Zweck dienen. Nach Hoersters Adaption der Hobbesschen Bürgerkriegsanthropologie „ist es also wohlbegründet, nur zugunsten jener Wesen ein Recht auf Leben in Geltung zu setzen, die ein Überlebensinteresse haben." Welche „Wesen" nun aber dieses Überlebensinteresse haben, ist schnell entschieden. Nach über 200 Jahren aufklärerischem Menschenbild ist klar: „Nur ein Wesen, das ein Bewußtsein besitzt, kann auch irgendein Interesse haben. Das hängt damit zusammen, daß jedes Interesse auf einen Wunsch bezogen ist und daß nur ein Wesen, das ein Bewußtsein besitzt, Wünsche haben kann." Da für Hoerster kein einziges Neugeborenes relevante, d.h. zukunftsbezogene Wünsche hat, und „nach wissenschaftlicher Erkenntnis ... die ersten Spuren des Ichbewußtseins" sich nicht vor dem ersten Lebensmonat nachweisen lassen, würde das Weiterleben des Säuglings in den ersten 4 Wochen allein vom Daumenzeig der Eltern abhängen.

Diese Position vertritt bekanntlich Singer. Er schlägt vor, die Zuerkennung eines Lebensrechts 28 Tage nach der Geburt anzusetzen (weil bis dahin alle „Defekte" sicher diagnostizierbar sind) und erhält deswegen einen freundschaftlichen Rüffel von seinem deutschen Kollegen. Zwar seien „Singers Thesen und seine damit verbundenen Intentionen ... keineswegs behindertenfeindlich", doch würde momentan, so Hoerster, „der Durchschnittsbürger, von dessen Akzeptanz die Sozialmoral ja abhängt", Singers Vorschlag noch nicht fressen. „Ein Kriterium wie das des Überlebensinteresses sowie die nachfolgende Frage nach dessen Beginn würden ihn offensichtlich überfordern." Aus Sicherheitsgründen kürzt Hoerster dieses Theater um einen Monat hin oder her ab und stellt fest: „Die Geburtsgrenze ist offenbar eine Grenze, die einen optimalen Schutz aller menschlichen Individuen, die bereits ein Überlebensinteresse haben könnten, sicherstellt."

Klingt gut und erfüllt seinen Zweck: Lebensrecht für alle und zwar sofort - abgesehen von jenen „leeren Menschenhülsen" (Hoche), die nach wissenschaftlicher Erkenntnis sowieso niemals irgendwelche Interessen werden ausbilden können. Mit dem Erreichen dieses Etappenziels ist Hoersters Kreuzzug für die Aberkennung des Menschseins von Behinderten jedoch nicht beendet. Die Welt ist schließlich noch voll mit „geschädigtem Leben" von „überwiegend negativer Qualität", dem das Lebensrecht aufgrund seiner Rationalitätskriterien nicht abgesprochen werden kann.

Als Rettung aus diesem Argumentationsnotstand erweist sich die Lüge von der „echten Sterbehilfe". Mit der noch Mitte des 19. Jahrhunderts intendierten Bedeutung einer umfassenden humanen Begleitung des irreversibel eingetretenen Sterbeprozesses hat der heutige Begriff nur noch die Worthülle gemein. Hoersters vehementer Einsatz für die aktive „Euthanasie", den „heilenden Eingriff" auch bei

„schmerzloser Hoffnungslosigkeit" (Binding), soll den „Lebenswert" in einer Gesellschaft durch die Tötung von Behinderten heben. Natürlich sagt er das nicht so direkt, schließlich geht es - man befindet sich ja noch in der Testphase zur Lockerung ethischer Schamgrenzen - ausschließlich um Neugeborene. Daß die allerdings meist einen geringeren „Affektionswert" für ihre Umgebung besitzen als heranwachsene Behinderte, wußten schon Binding/Hoche und reservierten dieser Gruppe den ersten Platz in ihrem Vernichtungsplan. Die nicht nur historische Parallele seines publizistischen Versuchsballons kennt Hoerster selbst. Daher legt er fest, daß im Gegensatz zur unechten Sterbehilfe der Nazis ein Arzt die „echte Sterbehilfe" dem „schwer und unheilbar Leidenden" auf eigenen Wunsch gewähren soll. Da das Neugeborene nichts wünschen kann, entscheidet das elterliche Recht auf ein Wunschkind. Die Elternentscheidung soll erst dann an Autorität einbüßen, wenn sie nicht dem „wohlverstandenen Interesse des Neugeborenen" dient. Das heißt: Eltern, die partout nicht einsehen wollen, daß „das weitere Leben des Neugeborenen ... für ihn eine überwiegend negative Qualität besitzt, also von ihm alles in allem nicht als lohnend, sinnvoll oder lebenswert empfunden werden kann" und sich damit über Hoersters „Prinzip des Patienteninteresses" hinwegsetzen, soll das Vormundschaftsgericht zur Vernunft bringen. Denn „es wäre offensichtlich inhuman, das leidende Kind rettungslos einer elterlichen Willkür auszuliefern." Elterliche Willkür beginnt dort, wo ökonomisch erwünschte Selektionsmaßnahmen nicht selbstverantwortlich durchgezogen werden. Zwar will die Zivilgesellschaft bei der Exekution ihrer tödlichen Hilfsbereitschaft eigentlich nicht so sehr auf den invasiven Staat vertrauen; wer aber seine gesellschaftlichen Pflichten partout nicht verinnerlichen will, bekommt dann doch etwas mehr Staat zu spüren, als es dem Idealbild des „informed consent" entspräche. Da muß irgendwann auch mit der humansten Binnenperspektive, die Hoerster anstelle platt utilitaristischer, volkswirtschaftlicher oder gar „rassenhygienischer" Begründungsstrategien bevorzugt, Schluß sein. Weil in der Sichtweise des nicht-behinderten Philosophen Behinderung nur maßlos leidvoll sein kann, sind Menschen, die sein Zukunftsprojekt „leidfreies Universum" behindern, unrettbar zum Tode verurteilt. Die 70 oder 80 Jahre, die dem einzelnen behinderten Neugeborenen in der Regel vergönnt wären, um (wie jeder Mensch) seinem Leben einen Sinn zu geben, fallen, da dies ohnehin „nur in Einzelfällen realisiert werden kann", Hoersters Erlöserwahn zum Opfer. Dem Mitglied der „Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben" (DGHS), der Institution zur Etablierung „kostendämpfender Minderwertigkeitskomplexe" (K. Dörner), ist für sein Endziel einer Welt ohne „Mißbildungen" und „Defekte" auch die so geschönte „passive" Euthanasie (die oft sehr aktiv ist) noch zu lasch. „Ob der Betroffene gegenwärtig eine Krankheit hat, die - über kurz oder lang - zu seinem Tode führen wird, kann für die Zulässigkeit einer Sterbehilfe nicht ausschlaggebend sein. Es gibt auch Leidenszustände (etwa infolge einer Behinderung), die zwar nicht lebensgefährdend, aber trotzdem unerträglich und auf Dauer unzumutbar sind. Auch in diesen Fällen muß es zulässig sein, den Tod des Betroffenen ... herbeizuführen."



Der Philosoph mit Schaum vorm Maul kann hier erst einmal kurz ausschnaufen. Behinderte haben nun keine Chance mehr. Im Bestreben, die Welt durch „einen unter Wertgesichtspunkten legitimen Austausch bzw. Ersatz von Lebewesen... im Einklang mit den Interessen *aller* Betroffenen zu verbessern", sublimiert er noch jede ethische Regung, um Thanatos freie Bahn zu geben: Wie „vor Naturkatastrophen - wie Erdbeben, Wirbelstürmen und Überschwemmungen -" müsse man sich gegen die „naturgegebenen Krankheiten und Behinderungen" schützen dürfen. Als beste Prävention gegen menschliche „Naturkatastrophen" empfiehlt Dr. Hoerster moderne Pränataldiagnostik sowie die „eugenische Auswahl" bei denjenigen Neugeborenen, denen er ein Lebensrecht nicht zugestehen will. Für die restlichen behinderten Neugeborenen, die diesen Todesfallen des „gesunden" Volksempfindens entkommen sind, zaubert er die „echte Sterbehilfe" aus dem Ärmel.

So schließt sich der Kreis: Da man in der Fitnessgesellschaft weiß, daß nur das Schöne das Wahre sein kann, ist die objektive Bewertung von Leben nach dem körperlichen Erscheinungsbild Konsens. Das individuelle Lebensrecht wandelt sich unterderhand zum Recht auf ein vollwertiges Leben, dem zwangsläufig die eugenische Selektionspflicht folgt. Am Ende steht die „Euthanasie" als der Garant für „maximale" Lebensqualität, weil weniger niemandem zumutbar ist. Folgerichtig ist nach Hoersters Logik die „Sterbehilfe grundsätzlich mit dem Recht des Betroffenen auf Leben vereinbar" - auch dann, wenn „der Betroffene" überhaupt nicht im Sterben liegt. Wer sich bei solchen Tönen wundert, daß ihr Urheber immer noch auf seinem Lehrstuhl für Rechtsphilosophie in Mainz sitzt, kennt die Universität Mainz nicht (nachholen in Konkret 8/96) oder will eben nicht verstehen, daß die Vernichtung der (vorläufig noch:) neugeborenen Behinderten, selbstverständlich im strikten „Eigeninteresse", eine „reine Heilbehandlung" (Binding) ist. Und daß jede Aufregung um diese Frage ohnehin überflüssig ist. Denn wie sagt der selbsternannte Richter über „lebensunwertes" Leben und den „schönen" Tod so treffend?: „Sterben muß jeder Mensch."

ALEXANDER BOGNER, MÜNCHEN

Literatur:

- N.Hoerster: Neugeborene und das Recht auf Leben, 1995;
- N.Hoerster: Tötungsverbot und Sterbehilfe, in: H.M.Sass (Hg): Medizin und Ethik, 1994;
- N.Hoerster: Kindstötung und das Lebensrecht von Personen, in : Analyse und Kritik 12/1990 (dies ist eine Zeitschrift, die von den Frankfurter Bioethikern A. Leist und M. Baurmann herausgegeben wird - nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen linken Monatszeitung „ak", die sich regelmäßig kritisch mit der Bioethik auseinandersetzt; *d. Red.*)

Dieser Beitrag ist eine vom Autor überarbeitete Fassung eines Artikels der in 'konkret' 10/96 erscheinen wird.

Die Ereignisse rund um den Kongreß „Science/Fiction...“

aus der Sicht mehrerer AktivistInnen aus Bremen und Hamburg.

Als ein Beitrag auf den Diskussionsaufruf in der letzten Randschau möchten wir hier auf die Ereignisse rund um Heidelberg eingehen und darstellen, wie wir sie wahrgenommen haben.
Da wir seit längerem zu dem Thema „Neue Euthanasiedebatte - neue Ethik/ Bio-Ethik“ arbeiten war es für uns klar, daß sich unser Protest nicht allein gegen Peter Singer oder andere richtet, sondern gegen den Kongreß an sich, vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und der Bioethikdiskussion, gegen eine Akzeptanzschaffung von Verwertungsnormen und Selektionstheorien.

Bei dem Vorbereitungstreffen in Kassel sprachen wir uns dafür aus, daß versucht werden sollte diesen Kongreß zu verhindern um zu zeigen, daß wir nicht bereit sind uns als KritikerInnen einbinden zu lassen und mitzustreiten um Fragen, die mit ganz bestimmter Absicht längst gestellt sind. Es gab in Kassel die Absprache, daß es möglich sein sollte mehrere Aktionsformen gegen den Konreß stattfinden zu lassen und daß diese nicht zeitgleich ablaufen sollten, damit möglichst viele Leute daran teilnehmen könnten.

Es war die Rede von einer Demonstration, von Blockade und Verhinderung und von einem Gegenkongreß, der nicht am gleichen Tag stattfinden sollte wie die Eröffnung des Kongresses „Science/ Fiction“ und die Demonstration.

Blockade und Demo fanden am 1. Mai statt, am 2. Mai haben wie geplant Gruppen aus Heidelberg, Hamburg und Bremen eine Veranstaltung in der Uni Heidelberg durchgeführt, der Gegenkongreß war für den 5. Mai angesetzt.

Die genannten Unstimmigkeiten (siehe letzte Randschau Artikel von Chr. Winter) führten erst dann zur Spaltung, als mit der Ausladung Singers selbst die Demo in Frage gestellt wurde, und dann noch der Gegenkongreß am Tag der Kongreßeröffnung stattfinden sollte.

Das Argument wir seien ja gar nicht in der Lage einen so großen Kongreß zu blokkieren oder gar zu verhindern, trifft hier natürlich den Nagel auf den Kopf, wenn die AktivistInnen sich gegenseitig blokkieren.

Wir sind der Meinung, daß die Praxis sich nicht von dem bestimmen lassen sollte, was vorgeblich „realistisch und machbar“ sei, sondern der Widerstand der eigenen Analyse und den politischen Zielen folgen sollte.

Vom 7.-9. Juni fand in Heidelberg ein Nachbereitungstreffen statt, zu dem verschiedene AktivistInnen aus Heidelberg, Hamburg und Bremen aufriefen. Dort wurde noch einmal über die einzelnen Aktionsformen vom 1.Mai diskutiert, und sich auf weitere Zusammenarbeit und Informationsvernetzung geeinigt.

Wir haben es ausgesprochen bedauert, daß nicht mehr Menschen, die auch in der letzten Randschau Kritik an den Vorbereitungen übten und für eine Fortführung der Diskussion eintraten, diese Gelegenheit dazu nicht wahrgenommen haben.

Demo und Blockade am 1. Mai

Die Demo zum Heidelberger Kongreßzentrum wurde wie geplant gemeinsam durchgeführt. Eine wie in der Chronik der Randschau vorgenommene Aufteilung der Demo-TeilnehmerInnen in „Behinderte, Antifa, Autonome, Anti-Eugenik-Spektrum, ...“ halten wir dabei keinesfalls für sinnvoll und angebracht.

Nach der Demo wurde die KritikerInnenszene dann konsequent vor Ort gespalten: die einen organisierten die Busse zu dem zeitgleich zur Blockade angesetzten Gegenkongreß, während die anderen den Kongreß „Science/Fiction“ weiter blockierten.

Im Verlauf des Tages zeigte sich, - um nocheinmal dem Argument entgegenzutreten, daß die Blockade des gesamten Kongresses unmöglich sei - daß bei einer Beteiligung von mehr Menschen die Blockade hätte noch wirkungsvoller durchgeführt werden können.

Zu den leichten Rangeleien mit der Polizei kam es, als die Demo die von der Polizei abgesperrte Stadthalle erreichte, und einige RollifahrerInnen unmittelbar darauf spontan versuchten zum Hauptportal vorzufahren.

Dabei wurden sie von der Polizei übel festgehalten, durch das Einmischen etlicher Leute konnten die polizeilichen Grobheiten gemeinsam beendet werden. Diese einleitende Szene wurde im übrigen in den regionalen TV-Nachrichten dokumentiert.

Auch nach der Abfahrt der GegenkongreßteilnehmerInnen gelang es den Vorplatz und Haupteingang durch Kettenbildung zu blockieren, so daß den TeilnehmerInnen der Heidelberger Tagung der Weg versperrt war. Drängeleien enstanden nur dann gelegentlich, als von Seiten der Polizei versucht wurde, KongreßbesucherInnen den Eintritt zu ermöglichen.

Die Blockade stellt für uns insoweit einen Erfolg dar, als daß ein Kongreß auf dem wesentliche Protagonisten der Bioethik auftreten, auf dem das Lebensrecht von Menschen diskutiert wird, mit Widerstand zu rechnen hat, und nicht ohne massiven Polizeischutz durchführbar ist.

Offenbart doch der bereitwillige Rückgriff der KongreßveranstalterInnen auf den staatlichen Gewaltapparat ihre Position auf Seiten von Herrschafts- und Machtinteressen, und gibt einen Vorgeschmack darauf, wie und unter welchen Bedingungen Bioethik gegen den praktischen Widerstand ihrer entschiedenen KritikerInnen durchgesetzt werden soll.

Die Aktionsform einer Blockade verdeutlicht, auch den TeilnehmerInnen des Kongresses gegenüber, die sich in der Rolle der geduldeten immanenten Kritik gefallen, daß wir uns nicht in dem Diskurs zur Durchsetzung bioethischer Verwertungsnormen funktionalisieren lassen.

Singer und der Kongeß

Unsere Kritik am Kongreß richtete sich nicht nur gegen ein Auftreten Peter Singers, sondern gegen den gesamten Kongreß, auf dem bioethische und utilitaristische Positionen auch ohne Singer vertreten wurden.

Singer selbst ist dabei längst zu einem Symbol geworden (und auch als solches

unbedingt bekämpfenswert), er ist in der wissenschaftlichen Diskussion der Bioethiker nicht so wichtig, wie er hier als ihr Protagonist gehandelt wird.

Wurde Peter Singer in Heidelberg auch als prominente Symbolfigur eingeladen, so spielte es dann vor allem für die VeranstalterInnen, wie für die Inhalte der Tagung schon gar keine Rolle mehr, ob Singer leibhaftig erschien oder auf Großleinwand übertragen wurde. Seine Ausladung, nebst der heuchlerischen und billigpolemischen Erklärung dazu, dürfen wie seine Einladung, als eine im voraus wohlkalkulierte Herausforderung verstanden werden.

Mit einer auf Singer fixierten Diskussion wurde sich schon viel zu lange an einem einzelnen Vertreter der Tötungsethik abgearbeitet, ohne ausreichend den gesellschaftlichen und politisch-ökonomischen Hintergrund thematisiert zu haben, der für solche Kongresse wie in Heidelberg erst die Voraussetzung ist.

Diesem Kongreß kam auch insofern eine besondere Bedeutung zu, als dort die Bioethik mit Versuchen Gesellschaft mit naturwissenschaftlichen Methoden, wie der System- und der Selbstorganisationstheorie, beschreibbar und modellierbar zu machen, in Verbindung gebracht werden sollte.

Mit der Theorie einer mathematisch berechenbaren Gesellschaft und einer Philosophie, die es legitimiert und ermöglicht Menschen nach wissenschaftlichen Maßstäben zu selektieren, sie nach verschiedenen Kriterien einzuordnen und zu bewerten, sie zu verwerten und in letzter Konsequenz zu töten, wenn sie nicht (mehr) verwertbar sind.

Eine weitere Besonderheit der Heidelberger Tagung stellt das Hineintragen bioethischer Inhalte in den ganzen sozialen und sozialarbeiterischen Bereich dar, nahmen dort doch außerordentlich viele TherapeutInnen und SozialarbeiterInnen teil.

Systemische Therapie im Kongreß

Es ist uns wichtig, die Frage nach dem Zusammenhang zwischen systemischer Therapie, systemtheoretischen Ansätzen und der Bioethik zu stellen.

Die systemische Therapie beruht auf einer Theorie, die sich an der Funktionsweise „natürlicher" biologischer Systeme orientiert und diese Mechanismen auf soziale Zusammenhänge überträgt. Begriffe wie „Wahrnehmung", „Kommunikation" und „Gesellschaft" werden aus dieser Sicht interpretiert.

Der Begründer dieses Ansatzes, der Biologe Umberto Maturana, war auch auf dem Kongreß geladen.

„Systemisches Denken" fragt nicht nach



Vor dem Eingang der Stadthalle in Heidelberg | schräge Vögel

den Individuen, sondern strebt nach einem „Gleichgewicht" bezüglich des gesamten Systems. Abweichungen von der Norm, in diesem Sinne auch „Krankheit", werden als „Störung" des Systems verstanden, das dahin tendiert diese zu vermeiden bzw zu beseitigen.

Mit dem Schlagwort der „Ganzheitlichkeit" entsprechen systemtherapeutische Ansätze genauso dem Zeitgeist, wie systemtheoretisch argumentierende Soziologen, sowie Niclas Luhmann, ebenfalls unter den RednerInnen des Kongresses.

Das Konzept einer „praktisch" umsetzbaren „Bio-Ethik" wurde in Heidelberg in einem wissenschaftlichen Rahmen diskutiert, der sich aus dem Konsens einer angenommenen, zeitgemäßen, „naturwissenschaftlich abgesicherten", „objektiven" Theorie bildet, und schließlich die Modulierung gesellschaftlicher Realität ermöglichen soll.

Unter dieser Prämisse wurde die Frage nach der entsprechenden Definition von „wahr und falsch", „gut und böse", genauso wie „gesund und krank" laut dem Programm des Kongresses gestellt.

Die abzulehnende Diskussion um „neue Eugenik" und „neue Euthanasie", wurde in Heidelberg wissenschaftlich eingebettet, und dient so der Legitimation von Selektionstheorien.

Zum Bioethik-Diskurs

Zur Schaffung gesellschaftlicher Akzeptanz bioethischer Positionen gehörte auch in Heidelberg die Einladung von willigen KritikerInnen, wie die Darstellung verschiedenster Ansätze. Es soll der Eindruck entstehen, daß so im freien Meinungsaustausch eine Position, die allen gerecht wird, erreicht werden kann.

Der Rahmen dieser Diskussion ist jedoch längst abgesteckt, die eigentlichen Fragestellungen und Absichten stehen nicht zur Debatte, eine pro und contra Diskussion über die Bioethik von BefürworterInnen und KritikerInnen dient gerade zur Schaffung von Akzeptanz der Tötungsethik.

Wir haben daher den ganzen Kongreß blockiert, samt den KritikerInnen, die meinen durch eine ach so wertfreie und objektive wissenschaftliche Diskussion, durch das Vorbringen der besseren Argumente, bei den VertreterInnen der Tötungsethik Überzeugungsarbeit leisten zu können. Und dabei doch den Absichten der BioethikerInnen entgegenkommen, sich einbinden lassen in einen von ihnen bestimmten, ihren Zielen entsprechenden Diskurs, die Aufnahme und der Einbau solcher Kritik führt dann lediglich zur Verfeinerung ihrer Selektionstheorien.

Die gesellschaftliche Diskussion über Bioethik soll genau in dem Rahmen eines solchen Herrschaftsdiskurses stattfinden, wer die grundsätzlichen Interessen und Fragestellungen der Bioethiker kritisiert, wer sich nicht in diesen Herrschaftsdiskurs einbinden läßt, wird ausgegrenzt und als UndemokratIn, als FaschistIn gar (wie von Alice Schwarzer bei Protesten gegen den Singer Auftritt in Bonn), diffamiert.

Nicht mehr hinterfragt wird dann das Interesse der BioethikerInnen, die gesellschaftliche Durchsetzung von Selektions- und Verwertungsnormen, der Anpassung von Ideologie und Menschenbild an die kapitalistische Verwertungslogik und Herrschaft, den Bedingungen des weltweiten kapitalistischen Marktes entsprechend, unter die so unvermeidlich erscheinende Logik des Geldes und den Kosten-Nutzen-Rechnungen und „Sach"zwängen der Technokraten.

Die Durchsetzung der Bioethik als eine Facette kapitalistischer Modernisierung, bei dem verschärften direkten Zugriff auf die Ware Mensch, mit der Perspektive zunehmender Ökonomisierung medizinischer und sozialer Bereiche.

Gemeinsam handeln...

Uns ist bewußt hier vieles nur angerissen zu haben, gerade was den Zusammenhang von Bioethik und gesellschaftlicher Entwicklung betrifft. Wir hoffen mit unserem Beitrag zur Diskussion anregen zu können, und schließen uns daher dem Aufruf der Randschau an.

Einer Diskussion, bei der es möglich sein sollte, daß auch unterschiedliche Positionen nebeneinander stehen können, denn nur durch einen vielfältigen und gemeinsamen Widerstand werden wir einer „Bio-Ethik" etwas entgegenzusetzen haben.

Wir treten dabei für eine Auseinandersetzung ein, die sich nicht im Protest erschöpft, sondern auch Entwürfe solidarischen Lebens beinhaltet.

DIE FERIENBELEGSCHAFT DES ARBEITSKREISES GEGEN SELEKTIONSTHEORIEN UND VERWERTUNGSNORMEN
zu erreichen beim
AStA der Uni Bremen, Postfach 330440, 28334 Bremen



Grüne in Schleswig-Holstein und Präimplantationsdiagnostik

Im Magazinteil der *randschau*-Ausgabe 1/96 hatten wir über Befürchtungen der Landesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein berichtet, daß eugenisches Denken jetzt auch in dieser Partei hoffähig wird. Grund hierfür waren Äußerungen von Adelheid Winking-Nikolay, welche sie jedoch nachträglich bestritt.

Nachfolgend drucken wir einen Beitrag von Dagmar Sell ab, in dem sie sich näher mit der Meinung(sbildung) der Bündnisgrünen im nördlichsten Bundesland zu diesem Thema beschäftigt.

Die Äußerung einer Landesvorständlerin der Grünen, Adelheid Winking-Nikolay, die ihr „Verständnis" für die Inanspruchnahme von Präimplantationsdiagnostik aussprach, hat nicht nur zu einem Streit geführt, sondern mich als Sprecherin der LAG Behindertenpolitik zu viel weiteren Einblicken geführt. Die o. g. Landesvorständlerin ist nunmehr nicht mehr im Vorstand, dafür nun aber Landtagsabgeordnete. Ich bin nicht nur „erstaunt", wie wenig reflektiert man inzwischen (?) sein darf, um die Karriereleiter hochzusteigen; daß man/frau in der Partei ein Engagement gegen die A 20 *(Ostsee-Autobahn, d. Red.)* aufrechnet gegen behindertenpolitische Belange, ist auch aussagekräftig... Da hilft es auch nicht, mit vorgeführtem reinem Gewissen zu belegen, daß man sich ja im Programm auf eine Ablehnung von Präimplantationsdiagnostik geeinigt hat. Wie auch sonst vor der Wahl?! Die behindertenpolitische LAG hätte auf jeden Fall noch was in petto gehabt, um das grüne Klientel aufzuklären.

Aber ich glaube nicht daran, daß allein ein Informationsdefizit zum Mißverständnis, so man/frau es denn mithin definiert hat, führt. Ich bin nicht ohne Fehler, aber ich frage mich, wie groß die Schere zwischen programmatischem Anspruch und eigenem Handeln sein darf, um glaubwürdig zu bleiben.

Ich sehe eher, auch durch weitere Vorfälle und zwischenzeitliche Aussagen in der Partei, daß dies nicht allein von fehlender Information abzuleiten ist, als vielmehr von ausgrenzenden Denksträngen, die auch den Grünen nicht fremd zu sein scheinen. Hatte etwa jemand verlangt, die Grünen hätten die besseren Menschen in ihren Reihen??? Nun wird im August eine Informationsveranstaltung „Schwanger sein - ein Risiko? Wann ist der Mensch ein Mensch?" zu ein wenig mehr Sach- (und Menschen-)Verstand beitragen, aber der seit drei Jahren per Antrag geforderte behindertengerechte Zugang zur Landes(!)geschäftsstelle ist dafür immer noch eine Utopie. Soll ich da wirklich noch einmal an einem Landtags- oder sonst-was-für-einem Programm arbeiten, ohne daß es mir peinlich ist?

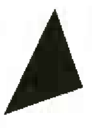
Daß der Parteitag der o. g. Frau das Vertrauen aussprach, obwohl sie noch einmal ihre Position verbal darbot, mag angesichts der damals kurz bevorstehenden Wahl nicht verwundern. Auch wenn der Büroleiter des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen meinte, „Wie kann sich diese Frau und damit die Partei öffentlich so diskreditieren?" wird das im Alltagsgeschäft wenig ändern. Ich frage mich, wie es weitergeht. Hoffen einige, denen „Wichtigeres" im Nacken sitzt, daß uns die Lust und Luft ausgeht?

Ich staune nur, daß angesichts der Lage in Deutschland die Grünen in Schleswig-Holstein nicht ihre Sozialpolitik mehr pushen. Und zur Sozialpolitik gehört mehr als nur die Beschäftigungslage. Die sog. grünen Themenfelder Umweltschutz, Energie, usw. sollten wir doch inzwischen drauf haben. Und im Bereich Landwirtschaft müssen wir aufpassen, daß wir nicht verschlafen, was auf der gentechnischen Schiene abgeht. Ich denke dabei auch an die Gentechnik in bezug auf Menschen. So z. B. das Transplantationsgesetz: Da wird festgelegt, was gesellschaftspolitisch morgen umgesetzte Utopie sein soll bzw. sein wird! Der 08/15-Mensch, abgecheckt und zurechtgestutzt für eine bestmögliche VerWERTung.

DAGMAR SELL

Sprecherin der LAG Behindertenpolitik von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein

DAS hinken



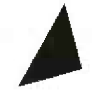
„Oh, DAS hab' ich GAR NICHT gemerkt."

DAS sieht man GAR NICHT - auf den ersten Blick"

„DAS fällt GAR NICHT auf wenn Du so gehst"

das ist für mich kein Kompliment - GAR NICHT

Jutta





Wer ist hier behindert?

Ihr werdet sprachlos in der Begegnung mit einer,
die anders ist als ihr
Ihr könnt nicht hören wenn Bedürfnisse geäußert
werden, die verschieden zu Euren sind
Ihr verharrt in Eurer Bewegungslosigkeit, die ja
nur emotional ist
verkrampft besteht ihr auf Pseudoharmonie

Eure Schwernormalität behindert Euch

Jutta





Telearbeit - ein neues Arbeitsfeld für Behinderte?

Computer-/Bildschirmarbeit nimmt einen immer größeren Raum auf dem Arbeitsmarkt ein, stetig wächst die Zahl derer, die den Rechner als Handwerkszeug gebrauchen - freiwillig oder gezwungenermaßen. Der nachfolgende Beitrag wurde uns als Pressemitteilung zugänglich gemacht. Wir drucken ihn ab, obwohl im Tenor Telearbeit durchweg positiv bewertet wird und die Nachteile der Technisierung der Arbeit kaum berücksichtigt werden. Vielleicht stellt dieser Beitrag ja einen Einstieg in eine Diskussion darüber dar, welche Bedeutung der Computerboom für behinderte Menschen und deren Arbeitssition hat und haben wird.



Telearbeit? Was ist das denn eigentlich?

Unter Telearbeit werden Tätigkeiten, meist Dienstleistungen, gefaßt, die durch Informations- und Kommunikationstechnik unterstützt werden und räumlich entfernt vom Standort des Arbeit- oder Auftraggebers durchgeführt werden. Der Austausch der Arbeitsaufträge und/oder die Übermittlung der Arbeitsergebnisse erfolgt über Telekommunikationsnetze (ISDN, eMail, Netzwerke usw.).

Telearbeit konkret:

Um die Arbeit zu veranschaulichen, hier zwei praktische Beispiele von Telearbeit:

- Kunde X aus Düsseldorf erteilt uns oder einem unserer Satellitenbüros per eMail oder über das bestehende PC-Netzwerk den Auftrag, Telefonmarketing für ein bestimmtes Produkt durchzuführen. Detailinformationen für die Auftragsbearbeitung oder Rückfragen unsererseits werden mittels Telekommunikationsnetz oder telefonisch geklärt. Nun führen wir die eigentliche Arbeit durch. Schließlich werden die Arbeitsergebnisse dem Kunden (wiederum per eMail oder über das PC-Netzwerk) übermittelt.

- Kundin Y aus Braunschweig ist selbständige Unternehmerin. Sie ist häufig geschäftlich unterwegs. Aus Kostengründen kann sie sich ein Sekretariat nicht leisten. Um trotzdem für die Kundschaft erreichbar zu sein, nutzt sie unseren Telefonservice. Hierzu werden Gespräche, die in ihrem Unternehmen ankommen, per ISDN zu unserer Abteilung Büroservice weitergeleitet. Sobald dort das Telefon klingelt, sehen wir auf dem Display, daß jemand für Kundin Y anruft. Ist dies der Fall, melden wir uns mit dem Firmennamen von Frau Y und kümmern uns um die vereinbarten Belange und leiten alles Dringende direkt an die Firma weiter.

Das Telehaus Wetter ist ein Dienstleistungszentrum in der Trägerschaft des Vereins Frauenarbeit, Bildung und Regionalentwicklung (VeFAR) e.V., in dem seit Januar 1994 Telearbeit praktiziert wird. Die modernen Mittel der Datenfernübertragung ermöglichen, daß die Arbeit zu den Menschen gebracht wird, statt die Menschen zur Arbeit zu bringen. Mittels dieser und ähnlicher Technologien ist es gelungen, wohnortnahe Arbeitsplätze im Landkreis Marburg-Biedenkopf zu schaffen. Darüber hinaus trägt die Etablierung unternehmensbezogener Dienstleistungen zur Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen bei.

Arbeitsschwerpunkte im Telehaus sind Bürokommunikation, Marketingdienstleistungen, Mailingaktionen, Datenbankaufbau, -recherche und -verwaltung, Grafik-Design, Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildung, PC-Vermietung und Übersetzungsservice. Der Kundenkreis erstreckt sich über ganz Deutschland. Selbstverständlich können auch Unternehmen, die nicht über die neuen Technologien verfügen, ihre Aufträge durch uns erledigen lassen.

Aufgrund der hohen Wachstumsrate im Dienstleistungsbereich ist es dem Verein VeFAR e.V. gelungen, zwei weitere Satellitenbüros in Marburg einzurichten. Diese sind mittels Telekommunikationsverbindungen mit der Zentrale in Wetter verbunden.

Durch die Initiative von Gabriele Fladung, Vorsitzende des von VeFAR e.V. und Frauenbeauftragte des Landkreises Marburg-Biedenkopf, rief genannter Verein Ende 1995 das Projekt TELEOFFICE ins Leben. Als Frauenbeauftragte waren Frau Fladung die Schwierigkeiten bei der beruflichen Integration Behinderter hinreichend bekannt.

TELEOFFICE ist ein auf 2 Jahre angelegtes Qualifizierungsprojekt zur Integration von behinderten Frauen in die Arbeitswelt. Projektteilnehmerinnen sind 5 behinderte Frauen (3 Sehgeschädigte und 2 Körperbehinderte). Bei 3 Teilnehmerinnen handelt es sich um Berufsanfängerinnen, 2 sind sogenannte Wiedereinsteigerinnen. Die Altersspanne der Teilnehmerinnen erstreckt sich von 23 - 58 Jahren.

Die Projektteilnehmerinnen hatten vor Beginn des Projektes bereits eine Ausbildung im kaufmännisch/verwaltenden Bereich bzw. ein juristisches oder wirtschaftsorientiertes Fach- oder Hochschulstudium abgeschlossen. Das Projekt TELEOFFICE arbeitet eng mit dem Telehaus Wetter und den angeschlossenen Satellitenbüros zusammen. Ziel des Projektes

ist, die Vorbereitung von Behinderten auf Arbeitsfelder im Bereich unternehmensorientierter Dienstleistungen. Die TELEOFFICE-Mitarbeiterinnen werden im Hinblick auf die Nutzung modernster Informations- und Kommunikationstechnologien und im Bereich Büro- und Marketingservice qualifiziert. Unter Bedingungen, die mit denen in privatwirtschaftlichen Unternehmen vergleichbar sind, erhalten die Projektteilnehmerinnen die fachliche und soziale Kompetenz, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu bestehen.

TELEOFFICE wird von der Europäischen Union, dem Land Hessen und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf gefördert. Für die Laufzeit von TELEOFFICE bin ich dessen Leiterin. Ich bin Sozialarbeiterin sowie ausgebildete Peercounselorin und bei VeFAR e.V. in einem unbefristeten Arbeitsverhältnisangestellt. Peercounseling ist eine professionelle sozialpsychologische Beratung mit therapieübergreifenden Ansätzen. Diese Methode spielt eine wichtige Rolle für meinen internen Aufgabenbereich im Projekt TELEOFFICE (Personalführung). Wie der Begriff „Peer" bereits ausdrückt, ist Peer Counseling die Beratung von gleichartigen Menschen untereinander, hier also von Behinderten. Aufgrund der eigenen Betroffenheit kennen die BeraterInnen Probleme, die in Zusammenhang mit einer Behinderung entstehen, oft aus persönlicher Erfahrung. Sie können sich daher gut in die Situation des/der Ratsuchenden hineindenken und -fühlen. Daher können die Grundpfeiler von Beratungsarbeit - Kongruenz (Echtheit der/des Beratenden), - Empathie (einfühlendes Verstehen) und - Akzeptanz auf hohem Niveau im Beratungsprozeß zum Tragen kommen. Voraussetzung ist jedoch, daß sich Beraterin oder Berater eigener Vorstellungen, Ziele und unerfüllter Wünsche bewußt sind. Ist dies nicht der Fall, besteht die Gefahr, daß der Beratungsverlauf mit den Problemen der Beraterin/des Beraters belastet wird und somit negative Auswirkungen für den Erfolg einer Beratung im Sinne der Ratsuchenden entstehen.

Meine Tätigkeit im Projekt TELEOFFICE:

Neben den bereits geschilderten sozialarbeiterischen Aspekten, ist meine Tätigkeit als Projektleiterin sehr vielseitig. Deshalb erfolgt hier beispielhaft die Schilderung für den Bereich Kundenbetreuung. Wenn besagter Kunde X aus Düsseldorf uns einen Auftrag erteilt, entscheiden wir im Leitungsteam, welche Teile des Auftrages von den Fachkräften in einem der Satellitenbüros erledigt werden müssen bzw. welche Teile bereits von den Teilnehmerinnen der Qualifizierungsmaßnahme selbständig bearbeitet werden können. Anhand konkreter Beispiele wird nun, unter meiner Anleitung, mit den Teilnehmerinnen ein Zeitplan für den jeweiligen Auftragerstellt und eventuelle Fachfragen mit mir oder dem zuständigen Satellitenbüro erörtert. Während einer Auftragsbearbeitung finden regelmäßig Zwischenkontrollen meinerseits statt, die im Zeitplan festgelegt sind. Ebenso führe ich begleitende



Gespräche mit den Teilnehmerinnen durch. Thema dieser Gespräche ist häufig der Umgang mit Grenzen, die bei der Arbeit aufgrund der jeweiligen Behinderung auftreten, verbunden mitder Akzeptanz der eigenen Behinderung. Fast genauso oft problematisieren wir den erheblichen Leistungsdruck und die Angst, sich bei jeder neuen Aufgabe neu beweisen zu müssen.

Erste Erfolge konnten bereits erzielt werden: EinerTeilnehmerin gelang es nach 3 Monaten, auf dem regulärenArbeitsmarkt eine unbefristete Stelle zu finden. Der freieArbeitsplatz in unserem Projekt wurde nach kurzer Zeit mit einer neuen Teilnehmerin besetzt.

Zum Schluß komme ich noch einmal auf die eingangs gestellte Frage zurück: Telearbeit - ein neues Arbeitsfeld für Behinderte? Sofern Telearbeit in rechtlich abgesicherten Arbeitsverhältnissen praktiziert wird, ist diese Frage eindeutig zu bejahen. Eine wesentliche Einschränkung bei der Erledigung der Arbeit stellt für Behinderte ihre mangelndeFlexibilität und/oder Mobilität (aufgrund der Behinderung) dar.

Bei Telearbeit entfällt diese Einschränkung. Gerade fürBehinderte ist es oft von großer Bedeutung, wenn sie alle anfallenden Arbeiten von ein und demselben Platz aus erledigen können. Schwierigkeiten ergeben sich allerdings häufig für sehgeschädigte Menschen. Insbesondere Braillezeilen und Sprachausgaben (Hilfsmittel zum Auslesen des Bildschirminhaltes für Blinde) sind aus hard- und softwaretechnischen Gründen nicht in der Lage, graphische Programme in vollem Umfang nutzbar zu machen. Die Anwendung von Programmen mit graphisch orientierter Benutzeroberfläche entfällt in der Telearbeitjedoch keineswegs: eher im Gegenteil. Schon allein deshalb ist Telearbeit für eine blinde bzw. stark sehbehinderte Person ohne Arbeitsplatzassistenz nicht möglich. Mit kleinen, aber dennoch wichtigen Hilfestellungen, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, ist auch für eine blinde bzw. starksehbehinderte Person Telearbeit ein Einsatzgebiet mit Zukunftsperspektiven.

RITA SCHROLL, WETTER

Nähere Informationen erhalten Sie bei:
Telehaus Wetter, Rita Schroll, Alter Graben 2, 35083 Wetter,
Tel.: 0049/6423/928513, Fax: 0049/6423/928555,
eMail: TELEHAUS.WETTER@T-ONLINE.DE

Spielen ist möglich.

Zur Frühförderung von Kindern aus MigrantInnenenfamilien

Als Nachtrag zum letzten Schwerpunkt stellt Stefan Körner seine Arbeit in der Frühförderstelle der Lebenshilfe in Frankfurt am Main dar. Der Autor sucht nach Wegen, in einer Gesellschaft, die zunehmend von rassistischen Denkmustern geprägt ist, Verständigung zu ermöglichen und der doppelten Stigmatisierung als „fremd" und „behindert" entgegenzuwirken *(d. Red.)*.

Beim 8.Symposium Frühförderung in Berlin vom März 1995 hatte die Frühförder- und Beratungsstelle für entwicklungsverzögerte und behinderte Kinder der Lebenshilfe in Frankfurt die Gelegenheit genutzt, ihre Erfahrungen über die Frühförderung 'ausländischer' Kinder mit Behinderung vorzustellen. Es dürfte nicht überraschen, daß dabei die politischen Entscheidungen in Deutschland und gesellschaftliche Einstellungen eine große Rolle spielen. Deshalb werde ich darauf zuerst eingehen. Anschließend werde ich die Arbeit unserer Frühförderstelle kurz skizzieren. Anhand der Förderung eines eritreischen Mädchens möchte ich einige Hinweise zur gemeinsamen Suche nach Gestaltungsmöglichkeiten in 'ausländischen' Familien geben. Damit möchte ich meine These stützen, Frühförderung als wechselseitigen Prozeß gegenseitiger Anerkennung aufzufassen. Spielen wird dann möglich.

Der Alltag in Deutschland wird seit Jahren zunehmend von nationalem Denken, diffuser Angst vor Einwanderern sowie Fremdenfeindlichkeit geprägt.



Ein historischer Blick auf (Völker-)Wanderungsbewegungen über die letzten zweihundert Jahre verdeutlicht die Vielfalt der Grenzerfahrungen von „Deutschen im Ausland und `Fremden' in Deutschland." Doch zu allen Zeiten und in allen Kulturen gab es Begegnungen mit Fremdem. Dazu einige hinweisende Stichwörter: Im letzten Jahrhundert deutsche Aussiedler nach Rumänien, Jugoslawien, Rußland etc. sowie den europäischen Auswanderungsstrom in die `Neue Welt'. In der deutschen Kriegswirtschaft zwischen 1939-45 den `Ausländereinsatz', im Anschluß an den 2.Weltkrieg Flucht und Vertreibung sowie seit den 50-/60-iger Jahren `Gastarbeiter'.

Deutschland ist Einwanderungsland, doch soll es nicht sein

Betroffene und Fachleute forderten schon seit Ende der 70-iger Jahre, da Probleme abzusehen waren, von der Politik Regelungen über den längerfristigen Aufenthalt, z.B. der 'Gastarbeiterfamilien'. Die deutsche Wirtschaft bemühte sich schon immer und immernoch um ausländische ArbeitnehmerInnen. Doch statt Einwanderungsgesetzen wurden Ausländergesetze formuliert. Deutschland soll kein Einwanderungsland sein. Von einigen politischen Seiten wird befürchtet, daß allein durch die Wahl des Begriffes 'Einwanderung' Anreize dafür geschaffen werden könnten.

Es bleibt festzuhalten, daß in Deutschland und Europa umfassende politische Strategien fehlen, die die Einwanderung, Integration und den Minderheitenschutz aller Zuwanderungsgruppen (AusländerInnen, AsybewerberInnen bzw. Flüchtlinge und AussiedlerInnen) auf allen politischen Ebenen aufeinander abgestimmt regeln.

Ende der 80-iger Jahre kam es bedingt durch die politischen Veränderungen zu einem Massen-Zustrom an DDR-'Flüchtlingen', Aussiedlern und starkem Andrang asylsuchender Flüchtlinge aus Europa und der 'Dritten Welt'. Bei der wahltaktischen Politisierung der 'Ausländerfrage' seit Anfang der 80-iger Jahre und der hitzigen sog. 'Asyl-Debatte' 1990/91 wurden massive Befürchtungen wachgerufen. Vor allem die alten Ängste, daß die Fremden tatsächlich kommen und Teilhabe fordern könnten am vermeintlichen Glück in Deutschland und folglich nicht genügend für die Einheimischen übrigbleibe. Emotionsgeladene Reizworte wurden eingesetzt, um vor den existenziellen Folgen für die deutsche Bevölkerung durch die anstehende Völkerwanderung zu warnen: „Asylantenflut", „Wirtschaftsflüchtlinge", „Scheinasylanten", „Belastungsgrenzen", „Dammbruch", „Überfremdung." Diese massive Wortwahl wurde sogar innerhalb der Unionsparteien und von kirchlicher Seite deutlich kritisiert.

Zur politischen Strategie wurde die 'Verhinderung materieller Anreize' für 'Wirtschaftflüchtlinge', indem die Lebensbedingungen verschlechtert wurden. Beispielweise durch Arbeitsverbot für ein Jahr, Verweigerung von Integrationshilfen und Bildungsmöglichkeiten, Sozialhilfe in Form von Sachleistungen, Vorenthaltung von Kindergeld, Regelunterbringung in Sammelunterkünften.

Gleichzeitig finanzierte die Bundesregierung ein Projekt, in dem zwei Gruppen unterschieden und stark gegeneinander ausgespielt wurden. Für Aus- und ÜbersiedlerInnen wurden erfreuliche Integrationshilfen unter dem Titel 'Integration durch Arbeit' gefördert, währenddessen sich Asylsuchende und Flüchtlinge die Bezeichnung 'Wirtschafts- oder Scheinasylanten' gefallen lassen mußten. Auf diese Weise wurde von der jahrelangen Stagnation und Konzeptionslosigkeit in der Ausländerpolitik abgelenkt. Über die Lage und Zukunft von Einwanderungsminoritäten, z.B. GastarbeiterInnen, wurde weder beraten noch Gesetze geschaffen, die deren dauerhaftes Bleiben als Bestandteil der deutschen Gesellschaft absichern. Stattdessen wurde in einer beispiellosen Angstkampagne Antragstellern der 'Mißbrauch des Asylrechts' unterstellt. Volle Bürgerrechte, wie es eine 'doppelte Staatsbürgerschaft' vorsieht, erhielten die z.T. seit 30 Jahren hier beheimateten 'Ausländer' nicht. Der Aufenthalt richtet sich nach Kosten-Nutzen-Faktoren je nach Bedarf der Wirtschaft. Soziale Konsequenzen bei längerem Bleiben wurden kaum oder gar nicht bedacht.



Als Wege in die Bundesrepublik mit ggfs. längerem Aufenthaltsrecht, das in jedem Einzelfall überprüft wird, bleiben der Familiennachzug, touristische, Besuchs- und Ausbildungsgründe (Visa auf Zeit) oder eben die geringe Chance des Asylverfahrens. Die Ersetzung des Art.16, Abs.2, Satz 2 GG (Politisch Verfolgte genießen Asylrecht) durch die 1993 neu eingeführte sog. 'Drittstaaten- regelung' im Art.16a GG führte jedoch dazu, daß das Recht auf politisches Asyl de facto fast abgeschafft wurde. Wer die Möglichkeit hatte, solange zu bleiben, kann nach 10 Jahren mit erheblichem behördlichem Aufwand, nach 15 Jahren etwas leichter, die deutsche Stattsbürgerschaft beantragen. Die Stadt Frankfurt bemüht sich die Einbügerungsverfahren zu beschleunigen.

In einem weiteren Punkt wurde die Rechtslage zum Nachteil ausländischer ArbeitnehmerInnen verändert. Sie zahlen durch ihre Arbeit in das deutsche Sozialversicherungssystem ein. Da alle Leistungen aus der 1995 eingeführten Pflegeversicherung nur im Inland gezahlt werden, werden (vor allem ältere) ausländische MigrantInnen, falls sie in ihre Heimat zurück möchten, von einem erheblichen Teil ihrer in Deutschland erwirtschafteten Leistungen ausgeschlossen. Das trifft selbstverständlich auch ausländische Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderung.

Einwanderung ist ein langfristiger Sozial- und Kulturprozeß

Zukunftsweisend müßte in die Wahrnehmung und auch Forschung, neben den - oft interpretationsabhängigen - Sachverhalten und Fakten, psychosoziale Gesichtspunkte einbezogen werden. Die Gefühle, Ängste und Abwehr- wie auch Anpassungsmechanismen der nach Deutschland zugewanderten Menschen müssen in den Blickpunkt rücken. Allerdings bedarf dies einer Politik, die Einwanderung nicht nur als formalen Akt der Einbürgerung, sondern als langfristigen Sozial- und Kulturprozeß versteht. Gerade diese Sicht berücksichtigt auf lange Sicht medizinische und psychosoziale Versorgungsfragen der Eingliederung verschiedener Nationalitäten in Deutschland.

Mein Interesse ist es, nun die Aufmerksamkeit auf immerhin ein Drittel der von unserer Stelle in Frankfurt betreuten ca. 110 Kinder zu lenken, die überwiegend aus der Türkei, Marokko, Eritrea, Italien und weniger aus anderen europäischen Ländern stammen. Dabei will ich hervorheben, in welcher Weise FrühförderInnen den gesellschaftlichen Integrationsprozeß, nicht nur der betreuten Kinder, sondern der gesamten Familien begleiten. Unser allgemein interdisziplinär und familienorientierter Ansatz wird hier zu einer positiv besetzten interkulturellen Arbeit, die kulturelle Vielfalt und gegenseitiges Lernen wünscht.

In dem schon oben geschilderten gesellschaftlichen Kontext finden unsere Begegnungen mit ausländischen Kindern und Eltern statt. Eine Begegnung oder Beziehung ist ja grundsätzlich mit Wagnissen und einem Reiz verbunden, weil sich Nicht-Vertrautes und Unbekanntes trifft.

Sprache, kulturell geprägte Lebensgewohnheiten und Erziehungsvorstellungen sind Unterschiedlichkeiten, die bei den ersten Kontakten ein gegenseitiges Gefühl der Fremdheit vermitteln können. Genauso kann eine plötzliche Gastfreundschaft uns überraschen, vielleicht sogar beschämen.

Diese Art und Weise der Wahrnehmung setzt meine professionelle Einstellung und Haltung voraus,die als „Pendelbewegung zwischen Einfühlung, Identifizierung und Wieder-Abstand-Nehmen, nachdenken, Überlegegungen ins Gespräch bringen" beschrieben werden kann. Das umfaßt zum einen meine Neugierde und Aufgeschlossenheit für `Andersartiges´ und `Fremdes,´ um mich emotional berühren lassen zu können. Zum anderen meine Bereitschaft auch `Fremd-sein lassen zu können,´ wie es ist. Eben anders.

Es macht mir viel Spaß und ich erlebe es als Bereicherung mit Kindern und Erwachsenen anderer Länder Kontakt aufnehmen zu können. Um Vergleiche zwischen den kulturellen Einstellungen annähernd erfassen zu können, eigene ich mir - soweit möglich - Kenntnisse über den ethnischen Hintergrund der Familien an, um ein einzelnes Kind in dessen Familie einzuschätzen.

Wir sehen extrem krankmachende Wohnverhältnisse

Unser aufsuchender Arbeitsansatz, die „mobile Haus-Frühförderung," die Kinder in ihrer vertrauten Umgebung sieht, bringt einerseits mit sich, daß wir oft extrem unzureichende und krankmachende Wohnverhältnisse ausländischer Familien antreffen. Andererseits werden die FrühförderInnen möglicherweise als (straf-) verfolgende, deutsche Institution gesehen, was aufgrund verschiedener Erlebnisse nicht weiter erstaunlich ist. Manchmal ist die Empfehlung, sich an die Frühförderstelle zu wenden, ungenügend erklärt oder sogar bestimmt worden, oder es wurde zumindest in dieser Weise von Eltern aufgefaßt. Je nach Vorerfahrungen mit deutschen Behörden, medizinischem oder pädagogischem professionellem Personal werden wir mitunter mit Vorsicht empfangen. Bei Flüchtlingsfamilien können grausame Erlebnisse der (politischen) Verfolgung und Folter sowohl der Eltern als auch der Kinder erschwerend hinzukommen.

Auch sind ausländischen Müttern und Vätern von Kindern mit Behinderungen, wie häufig deutschen Eltern ebenso, die Behinderungen und die damit ggfs. einhergehenden Krankheiten unzureichend oder gar nicht erklärt worden. Oft wird sich keine Zeit zum Erklären genommen. Die Sprach- und Verstehensbarrieren bestehen verbal, nonverbal (Gesten und Rituale) und inhaltlich (kulturabhängiges Wissen und Einschätzen). Westeurpäisches naturwissenschaftlich-medizinisches Denken - ein Körperteil kann erkrankt sein - steht einem ganzheitlichen Krankheitsbild und Körperbewußtsein - der ganze Körper ist krank - gegenüber. Dies ist meist noch mit - je nach Kulturkreis - religiösem und/oder magischem (dämonischem) Krankheits-Wissen verknüpft.

So kann es im Vorfeld einer Frühförderung schon zu erheblichen Mißverständnissen über eine medizinische Diagnose gekommen sein. Auch, weil viele Behinderungen MigrantInnen aus ihrem Herkunftsland unbekannt sein können. Oder es gibt oft den Hinweis 'unklarer Genese' und eine damit verbundene medizinische Suche nach der Ursache eines Symptoms. Also keine klare Aussage, und das kann in der Regel jede/n Mutter und Vater nachhaltig verunsichern.

Allerdings stellt sich auch uns die Aufgabe, die von uns angewendete „heilpädagogische Prozeßdiagnostik" verständlich zu machen. Mißverständnisse und

Verständigungsgrenzen sind nicht auszuschließen. Eine Vorsicht vor allzuschneller Etikettierung (z.B. geistige Behinderung oder frühkindliche Psychose) unerklärbarer Verhaltensweisen ausländischer Kinder ist sehr ratsam.

Frühförderung ist freiwillig

Diese schablonenhafte Auflistung zeigt schon, wieviel Klärungsbedarf bestehen kann und es daher eher langfristig möglich ist, eine Atmosphäre zu schaffen, die Vertrauen fassen läßt. Denn grundsätzlich ist die Frühförderung eine freiwillige, heilpädagogische Maßnahme für Kinder im Alter von 0-6 Jahren nach Par. 39 und 40 BSHG und findet im Auftrag der Eltern statt. In der Regel wurde bei jedem Kind mit einer Entwicklungsbeeinträchtigung nach einer Untersuchung beim behandelnden Kinderarzt oder im Sozialpädiatrischen Zentrum eine medizinische Diagnose gestellt. Falls erforderlich wurde eine Frühforderung empfohlen.

In den ersten Gesprächen mit den Eltern besprechen wir unseren Eindruck über ihr Kind, die bisherige Vorgeschichte und, falls gewünscht, ihre dadurch neu entstandene familiäre Lage. Beratung ist ein Angebot für die Eltern, Förderung für die Kinder. Das bedeutet, die Gefühle der Mutter und des Vaters sowie deren Kinder mit Behinderung nachzuvollziehen, um langfristig physische und psychische Potentiale unterstützen zu können. Auf die Dauer wächst unser Gespür für die familiären und sozialen Zusammenhänge.

Bei den Kindern orientieren wir uns an Entwicklungsmodellen mit verschiedenen Kriterien (nach Kiphard; Hellbrügge; Haupt und Fröhlich; Piaget, Winnicott und Mahler). Unser ganzheitliches Menschenbild ist auf die individuelle Persönlichkeit des Kindes ausgerichtet. Ein Mädchen oder Junge wird i.S.d. 'heilpädagogischen Prinzips' an ihren/seinen schon entwickelten Fähigkeiten abgeholt. Je nachdem werden Anregungen zum Spiel, zur Orientierung, zum Hantieren, Bewegen und Begreifen gegeben. Insgesamt werden so früh wie möglich anregende Erfahrungsmöglich- keiten angeboten, die ein Kind von Geburt an benötigt.

Aus den vielen möglichen Aspekten einer Förderung möchte ich anschließend drei hervorheben, denen m.E. zur Wahrnehmung kultureller Unterschiede Bedeutung zukommt:

1. Psychoanalytische Sozialarbeit als sinnverstehender Ansatz. Allerdings kann und will ich hier nicht das Pro und Contra psychoanalytischer Pädagogik wiedergeben.

2. Die Sprachverständigung bzw. Kommunikation: Gespräche über die Einschätzung kindlicher Entwicklung und

3. (Heilpädagogisches) Spielen als Lernen, weil Spielen die Lernform der Kinder ist. In meinem Beispiel ist es als Mittel zur 'Sprach'-Verständigung aufzufassen. Außerdem kann Spielen z.B. einen Urlaub, also zeitlich begrenzte Beziehungsunterbrechungen, überbrücken helfen.

Anhand zweier kurzer Ausschnitte aus der dreieinhalbjährigen Frühförderung eines eritreischen Mädchens, das ich hier Tara (Name geändert) nennen möchte, werde ich näher darauf eingehen. Zunächst in Kürze ein paar ergänzende Worte zu unserem Ansatz.

1. Neben der großen Chance, innerhalb der Frühen Hilfen für behinderte Kinder mit anderen Kulturen in Berührung zu kommen, erhöht sich der zeitintensive Anteil an sozialarbeiterischen Aufgaben enorm. Denn wir werden zum gesellschaftlichen Bindeglied, indem wir beim Übersetzen helfen und in die deutschen Behörden begleiten. In meiner Haltung und Vorgehensweise bei Taras Familie übernahm ich zeitweise eine stützende Hilfs-Ich-Funktion. Obwohl ein sprachlicher Austausch mit Mutter und Vater über meine Beobachtungen und Spielen als Förderung Taras kaum möglich war, wuchs langsam ihr Zutrauen in mein Tun. Und zwar trotz Unklarheiten und ohne letztendlich alles verstehen zu können. Die nonverbale Kommunikation war mitentscheidend.

Durch meinen Einsatz über die Jahre steigerte sich ihr Vertrauen sowie vor allem die Initiativen der Mutter, mit mir ins Gespräch zu kommen. Das wirkte sich wiederum stabilisierend auf die Mutter-Kind-Beziehung aus. Da die Familie kein Auto besaß, übernahm ich mit verschiedenen Fahrten z.T. die Aufgabe, sie aus ihrer regionalen Isolation zu holen: Gemeinsamer Termin mit der Sozialarbeiterin, die die Finanzierung einiger Spielsachen unterstützte. Bald darauf Einkaufsfahrt in die Stadt mit Tara und ihrem ältesten Bruder. Mehrere Begleitungen in verschiedenen Schulen, Organisation des Fahrtdienstes sowie schriftliche Stellungnahme für das Wohnungsamt. Das umfaßt ausführliche, vorbereitende Elterngespräche mit notwendigen Erklärungshinweisen und entsprechemdem Aufwand für Übersetzungen.

Sprache und Verständigung beruht auf Gegenseitigkeit

2. Die Sprachbarrieren sind eine wesentliche Schwierigkeit, doch genauso bereichernde Variante. Zum Teil setzen wir Dolmetscher ein, doch zuerst versuchen wir uns selbst zu vermitteln. Denn auf diesem Wege werden auch atmosphärische Informationen gegeben, die sich bei Übersetzungen über Dritte weniger oder anders zeigen.

Nach einer kurzen Vorstellung der Familiengeschichte schildere ich die Anfangsphase, die einige Charakteristika schon aufweist.

Ursprünglich stammt die vor der Flucht vierköpfige Familie aus einem Dorf in der Nähe der Hauptstadt Asmara. Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg zwischen Eritrea und Äthiopien kamen sie 1982 ins Exil nach Deutschland. Erst in ein Sammelaufnahmelager nach Gießen und zwei Jahre später nach Frankfurt, wo sie eine 4-Zimmer-Wohnung zugeteilt bekamen. Hier hatte der Vater Arbeit gefunden. Die Aufenthaltsgenehmigung war abschließend geklärt worden. Mit zwei Kindern, dem ältesten Sohn und der drei Jahre jüngeren Tochter war die Familie vor den Kriegswirren aus Eritrea geflüchtet. Später wurden in Deutschland zwei weitere Kinder, noch ein Sohn und eine Tochter Tara, geboren.

Sie war direkt nach der Geburt vier Monate lang, ca. 160 km entfernt von Frankfurt alleine im Krankenhaus, da sie am Herzen operiert werden mußte und währenddessen bis auf wenige Ausnahmen von der Familie getrennt. Die medizinische Diagnose lautete: Verklumpungen im Kleinhirnstamm (laut Computertomographie); 'geistige Behinderung' unklarer



Genese; deutlicher mentaler, sprachlicher und motorischer Entwicklungsrückstand. Die z.T. extrem aggressiven Züge Taras waren den Eltern unverständlich. Ein medizinischer Zusammenhang zur Herzoperation konnte ausgeschlossen werden. Die kleine, viereinhalbjährige Tara schielte und wurde Jahre später auch an den Augen operiert. Zumindest auch durch die frühe Hospitalisierung und Trennungserfahrungen fehlte ihr der psychische Halt. Sie war 'ungehalten'. Und so zeigte sie sich auch. Die Lage der Familie war verzweifelt und ausgelaugt von einem ständigen Kreislauf. Tara hörte nicht auf sie und machte was sie wollte. Je mehr leistungsbezogenes Üben durch Nachsprechen die Eltern und Geschwister von Tara forderten, desto wütender wurde sie. Sie war damit überfordert. Ihre Stimmungsschwankungen zwischen emotionslos und aufgeregt wutentbrannt waren extrem. Ihre Handlungen meist wortlos und sprunghaft, ohne jeden Bezug. Sie ging einfach weg und ließ andere sitzen. Sie blieb nur, wenn sie bestimmen konnte. Dann war man ihren willkürlichen Aggressionen ausgesetzt. Sie riß unmotiviert alles auseinander, spuckte, trat, warf und schlug um sich, falls jemand etwas von ihr erwartete.

Die ersten Gespräche über Tara mit der Mutter und deren ältestem Sohn waren von gegenseitiger Verunsicherung und Fremdheit geprägt. Auch meine Aufgeschlossenheit hatte Grenzen. Ich mußte mich auf andere Gerüche und eigenwillige Wohnungsgestaltung einstellen. Neben der entgegengebrachten Freundlichkeit gab es auch Skepsis und Verwunderung. Die gemeinsamen Anstrengungen der Mutter und mir, sich sprachlich zu verständigen, scheiterten. Ihr Sohn übersetzte spärlich. Ihre Unterhaltungen in eritreisch schlossen wiederum mich aus. Ob sie den Behördenweg zur Beantragung oder denn Sinn einer Frühförderung sowie meine Entwicklungseinschätzung verstanden hatte, bezweifelte ich. Doch sie waren aufgeschlossen und befürworteten eine Frühförderung.

Ich denke, wenn man die psychosoziale Verfassung der Familie im Exil berücksichtigt sowie die Vorgeschichte der Beziehungen mit Tara, kommt man einen kleinen Schritt weiter.

So unternahm ich den Versuch in Taras wortlosen, sprunghaften Handlungen mit aggressiven Durchbrüchen Zusammenhänge und eine Verbindung zu ihr zu suchen. Ihre Weiterentwicklung war eng mit der Bedeutung und Wertschätzung verbunden, die ich für die Eltern und auch älteren Geschwister als Ansprechpartner bekam. Einschränkend muß ich für den anstrengenden Familienalltag hinzufügen: Tara wird bei ihrer bestimmenden Haltung bleiben und dies ermüdend oft. Sie vertraut primär sich selbst. Alle Vorschläge anderer 'muß' sie zurückweisen. Das blieb ihre Art und Weise, Beziehungen zu knüpfen und zu spielen.

Spielen ist international

3. Allgemein stoßen wir oft auf staunende Eltern und Angehörige, weil sie das Interesse an kleinen Kindern und deren Förderung überrascht. Aus ihrer Heimat kennen sie gezieltes Lernen (Bildung/Pädagogik) für Kinder ab dem Schulalter.

Spielen als Lernform der Kinder ist weisestgehend unbekannt. Ebenso, daß die frühen Beziehungserfahrungen mit Mutter, Vater und Familie, die Voraussetzungen für Lernen sind. Je nach Kulturkreis wachsen kleine Kinder mehr im sicheren Familien- oder Gruppenverband sowie in der freien Natur auf. Sie lernen in der Natur. Pädagogische Kleinkinder-Spielsachen kennen ausländische Eltern seltener und wissen aufgrunddessen wenig damit anzufangen. Manchmal leben sie schon länger hier und haben selbst oder mit älteren Kindern Erfahrungen sammeln können. Durch unsere westeuropäischen Vorstellung von Kindererziehung, Entwicklungsdiagnostik und Lernen durch Spielen prallen zwei Welten aufeinander.

Weil Tara ihre Spielsachen nur zerstörte, ist es nicht erstaunlich, daß diese wahl- und zusammenhanglos in Kisten oder Tüten verpackt waren. Doch einige verwendete sie doch. Schon zu Beginn, im Alter von 4,5 Jahren, hatte sie mich mit einer spontanen, emotionslos ausgeführten Handlungsweise, die sie ständig abrupt abbrach, berührt: Sie packte immer wieder ihren Kinderwagen und legte ihre Baby-Doll-Puppe, die aus der Krankenhauszeit stammte, dazu. Auch entwickelten wir bald eine phantasievolle Zeichensprache, deren Wert im Kontakt-stiften lag. Mit ca. 6 Jahren entdeckte sie Sprache als Kommunikationsweg. Sie setzte eritreische und deutsche Silben ein, sprach wenige Einwortsätze und hielt (unverständliche) Selbstgespräche sowie Monolog-Vorträge. Das war u.a. möglich geworden, weil ich einige Worte eritreisch lernte und immer wieder Mutter und Geschwister fragte.

In mühevoller Zuwendung war ich über die Jahre Taras Bedürfnis, alle Fäden in der Hand zu halten, nachgekommen. Viel später erhielt ich die Gelegenheit meine Empörung, von ihr ständig ignoriert und verlassen zu werden, auszudrücken. Eines Tages ergab sich für einige Wochen folgende Spielpassage. Zum ersten Mal spielten wir fast eine halbe Stunde am Stück. In den einzelnen Abschnitten wurde ein voraussehbarer Ablauf für mich sichtbar. Aus Duplosteinen baute sie ein Auto und wir spielten verreisen: Tüten und Taschen packen, sich anziehen. Auf mein Nachfragen teilte sie mir in Bruchstücken mit, daß es um die Fahrt und den Flug nach Eritrea ging. Sie fuhr in Eritrea Auto. Jetzt sah ich in der Wohnung zwei gepackte Koffer stehen und erfahre von der älteren Schwester, daß sie bald mit ihrer Mutter nach Eritrea zur Oma mütterlicherseits fahren werden. Tara hatte mir also szenisch im Spielen gezeigt, was sie gehört und mitbekommen hatte, ohne daß ich es vorher wußte.



Ihr Vorschlag, das Rollenspiel 'Verreisen' überbrückte anschließend die vier Wochen, die Mutter mit Tochter weg waren. Tara war spielend mit dem Auto in Eritrea, während ich in Deutschland sein sollte. Sie hatte ein Autotelefon und wir telefonierten über Land, Leute und Wetter. D.h. wir waren im Spielen ohne Wort für Wort sprechen zu können. Allerdings: Es blieb dabei. Nur kurz. Bald ging sie wieder weg und unterbrach das Spiel. In einem längeren Gespräch mit den Eltern informierte ich sie über diese Leistung ihrer Tochter. Sie freuten sich darüber. Doch ihre Freude wird durch den gestreßten Alltag mit Tara eingeschränkt.

Dennoch. Ich wollte zeigen, daß differenzierte kognitive Fähigkeiten ein Lernerfolg des Spielens sind. Und Kinder spielen in allen Ländern und Kulturen.

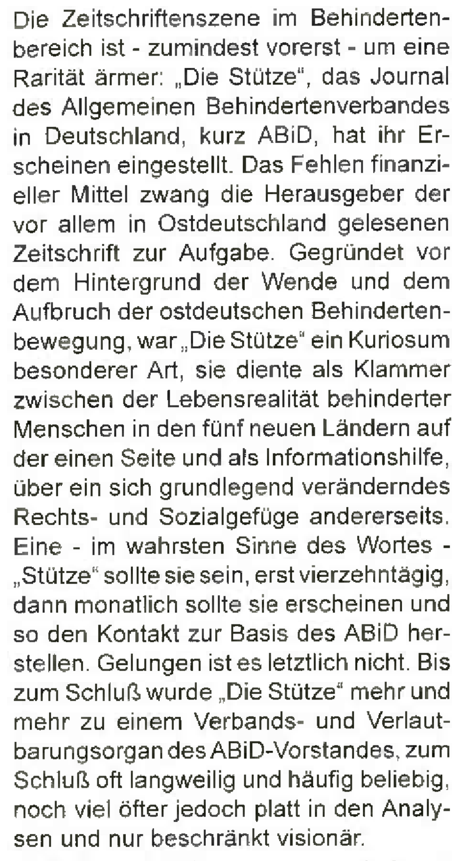
Noch ein abschließender Hinweis: Auch diese Familie mußte über die Jahre viele ernsthafte Erkrankungen durchstehen, die in Zusammenhang mit dem Heimweh sowie den Entwicklungen im Heimatland verstanden werden können. Überlegungen an die Rückkehr bestehen ständig und werden durch tagespoltische Ereignisse oder Entscheidungen über die Zukunft der Kinder mobilisiert. Zeitlich begrenzte Krisen wiederholen sich häufig. Tara lag eines Tages wegen Tuberkuloseverdacht in Quarantäne, wenige Wochen später ihr Vater wegen einer Hirnhautentzündung drei Monate im Krankenhaus. Darüber wurde die Mutter depressiv. Doch wegen der Kinder, insbesondere Tara, und der unsicheren politischen Lage in Eritrea blieben alle in Deutschland.

Deshalb will ich nochmal darauf hinweisen, daß es ein langer Weg ist, bis das Zusammenleben einer ausländischen Familie mit einem behinderten Kind in Deutschland gestaltet werden kann.

STEFAN KÖRNER, FRANKFURT/M.

„Die Stütze" in Agonie

Das Journal des ABiD stellte sein Erscheinen ein



Die Zeitschriftenszene im Behindertenbereich ist - zumindest vorerst - um eine Rarität ärmer: „Die Stütze", das Journal des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland, kurz ABiD, hat ihr Erscheinen eingestellt. Das Fehlen finanzieller Mittel zwang die Herausgeber der vor allem in Ostdeutschland gelesenen Zeitschrift zur Aufgabe. Gegründet vor dem Hintergrund der Wende und dem Aufbruch der ostdeutschen Behindertenbewegung, war „Die Stütze" ein Kuriosum besonderer Art, sie diente als Klammer zwischen der Lebensrealität behinderter Menschen in den fünf neuen Ländern auf der einen Seite und als Informationshilfe, über ein sich grundlegend veränderndes Rechts- und Sozialgefüge andererseits.

Eine - im wahrsten Sinne des Wortes - „Stütze" sollte sie sein, erst vierzehntägig, dann monatlich sollte sie erscheinen und so den Kontakt zur Basis des ABiD herstellen. Gelungen ist es letztlich nicht. Bis zum Schluß wurde „Die Stütze" mehr und mehr zu einem Verbands- und Verlautbarungsorgan des ABiD-Vorstandes, zum Schluß oft langweilig und häufig beliebig, noch viel öfter jedoch platt in den Analysen und nur beschränkt visionär.

Daß dies nicht immer so war, belegen gerade die ersten Hefte, die den Aufbruchwillen plastisch belegten. Die junge „Stütze" war *das* Aushängeschild des neuen - ostdeutschen - Verbandes, sie erschien als einzige Behindertenzeitschrift (vielleicht sogar weltweit) vierzehntägig und dokumentierte die tatsächliche Lebensrealität und das Gefühl einer neuen Zeit in einer in Auflösung begriffenen DDR.

Die Annäherung an die westdeutsche Szene und der Versuch, in den Wendezeiten ein eigenes politisches Profil zu entwickeln, legten die Hoffnung nahe, hier sei ein Verband - und somit eine Zeitschrift - im Entstehen, die künftig in der bundesdeutschen Behindertenpolitik ein entscheidendes Wort mitzureden hätten. Von einer Neustrukturierung der gesamten Behindertenpolitik, einer neuen, ernstzunehmenden Kraft war gar die Rede. Diese Hoffnungen, gerade der westdeutschen UnterstützerInnen, die einen Aufbruch in Richtung „independent living" erhofften, erfüllten sich nicht, im Gegenteil: Der ABiD wählte den Weg der Beliebigkeit und setzte auf all das, was in den alten Bundesländern ebenfalls schon existierte, seine Mitgliedsorganisationen beteiligten sich am Aufbau von Werkstätten für Behinderte, übernahmen Anstalten, sahen sich selbst als große Familie, in der behinderte Menschen, ihre Angehörigen und die sog. „Freunde" „gemeinsam" agierten. Blauäugig wurden die Unterschiede der verschiedenen Positionen und Interessen von einem Großteil der Mitglieder übergangen - eine Entwicklung, die in den alten Bundesländern nur allzu bekannt war/ist. Zudem bewies der ABiD ein erschreckendes Manko in Sachen Streitkultur; Unterschiede und Gegensätze in den inhaltlichen Positionen wurden häufig zugekleistert zugunsten eines „wir haben uns doch alle lieb" und der alles zu erschlagen drohenden Platitüde, den Verband „bloß nicht zu gefährden". Geblieben ist eine partielle Zusammenarbeit, die ein Verstehen der jeweils anderen Positionen kaum noch erreicht.

Dieser Schritt in die Beliebigkeit mußte sich auch auf das Verbandsorgan „Stütze" auswirken. 1992 wurde die damalige leitende Redakteurin Andrea Schatz geschaßt. Sie hatte sich zu weit vorgewagt, als sie die IM-Tätigkeit des damaligen ABiD-Präsidenten Ilja Seifert in der Verbandszeitschrift zu thematisieren suchte. Das inkriminierte Heft erschien nie, die KritikerInnen des Präsidenten verließen zum Großteil im Zuge der Auseinandersetzungen den Verband.

Einer der Kritikpunkte an die Adresse von Andrea Schatz war u.a., sie stellte das Blatt zu sehr in den Dienst der bundesdeutschen „independent -living-Bewegung", die der Verband in dieser Weise nicht mittragen könne. Nach der Entlassung der leitenden Redakteurin ist „Die Stütze", deren Redaktion nunmehr aus - zum Großteil nichtbehinderten - ABM-Kräften bestand, auf dem absteigenden finanziellen wie inhaltlichem Ast: Der Versuch, ausreichend Anzeigenkunden zu akquirieren, die ein finanzielles Überleben sichern könnten, schlägt trotz eines überarbeiteten Layouts fehl. Die ABM's laufen aus und hinterlassen eine Lükke, die der ABiD mit einem ehrenamtlich arbeitenden „Freundeskreis" vergeblich zu schließen sucht.

Auch ein redaktionelles Konzept war zum Schluß kaum noch auszumachen, von einer Redaktion gar nicht zu reden. Erstellt wurde sie von einem auf Honorarbasis arbeitenden ABiD-Getreuen.

So begründet sich der Niedergang der „Stütze" nicht allein in den fehlenden Finanzen und der daraus resultierenden fehlenden personellen Kontinuität, „Die Stütze" scheiterte letztlich auch daran, keine Basis mehr zu besitzen, den Rückhalt bei ihren LeserInnen (man munkelt von ca. 400) verspielt zu haben. Dazu beigetragen hat sicherlich auch die mangelnde Offenheit in der Informationspolitik des Trägerkreises, der seine LeserInnenschaft allzu oft im Unklaren darüber ließ, wohin sich das Blatt schlußendlich entwickeln wollte bzw. sollte.

Mit dem Verlust der 'Stütze' verliert der Verband ABiD auch sein letztes Sprachrohr. Daß dies weder ein Grund zur Häme noch zu allzu großer Trauer bietet, läßt sich anhand der letzten Ausgaben der 'Stütze' nachvollziehen. Jedoch ist hier ein weiterer Versuch, einem Teil der Szene Information, Diskussion und Platz zur Selbstdarstellung - letztlich eine Stimme zu geben, gescheitert. Das schmerzt.

Die derzeitige Geschäftsführung des ABiD faßt die Situation lapidar so zusammen: „Die Stütze" befinde sich derzeit in Agonie und man versuche, sie wiederzubeleben.

JÖRG FRETTER, MARBURG/LAHN



Rezension

Philosophische Bedrohungen

Robert Musil hat einmal gesagt, Philosophen sind Gewalttäter, die keine Armeen zur Verfügung haben. Bezogen auf die (neue) deutsche 'Euthanasie'-Debatte der letzten Jahre stimmt es zumindest, daß die Verfechter des legalen Tötens von Kranken und Behinderten sich gern hinter einem philosophischen Schutzschild verstecken. So wie der australische Bioethiker Peter Singer, die Symbolfigur der aktuellen Auseindersetzungen um die aktive Sterbehilfe, seine modernen Thesen zur Tötung von behinderten Säuglingen auch mit Platon und Aristoteles belegen will, so dient häufig der Verweis auf Textstellen philosophischer Herkunft zur Rechtfertigung des bedrohlichen Diskurses. Dabei ist die Vereinnahmung der antiken Philosophie ein Moment, das „noch nach 1945 deutsche Gerichte in bestürzender Weise als Entlastungsargument für NS-Verbrechen an behinderten Menschen zugelassen" (S.9) haben.

Der Publizist Christian Mürner hat sich die Arbeit gemacht, Zitate und Textstellen, in denen die Geringschätzung behinderter Menschen zum Ausdruck kommt, in den ursprünglichen Quellen nachzuschlagen. Angefangen im 6.Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung bei Äsop ('Die Schwachsinnige und ihre Mutter'), über Seneca ('Nicht Zorn, sondern Vernunft ist es, vom Gesunden Untaugliches zu sondern') und Rousseau ('Wer sich mit einem kränklichen und schwächlichen Zögling belastet') bis hin zu Hegel ('Abweichung von dem Normalen') oder Benjamin ('Das bucklichte Männlein') werden Schriften von gut drei Dutzend männlichen Denkern vorgestellt und analysiert. Die Fundstücke werden kommentiert, in den historischen Kontext gesetzt und mit biographischen Positionen verbunden. Mürner selbst verweist darauf, daß die Materialmontage kein Allheilmittel und seine Vorgehensweise polemisch sei. Allerdings vermeidet er einseitige Beurteilungen. Deshalb ist Mürners mit Wissen vollgepacktes Buch nicht einfach von vorne bis hinten zu lesen, denn die Vielfalt der Querverweise auf vorhandene Literatur samt den Deutungen und Einordnungen dieser Hinweise verlangt schon nach wenigen Kapiteln nach einer Pause.

Trotz der Ambivalenz der von Mürner in großer Vielfalt angeführten Interpretationen und obwohl die Betrachtung nur auf einen Aspekt ausgerichtet ist, ergibt sich aus der Sammlung der Ansatz für eine Ideengeschichte der Behindertenfeindlichkeit.

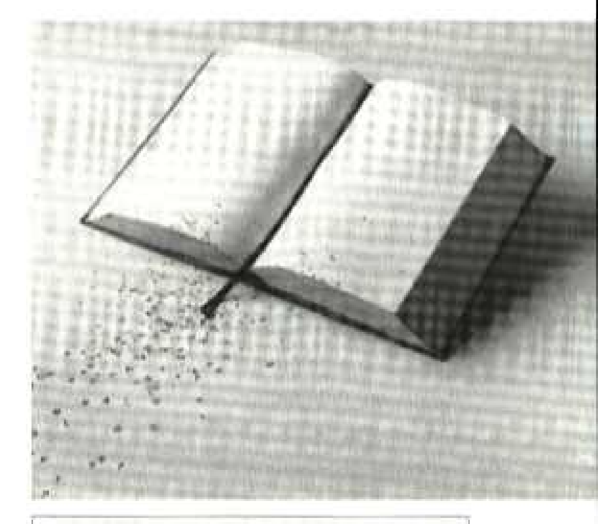
Das Buch ist als Nachschlagewerk zu nutzen. So ist zu erfahren, daß die Rede vom 'gesunden Geist in gesundem Körper' einem Gedicht des römischen Satirikers Juvenal entnommen ist und erst im Laufe der Jahrhunderte mit der bedrohlichen Ideologie beladen wurde. Aber auch Juvenal galt Gesundheit bereits als ein selbstverständliches philosophisches System, das scheinbar ohne Begründung auskommt und für das die Götter anzubeten seien. Körperliche Besonderheiten nutzte er als Mittel für seine sarkastischen Schilderungen, die sich auch gegen Reichtum und Adel richteten: „Einen häßlichen Jüngling kastrierte kein Tyrann in seiner Burg; Nero holte sich nicht einen klumpfüßigen Jugendlichen noch einen, dem Kropf, Bauch oder Buckel schwoll." (S.78) Selbst wenn der Dichter die politischen Zustände und das soziale Leben in Rom kritisieren wollte, die behindertenspezifischen Kennzeichen tauchten bei ihm als „Metaphern der Abschreckung" auf. (S.78)

Aus den literarischen Fragmenten Georg Christoph Lichtenbergs stammt die Zuspitzung: „Die gesundesten und schönsten, regelmäßigst gebauten Leute sind die, die sich alles gefallen lassen. Sobald einer ein Gebrechen hat, so hat er eine eigene Meinung." Dieser Aphorismus könnte ein offensiver Leitspruch der Behindertenbewegung sein, ist es aber zum Glück nicht. Denn Mürner weist darauf hin, daß Lichtenberg gleichzeitig Blindheit in fatale Verbindung mit dem Tod brachte und Vorurteile gegen Franzosen, Holländer und Juden pflegte. Er begeisterte sich für Kuriositäten wie die einer Zwillings-'Mißgeburt' und war im Zeitalter der Aufklärung ein überzeugter Monarchist. Aber Lichtenberg, der einen Buckel hatte, stand andererseits im Zusammenhang mit den Denkern seiner Zeit und deren Ansichten über 'Mißgestalten': Lessing notierte, für ihn sei „ein mißgebildeter Körper und eine schöne Seele ... wie Öl und Essig" (S.208). Und Goethe interpretierte (heute würde man sagen: in schlichter Behinderten-Psychologie):

„Lichtenbergs Wohlgefallen an Karikaturen rührt von seiner unglücklichen körperlichen Konstitution mit her, daß es ihn erfreut, etwas noch unter sich zu erblikken." (S.204)

Der Name des Adolph Freiherr von Knigge ist verbunden mit seinen Benimmbüchern, mit seinem sprichwörtlichen Werk über gute Manieren und den Umgang mit Menschen. Knigge wollte dem aufsteigenden „Bürgertum jene Fähigkeit vermitteln, die ihm einzig noch abgingen und die der Hofadel ihm voraus zu haben schien." (S.229) In seinen Aufzeichnungen für richtiges Benehmen heißt es an einer Stelle mahnend: „Halte Dich über niemandes Gestalt, Wuchs und Bildung auf! Es steht in keines Menschen Gewalt, dieses zu ändern. Nichts ist kränkender, niederschlagender und empörender für den Mann, der unglücklicherweise eine etwas auffallende Gesichtsbildung oder Figur hat, als wenn er bemerkt, daß diese der Gegenstand der Verspottung oder Befremdung wird. (...) Außer einer sonderbaren Figur können uns aber noch andre Dinge an einem Menschen auffallend sein, zum Beispiel: lächerliche, phantastische, abgeschmackte Gebärden, Manieren, Verzerrungen des Körpers ... Es gehört nicht weniger zu einer guten Lebensart, hierüber nicht durch Lachen oder durch Zeichen, die man einem der Anwesenden gibt, sein Befremden zu erkennen zu geben". (S.226). Knigges Rat klingt wohlwollend, er wollte offenbar Kränkungen vermeiden. In der Analyse der Textstelle 'Sei vorsichtig in Gesprächen über andrer Gebrechen!' bemerkt Mürner treffend - und dieses 'gegen-den-Strich-lesen' kennzeichnet sein teures Buch -, daß mit dieser Benimmregel gleichzeitig das Gebot des Verheimlichen und Verstecken aufgestellt sowie die Vermeidung einer Auseinandersetzung propagiert wurde.

UDO SIERCK, HAMBURG



Christian Mürner:

Philosophische Bedrohungen. Kommentare zur Bewertung der Behinderung. Peter Lang Verlag, Frankfurt a.M. u.a. 1996, 383 Seiten, DM 98,-

Rezension

„Ich habe mir diese Behinderung, die ich habe, auch genommen!“

Was bedeutet es für die Lebenswirklichkeit von Frauen, wenn sie als junge Erwachsene durch einen Unfall oder eine Krankheit plötzlich mit einer bleibenden Behinderung konfrontiert werden? Oder anders gefragt: Welche Auswirkungen hat dieser Einbruch für ihre weitere Lebensplanung? Können oder wollen Frauen mit Behinderung dem gängigen bürgerlich-patriarchal geprägten Weiblichkeits-"ideal" entsprechen? Mit welchen individuellen aber auch strukturellen Fragen, Problemen und Gegebenheiten werden diese Frauen konfrontiert?

Heike Ehrig, selbst behindert, untersucht in ihrem Buch *„Verminderte Heiratschancen oder Perspektivengewinn?* die Lebensentwürfe und die Lebenswirklichkeiten körperbehinderter Frauen. Mit Hilfe biographisch-narrativer Interviews analysiert sie bei fünf spätkörperbehinderten Frauen die Auswirkungen dieses Biographiebruches auf das weibliche Rollenmodell.

„Verminderte Heiratsschancen“ als Etikett zeigt hier nur allzu deutlich die Fremdwahrnehmung des gesellschaftlichen Stellenwerts von Frauen mit Behinderung. Als These und Ausdruck gesellschaftlicher Stigmatisierung behinderter Frauen vermag dieser Titel zunächst vielleicht als nicht mehr zeitgemäß klingen, da weibliche Lebensperspektiven heute sicherlich nicht mehr primär nur auf Ehe und Familie ausgerichtet sind. Und dennoch existiert auch heute noch, wie die Autorin belegt, ein gesellschaftlich geprägtes Weiblichkeitsmodell, dessen Wurzeln, wie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die biologisch begründete Reproduktionsarbeit und die damit verbundene Erwartungshaltung an einen weiblich ausgeprägten Altruismus, sich bis heute gehalten haben.

Die Autorin spricht in diesem Zusammenhang vom *„weiblichen Geschlechts- bzw. Sozialcharakter“*, wenn sie im theoretischen Bezugsrahmen ihrer Untersuchung den historischen Prozeß des weiblichen Rollenkonstruktes skizziert und zu der Feststellung kommt, daß das moderne weibliche Rollenkonzept einerseits recht alte Formen patriarchaler Unterdrückung aufweist und andererseits wiederum auch höchste Erwartungshaltungen an den weiblichen Teil der Bevölkerung stellt: Frauen *„... müssen für beide Bereiche, Beruf und Hausarbeit, gewappnet sein und die nötigen Kompetenzen erwerben. Wegen der verbliebenen und nach wie vor als vorrangig begriffenen Orientierung auf Partnerschaft und Familie müssen sie attraktiv und fit sein, dem gängigen Schönheitsideal entsprechen und die emotional-fürsorglichen Qualifikationen herausbilden. Zugleich müssen sie - bei Bedarf als komplementäre Variante - für den Erwerbsarbeitsmarkt zur Verfügung stehen, also beruflich qualifiziert, zusätzlich belastbar, zeitlich flexibel sein, den reglementierten Standards der Berufswelt entsprechen.“* (S. 32) Und ... Frauen **werden** auch heute noch geheiratet, wenn sie dem „Marktwert“ entsprechen.

Heike Ehrig
„Verminderte Heiratschancen“ oder Perspektivengewinn?
Lebensentwürfe und Lebenswirklichkeit körperbehinderter Frauen
Wissenschaftliche Reihe Band 80
Kleine Verlag

Heike Ehrig:
„Verminderte Heiratschancen“ oder Perspektivengewinn? - Lebensentwürfe und Lebenswirklichkeit körperbehinderter Frauen
ISBN 3-89370-227-X, 358 S., DM 40.00
Kleine Verlag, Postfach 101668, 33516 Bielefeld, 1996

Die Autorin verdeutlicht, welche Voraussetzungen und Möglichkeiten Frauen mit Behinderung unter dem Aspekt des *„weiblichen Rollenkorsetts“* haben, um ihre Lebensgestaltung und -planung zu verwirklichen. Sie stellt fest, daß geschlechtsspezifische Festlegungen ebenso für behinderte wie für nichtbehinderte Frauen ihre Gültigkeit haben (vgl. S. 34 ff). Auch wenn die familiale Erziehung behinderter Mädchen an dem herrschenden Frauenideal ausgerichtet ist, greift hier das Etikett „verminderte Heiratsschancen“. Denn auch wenn versucht wird, behinderungsbedingte „Mängel“ oder „Defekte“ auszugleichen oder zu kompensieren, um dem „Ideal“ des gegenwärtigen Frauenbildes näher zu kommen, haben Frauen mit Behinderungen kaum die Möglichkeit, diesem Bild zu entsprechen. Dies wird anhand von Sozialisationserfahrungen behinderter Mädchen, den Benachteiligungen in Ausbildung und Erwerbsleben gegenüber nichtbehinderten Menschen, aber auch gegenüber behinderten Männern und im Umgang mit sog. Schönheitsidealen, Sexualität und Partnerschaft aufgezeigt.

Das Hauptinteresse von Heike Ehrig ist jedoch die Situation spätkörperbehinderter Frauen, d.h. Frauen, die anfänglich nach dem „weiblichen Normalkonzept“ sozialisiert wurden, dementsprechende Lebenspläne hatten und dann durch das Eintreten einer Behinderung die geschlechtsspezifische Diskriminierung als Frau **mit** Behinderung in verstärkter Form erfuhren. Die Autorin spricht hier von der Vereinigung *„zweier sozialer Stigmatisierungsmerkmale“*, d.h. dem Frau-Sein und dem Behindert-Sein-Werden (S. 55).

Sind Veröffentlichungen im Themenspektrum „Frau und Behinderung“ rar, so gibt es über Frauen mit einer später eingetretenen Behinderung so gut wie gar keine Literatur. Die wenige Literatur, die es gibt, sind entweder autobiographische Berichte und Erfahrungsberichte chronisch kranker Frauen oder, wie Heike Ehrig feststellt, Literatur, welche die *„Geschlechtszugehörigkeit als fundamentale soziale Strukturkategorie“* ausschließt (S. 55). Von Interesse sind in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen und individuellen Bewältigungsformen dieses gravierenden Lebenseinschnittes sowie der Perspektivenwechsel in den Lebensverläufen der Frauen. Ebenso aufschlußreich ist die Beantwortung der Frage, ob dieser Bruch in der Biographie bei den betroffenen Frauen die ursprüngliche Geschlechtsrollenzuordnung aufrecht erhält oder nicht und welche Perspektiven von den Frauen entwickelt werden oder ob es gar zu einem Perspektivengewinn kommen kann.

Um auf diese Fragen Antworten zu finden, wählt die Autorin nicht die Form der standardisierten großangelegten Fragebogenaktion, sondern die sehr arbeitsintensive Methode des offenen oder narrativen Interviews auf der Basis der Biographieforschung, wobei der Facettenreichtum, der konzentrierte Blick auf individuelle Lebenswelten und die Vielfalt der sozialen Lebenswirklichkeit im Vordergrund stehen (vgl. S. 67 ff). Die hier gewählte Methode ist auf die Erzählbereitschaft der Interviewpartnerinnen sowie das Erinnern und Reflektieren der eigenen Geschichte angewiesen und schließt daher zum Großteil Frauen mit einer sog. geistigen Behinderung aus. Andererseits hat dieses Arbeitsmittel den Vorteil, daß sie den Frauen Raum gibt, ihre eigenen individuellen Lebensgeschichten in Form und Schwerpunktsetzung selbst darzustellen, so daß sie — und nicht die Forscherin selbst — letztendlich bestimmen, in welche Richtung die Datengewinnung zielt. D. h. die in diesem Fall betroffenen Frauen sind dem Diktat des Forschungsinteresses nicht so ausgeliefert, wie es bei quantitativ angelegten Methoden der Fall ist. Anders gesagt: Die Frauen sind hier Partnerin eines Forschungsvorhabens, in dem sie als Individuen ernst genommen werden und am Forschungsprozeß teilhaben. Heike Ehrig faßt ihren wissenschaftlichen Anspruch wie folgt zusammen: *„Sie sollten nicht Forschungsobjekte für mich sein, vielmehr wollte ich sie respektieren und ernst nehmen - sowohl als Expertinnen zur Fragestellung als auch als unverzichtbare und maßgebliche Beteiligte im Forschungsprozeß. Ich wollte sie nicht als Lieferantinnen des gewünschten empirischen Materials für meine Arbeit funktionalisieren, sondern sie als ebenbürtige und kompetente Partnerin im Interview betrachten."* (S. 72/73)

Die Autorin begegnet ihren Interviewpartnerinnen mit einem feministisch geprägten Forschungsverständnis, welches auf der Tradition von M. Mies, H. Göttner-Abendroth, C. Thürmer-Rohr, B. Duden, U. Gerhard - um nur einige zu nennen - zurückgreift. Bei ihren Betrachtungen geht sie von einer patriarchal **geschlechtshierarchischen Organisation der Gesellschaft** aus, welche sich strukturell auf die Lebensbedingungen und -entwürfe von Frauen auswirkt und im Merkmal Geschlechterdifferenz ihren Ausdruck findet. In ihrer **Wissenschaftskritik** zeigt sie, daß Frauen in der Wissenschaftspraxis entweder ausgeblendet oder verzerrt dargestellt werden.

Dem gängigen HERRschenden Objektivitätsanspruch von Wissenschaft stellt sie die bewußt eingesetzte **Subjektivität** als erkenntnisleitend und als Gewinn einer erhöhten Sensibilität im Forschungsprozeß entgegen. Forschungsarbeit im Interesse von Frauen ist hier eine Form von **Parteilichkeit**, die sich bewußt und offen auf die Seite von Frauen stellt und wissenschaftliche Arbeit als handlungsorientiert, d. h. gesellschaftsverändernd begreift. Parteilichkeit in diesem Sinne können wir auch als Kampfansage gegen eine patriarchal ausgeprägte Wissenschaft und Gesellschaftsordnung verstehen (vgl. S. 61/62).

Sehr offen und transparent stellt die Autorin ihre Forschungsmethode und ihre wissenschaftliche Grundhaltung dar, etwas, das viele Forschungsarbeiten vermissen lassen. Ebenso angenehm wie bedeutsam für weiterführende Arbeiten in diesem Bereich ist die Einstellung, den *„Beforschten"* in angemessener Form gerecht zu werden und ihnen mit Sensibilität, Offenheit und kritischer Selbstreflexion zu begegnen. Vielleicht liegt diese Einstellung darin begründet, daß die Autorin neben ihrem kritischen Wissenschaftsanspruch selbst behindert ist und daher nur zu gut weiß, wie oft Behinderung als Kategorie und „der Behinderte" als Objekt von Forschungsinteressen im wissenschaftlichen Denken und Arbeiten benutzt und mißbraucht wird.

Den überwiegenden Teil des Buches machen die Interviews und deren Schlußfolgerungen bzw. Analyse aus. Gerade die Interviews haben mich tief beeindruckt und aufgewühlt, aber auch hoffnungsvoll bestärkt. So wurde ich beim Lesen immer wieder an meine eigenen Grenzen und an meine Form der Trauerverarbeitung gestoßen. Ebenso wurde aber auch deutlich, wie wichtig z. B. Grenzüberschreitungen sein können und welche Kräfte durch das Behindert-Sein entwickelt werden und zu einem Perspektivenwechsel führen können.

Alle fünf vorgestellten Erzählungen zeigen sehr individuelle und vielschichtige Formen von Bewältigungsstrategien und weitergehende Lebenskonzeptionen auf. In den einzelnen Frauenbiographien begegnen uns ausgetretene Pfade, überraschende Nischen, Strohhalme zum Festhalten und neue Wege, die vielleicht zu einem Ziel führen. So sind beispielsweise Wahlmöglichkeiten, die vor dem Eintreten der Behinderung bestanden, eingeschränkt oder nicht mehr vorhanden. Dies sind unter anderem berufliche Perspektiven, das Annehmen von Hilfen oder auch die Möglichkeit, eigene Kinder zu bekommen, wozu eine Interviewpartnerin anmerkt: *„Und dieses Abschied nehmen von diesem früheren Leben, ... fand Stück für Stück statt und findet **immer noch** Stück für Stück statt. Also, zum Beispiel kann ich auch keine äh **Kinder** mehr kriegen. Das ist eigentlich das **Bedauerlichste**. [...] Also, ich wollte das-, zumindest die Möglichkeit haben, mich zu **entscheiden** und das ist ja jetzt nicht-, ... Also - [...], das ist ja quasi entschieden **worden**! Und ich konnte das nicht **bewußt** entscheiden."* (S. 240) Die Trauerarbeit und der Umgang mit Verlust ist ein wichtiges Thema im „neuen Leben", welches von fast allen der betroffenen Frauen offen angesprochen wird. Ebenso hat ein neues, anderes Nachdenken über das Frau-Sein bei den meisten Interviewpartnerinnen in unterschiedlicher Form und Konsequenz stattgefunden. Als Perspektivengewinn beschreibt es eine andere Interviewpartnerin: *„Ich habe in der Auseinandersetzung mit diesen ganzen Fragen, **Frausein** oder mein, mein **Wert** auch als **Frau trotz Behinderung**, sag' ich mal, (...) schon (...), wie soll ich sagen, meinen Wert etwas **höher** wertschätzen gelernt"* (S. 300). Heike Ehrig stellt in ihren Schlußbetrachtungen hierzu fest, daß *„das eigene Herausfallen aus dem weiblich determinierten Normalkonzept (...) zum Teil nun ein kritisches Hinterfragen des weiblichen Rollenmodells möglich* (macht) *und (...) den Weg für eine davon losgelöste, eigenständige, kritische Selbstwahrnehmung und -findung* (ebnet)." (S. 319)

An dieser Stelle sollte nicht geleugnet werden, daß das Behindert-Sein auch ebenso ein durch äußere Umstände gesetzter Zwang zur Neuorientierung ist. Inwieweit ein Perspektivenwechsel, ausgelöst durch einen äußeren Zwang, auch wirklich zum eigenen Selbstverständnis wird, kann letztendlich sicherlich nur jede Frau für sich selbst beantworten.

Hierzu Heike Ehrig: „Die *Behinderung oder das Behindert-Werden kann nicht nur die Begrenzung des Lebensraums und die Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten bedeuten. Sie kann durch die Akzeptanz und aktive Aneignung des Behindertseins ebenso ein neues, produktives Vermögen an Kreativität freisetzen und zu Verhaltensweisen führen, die eine Loslösung von alten Handlungsmustern bewirken und Wege zu einer selbstbewußten Eigenwahrnehmung und zu erweiterten Lebensvorstellungen eröffnen."* (S. 320)

Die Ergebnisse, die die Autorin mit ihrer Herangehensweise und ihrer Methode gewinnt, haben vielleicht mehr Wahrheitsgehalt, als andere Untersuchungen, die mit hohem Objektivitätsanspruch und langen statistischen Zahlenreihen aufwarten. Ihre Ergebnisse machen deutlich, daß Individuen in einem sozialen gesellschaftlichen Zusammenhang nur allzu schwer in Kategorien, schematische Abläufe und Kästchen zu pressen sind.

Heike Ehrlich leistet mit der vorliegenden Arbeit einen wichtigen Beitrag zum Thema Geschlechterdifferenz sowohl in der Behindertenpädagogik als auch im feministischen Diskurs, in dem das Thema „Frau und Behinderung" bislang noch sehr stiefmütterlich behandelt wird.

MONIKA STRAHL, BREMEN

21.-11.-13. Oktober 96 **Körperarbeit und Tanz für hörbehinderte Frauen**. Infos und Anmeldung: Bundesarbeitsgemeinschaft hörbehinderter StudentInnen und AbsolventInnen, Referat „Frauen", Rykestr. 40, 10405 Berlin, Tel./Fax 030-44 17 621, und Bettina Herrmann, Erdmannstr.1, 227765 Hamburg, Tel./Fax 040- 39 00 413

26. Oktober 96: **Behindertenliteraturwoche** des Archivs zur Behindertenbewegung in Deutschland in Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt. In Dortmund. Das Programm kann angefordert werden bei: Christian Bönschen, Entenpoth 31, 44263 Dortmund

4.-8. November 96 in Edertal-Anraff:: **Geschichten, die die Füße erzählen**. Fußreflexzonenmassage für blinde und sehbehinderte Frauen. Infos und Anmeldung: Frauenbildungshaus Anraff e.V., Königsberger Str. 6, 34549 Edertal-Anraff, Tel. 05621-3218

11.-13. November 96 **„Unbeschreiblich weiblich". Zur Lebenssituation von Frauen mit Behinderung**. In Bad Segeberg. Fachtagung für Frauen mit und ohne Behinderungen und Mitarbeiterinnen in der „Behindertenarbeit". Veranstalterin: Ev. Akademie Nordelbien in Kooperation mit Mixed Pickles, Arbeitskreis für Frauen und Mädchen mit Behinderungen. Ansprechpartnerin: Dr. Angelika Henschel, Tel. 04551-80 09 32

2 Tage im November 96 **Selbstverteidigung für hörbehinderte Frauen.** In Kassel. Infos und Anmeldung: Bundesarbeitsgemeinschaft hörbehinderter StudentInnen und AbsolventInnen, Referat „Frauen", Rykestr. 40, 10405 Berlin, Tel./Fax 030-44 17 621, und Bettina Herrmann, Erdmannstr.1, 227765 Hamburg, Tel./Fax 040- 39 00 413

2.-6. Dezember 96 **„So seh' ich meine Welt..." Leben, Arbeit und Alltag von Frauen mit geistiger Behinderung.** 1. Woche einer Seminarreihe für geistig behinderte Frauen. Infos und Anmeldung: Bundesvereinigung Lebenshilfe, Raiffeisenstr. 18, 35043 Marburg, Tel. 06421-491-0, Fax 06421-491-167

6.-8. Dezember 96 **Selbstbestimmt Leben - Was wir darunter verstehen und wie wir es vertreten.** Austausch und Schulung für behinderte Menschen. Für nähere Infos über die endgültige Durchführung und bei Interesse an der Mitwirkung: Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland e.V., ISL-Büro Kassel, Jordanstr, 5, 34117 Kassel, Tel. 0561/ 72 88 5-46, Fax 0561/ 72 88 5-29

13. Dezember **„Und wie leben eigentlich autistische Menschen?"** Tagesveranstaltung am FB Erziehungswissenschaften der Uni Hannover. Infos und Anmeldung: Behindertenbeauftragter des Landes Niederesachsen, z. Hd. Herrn Jähnert, Postfach 141, 30001 Hannover, Tel. (0511) 120-423/424, Fax (0511) 120-443

22. - 24. November 96 **Krüppeltreffen** in der JH Melsungen. Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen, Kontakt: Jörn Schadendorf, Fibingerstr. 275, 22418 Hamburg, Tel. 040/ 531 12 66

Im November (voraussichtlich) **Selbstverteidigungswochenende für behinderte Männer** in Hamburg. Kontakt: Jörn Stußnat, Minenstraße 5, 20099 Hamburg; Tel. 040/ 24 53 18

Oktober/ November/ Dezember 96 **Die Nürnberger Ärzteprozesse 1946. Ein Blick auf Geschichte und Gegenwart.** Veranstaltungsreihe der VHS Köln, Themenkreis Behinderung. Programm und Infos: VHS Köln, Frau Reinecke, Postfach 10 35 64, 50475 Köln, Tel. 0221/221-2486. Die einzelnen Veranstaltungen:

7. und 8. Oktober 96 **„Weiß ich, was ein Mensch ist?" Von der „Euthanasie" zum Holocaust - KonzertLesung.** Mo, 7.10., 20.00 Uhr, und Di, 8.10., 10.30 Uhr, VHS-Forum am Neumarkt, Josef-Haubich-Hof

10. Oktober **„Forschungsparadies" Auschwitz**. 20.00 Uhr VHS-Forum am Neumarkt, Josef-Haubich-Hof

24. Oktober Film: **„Der Pannwitzblick"** 20.00 Uhr, VHS-Forum am Neumarkt, Josef-Haubich-Hof

20. November **Von Nürnberg zur Bioethik-Konvention: Grundsätze wissenschaftlichen und ärztlichen Handelns.** 20.00 Uhr VHS-Forum am Neumarkt, Josef-Haubich-Hof

8. November **Darf ich leben? Evang. Kirche und Psychiatrie: Ihre Position zu Zwangssterilisation und Euthanasie im 3. Reich.** 18.30 Uhr VHS-Studienhaus am Neumarkt, Josef-Haubich-Hof, R. 312

Oktober 96 bis Frühjahr 97 in Bremen: Veranstaltungsreihe **„Wert und Würde menschlichen Lebens - Sozialabbau und Ökonomisierung in der Gesellschaft".** Infos bei *Selbst*Bestimmt*Leben* e.V., Tel. 0421-70 44 09 oder bei der LAG Hilfe für Behinderte Bremen e.V., Tel. 0421-387 77-14

Terminankündigungen für die randschau 4/96 (Januar, Februar, März, April '97) bitte **bis zum 11. November 96** an die randschau, Ulrike Lux, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561/ 728 85-51, Fax 0561/ 728 85-29 (bitte „an die randschau " vermerken!) **!**



Seminare des bifos - Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter

2.-6. Oktober in Trebel/ Wendland: **Freizeit für behinderte Eltern und ihre Kinder**

11.-13. Oktober in der JH Melsungen: **John Wayne im Rollstuhl oder Das Selbstbild behinderter Männer.** Für alle behinderten Männer, unabhängig, welche Behinderung sie haben, die sich mit ihrer Männerrolle auseinandersetzen wollen.

25./26. Oktober in Kassel: **Leadership-Training**. Für behinderte MitarbeiterInnen aus Organisationen und Selbsthilfegruppen, die führende Positionen innehaben oder anstreben.

2./3. November in Mainz: **Familie und Behinderung**. Für behinderte Menschen, die andere behinderte Betroffene beraten (möchten).

8.-10. November in Melsungen: **Öffentlichkeitsarbeit in der Behindertenpolitik**. Für behinderte MultiplikatorInnen, die ihre politischen Anliegen pressewirksamer in die Öffentlichkeit tragen wollen.

Infos und Anmeldungen bei bifos e.V., Jordanstr. 5, 34117 Kassel, 0561/ 728 85-40, Fax 0561/ 728 85-29, das vollständige Programm kann gegen 2,- DM in Briefmarken dort bestellt werden.

Netzwerke behinderter Frauen

Berlin:
8. November 96 **Netzwerktreffen.** Berlin, Café Blisse, Blissestr. 14, **Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.** c/o Dr. Sigrid Arnade, Liebstöckelweg 14, 13503 Berlin, Tel. 030-431 77 16, Fax 030- 436 44 42

Hamburg:
Hamburger Netzwerk „Mädchen und Frauen mit Behinderung“, Kontakt: Bärbel Mickler, Autonom Leben, Eulenstr. 74, 22763 Hamburg, Tel. 040/39 66 31, Fax 040/ 390 70 78

Hessen:
Hessisches Netzwerk behinderter Frauen, c/o LAG Hessen „Hilfe für Behinderte e.V.“, Frau Prinz, Raiffeisenstr. 15, 35043 Marburg, Tel. 06421/ 42044, Fax 06421/ 51715

Niedersachsen:
Netzwerk behinderter Frauen Niedersachsen, c/o Büro des Behindertenbeauftragten, Rénee Krebs-Rüb, Postfach 141, 30001 Hannover, Tel 0511/ 12 04 53, Fax 0511/ 12 04 43

Nordrhein-Westfalen:
2.November 96: **„Mittendrin“ - Frauen und Mädchen mit Behinderungen im Spannungsfeld zwischen Wunsch und Wirklichkeit in Arbeit, Familie und Politik.** Kongreß des **Netzwerkes von Frauen und Mädchen mit Behinderungen NRW**. In Köln. Infos und Anmeldungen bei den Specherinnen des Netzwerkes: Beate Holstein, Schloßplatz 1, 48149 Münster, Tel. 0251-832282, Fax 0251-519289 oder Gertrud Sevos, Mühlenstr. 62, 42460 Neuss, Tel./Fax 02131-24131. **Netzwerkbüro**: Beelertstiege 5-6, 48143 Münster, Tel. 0251/434 00, Fax 0251/ 51 90 51

regelmäßig:

Bremen: „Die Hexenhände“ Gehörlosen-FrauenLesbengruppe in Bremen, treffen sich an jedem zweiten Sonntag im Monat ab 11 Uhr zum Frühstücken und jeden vierten Freitag ab 20 Uhr in einer Kneipe. Jede, die Gebärden kann oder lernt, ist willkommen. Ort bitte erfragen. Ab Mai verkaufen wir Postkarten mit GL Motiven! Kontakt: Tanja Muster, Fax 0421/872 91 54, Chris, Fax 0421/37 14 90

Hamburg: AG „Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigung“. Jeden vierten Mittwoch im Monat bei Autonom Leben e.V.. Info: Bärbel Mickler, Autonom Leben, Eulenstr. 74, 22763 Hamburg, Tel. 040/39 66 31, Fax 040/ 390 70 78

noch mal Hamburg: Beratung für ausländische behinderte Menschen. Montags von 13.30-15.00 durch Herrn Diyab Gögduman (selbst behindert) bei Autonom Leben e.V. (Adresse siehe oben)

Hamburg: Stammtisch für KrüppeInnen und behinderte und nichtbehinderte MitstreiterInnen. Jeden dritten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr im Palé, Sternstr. 2 (Nähe U-Bahnhof Feldstr.).

Kassel: Offener Stammtisch für Frauen mit Behinderungen. Jeden zweiten Freitag im Monat im Fernando Poo, Friedr. Ebert-Str. 78. Info:Birgit Schopmans, Hess. Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Tel. 0561-72885-22, Claudia Schneider, fab e.V., Tel. 0561-72885-20, beide: Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Termine für das 4. Quartal 96: 11. Oktober, 8. November, 13. Dezember

noch mal **Kassel: Gesprächskreis für behinderte Frauen** (Gruppe). Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat. Info: Claudia Schneider, fab e.V. (Adresse siehe oben)

ABO-SCHNIPSEL





JA Ich will 'die randschau' abonnieren und zwar in ihrer gedruckten, aufgelesenen oder digitalisierten Fassung. Die Abo-Bedingungen sind denkbar einfach: Gezahlt wird für 4 Ausgaben im voraus (Erscheinungsweise vierteljährlich) durch Überweisung auf das Konto von 'krüppeltopia' e.V. bzw. durch Übersendung eines Verrechnungsschecks oder Bargeld. Nach Ablauf der 4 Hefte (bzw. Cassetten bzw. Disketten) gibt es eine Rechnung für die 4 folgenden Exemplare.

Ich will

- das Abo als Heft für 25,00 DM (Ausland 35,00 DM)
- das Cassetten-Abo für 30,00 DM (Heft & Cass. 40,00 DM)
- 'die randschau' auf Diskette (Nur Text/ASCII) 30,00 DM

Ich habe den Betrag von ____________ **DM**

- überwiesen auf das Konto 1009 422 bei der Stadtsparkasse Kassel (BLZ: 520 501 51) - 'krüppeltopia' e.V.
- in Scheinen beigelegt
- als Scheck beigelegt

Übrigens: Spenden auf das Konto 1009422 sind steuerlich absetzbar (ab 100 DM gibt es zum Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung.)

NAME:
VORNAME:
STRASSE:
PLZ:
ORT:
TEL./FAX:

DATUM / UNTERSCHRIFT

Ausschnibbeln, eintüten, frankieren und senden an:
die randschau Jordanstraße 5 34117 Kassel

RESOLUTION ZUR 1. EUROPÄISCHEN KONFERENZ ZUM SELBSTBESTIMMTEN LEBEN BEHINDERTER FRAUEN

15. -18. AUGUST 1996 IN MÜNCHEN

Veranstalterinnen: Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland e.V. und Frauenausschuß von Disabled Peoples International - Region Europa

Wir, über 100 Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen aus 20 europäischen Staaten, kamen in München zusammen und tauschten uns über unsere doppelte Diskrimierung als Frauen und als Behinderte aus.

Wir stellen fest, daß die Lebensbedingungen behinderter Frauen in Nord- und Westeuropa besser sind als in Süd- und Osteuropa, wie insbesondere die Teilnehmerinnen aus acht osteuropäischen Staaten berichteten. Aufgrund ähnlicher diskriminierender Strukturen sind behinderte Frauen aber in ganz Europa massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. unabhängig von Alter, ethnischer Herkuntt,sexueller Orientierung, gesellschaftlicher Schicht und religiöser oder politischer Anschauung:

- Zunehmend wird unser Lebensrecht in Frage gestellt. Wir sind eugenischen Zwangsmaßnahmen wie Zwangssterilisation, -abtreibung und Menschenversuchen ausgesetzt. Sexualität, Partnerschaft und Mutterschaft werden uns abgesprochen.
- Wir sind noch häufiger von sexueller Ausbeutung betroffen als nichtbehinderte Frauen und Mädchen. Trotzdem erfahren die Überlebenden sexueller Gewalt unter uns kaum juristische, soziale oder politische Unterstützung.
- Als Assistenznehmerinnen haben wir in den meisten europäischen Staaten weder ein Recht auf Frauenpflege noch den Anspruch auf ausreichende persönliche Assistenz, die für unsere selbstbestimmte Lebensführung unerläßlich ist.
- Aufgrund unserer doppelten Diskriminierung im Arbeitsleben bilden wir das Schlußlicht auf dem Arbeitsmarkt.

Wir akzeptieren nicht länger, unsichtbare Bürgerinnen zu sein, die sowohl in der Frauen- als auch in der Behindertenpolitik ignoriert werden. Wir bestehen darauf, daß unsere Menschenrechte respektiert und geschützt werden. Wir verlangen, daß unser Recht auf ein selbstbestimmtes Leben anerkannt und umgesetzt wird.

Deshalb fordem wir eine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse behinderter Frauen:

- Lebensrecht für alle; Verbot aller eugenischen Zwangsmaßnahmen; keine Zulassung fremdnütziger Forschung
- Auflösung aller Sondereiniichtungen; gleichzeitig Schaffung von neuen Unterstützungsmöglichkeiten, die behinderten Frauen und Mädchen Zugang zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen
- Zugang zu Beratung und Information über Rechte und Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen
- Recht auf selbstbestimmte Sexualität; Prävention gegen sexuelle Gewalt, unter anderem durch Finanzierung von Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskursen; wirksame juristische Sanktionsmaßnahmen zur Ahndung sexueller Gewalt an behinderten Frauen und Mädchen
- Barrierefreiheit aller Frauenorte, wie Gleichstellungsstellen, Frauenhäuser, Beratungsstellen zur sexuellen Gewalt, Frauenprojekte
- Barrierefreiheit aller öffentlichen Verkehrsmittel und Gebäude, vermehrte Verfügbarkeit barrierefreien Wohnraumes
- Recht auf ausreichende persönliche Assistenz; Recht auf Frauenpflege; Recht auf Assistenz bei der Kinderbetreuung
- Förderung der Berufstätigkeit behinderter Frauen, unter anderem: Recht auf wohnortnahe Ausbildung und Rehabilitation; Recht auf Arbeitsassistenz; gleicher Lohn für gleiche Arbeit; Frauenquotierung bei allen Fördetprogrammen für behinderte Menschen
- Verwendung nicht diskriminierender Sprache wenn mit oder über behinderte Frauen und Mädchen gesprochen wird
- Geschlechtsdifferenzierte Statistiken und Forschungsberichte zur Offenlegung des Handlungsbedarfes

In allen europäischen Staaten ist die Gesetzgebung unter Berücksichtigung der bereits existierenden Menschenrechtsinstrumente, insbesondere der UN-Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit behinderter Menschen, die von allen Mitgliedsstaaten der EU akzeptiert worden sind, zu überarbeiten. Wir fordern die Institutionen der Europäischen Union auf sicherzustellen, daß Maßnahmen und Aktionsprogramme, die Behinderte und Frauen betreffen, die Menschenrechte behinderter Frauen und Mädchen berücksichtigen und entsprechende Programme zu finanzieren.



'krüppeltopia' e.V., Jordanstr. 5, 34117 Kassel
Postvertriebsstück ● Entgelt bezahlt ● VKZ F4356F